

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1930

26.3.1930 (No. 84)

Badischer Beobachter

Bezugspreis: Monatlich 2.50 Mk. frei ins Haus, 2.70 Mk. bei der Geschäftsstelle abgeholt. M. 2.50 durch die Post ohne Zustelgebühren. Einzelnummer 10 Pfg. Samstags und Sonntags 15 Pfg. Abbestellungen mit bis 20. auf den Monatschluß. Im Falle höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Hauptorgan der badischen Zentrumspartei

Erscheint 7 mal wöchentlich als Morgenszeitung
Belegten: Kauf u. Wissen, Frauenratgeber, Wäcker für den Familienhaushalt, Rat der kathol. Welt, Sportbeilage, Deutsche Jugendkraft, Maler, Klebrückelbeilage, Musikrezepte, Reichsliste, Reaktionen u. Verlag, Kleinrat. 17.21
Verlags- u. Geschäftsstelle: 6235, Redaktion: 6236, Verlag: 6237, Druckerei: Beobachter, Postfachkonto Karlsruhe 4244

Anzeigenpreis: Die 10 gespaltene 27 mm breite Millimeterzeile im Hauptteil 10 Pfg., auswärts 12 Pfg., für Gelegenheitsanzeigen 8 Pfg. Die 5 gesp. 17 mm breite mm-Zeile im Nebenenteil 60 Pfg. Rabatt nach Tarif. Bei Schlangenschriften, geringfügiger Entzerrung oder Konkurs kommt der Rabatt in Wegfall. Schluß der Anzeigenannahme 5 1/2 Uhr. — Erfüllungsort und Gerichtsstand in Karlsruhe.

Nr. 84 (12 Seiten)

Karlsruhe, Mittwoch, den 26. März 1930

68. Jahrgang

Immer noch keine Einigung

Die Finanzverhandlungen der Regierungsparteien — Die Schwierigkeiten bei der Sanierung der Arbeitslosenversicherung

Dr. Sch. Berlin, 25. März. (Eig. Drahtber.)

Die Finanzverhandlungen der Regierungsparteien sind heute fortgesetzt worden. Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer sowie der Staatssekretär des Reichsfinanzministeriums verhandelten heute vormittag zunächst mit den Finanzfachverständigen der Regierungsparteien über die notwendigen Steuern, Steuererleichterungen und die Arbeitslosenversicherung. Dabei war ein Einlenken der Deutschen Volkspartei im Sinne einer ganz außerordentlich gemäßigten Haltung der deutsch-volksparteilichen Regierungsmitglieder festzustellen. Auf Grund dieser Tatsache hatte man geglaubt, es werde ganz schnell zu einer Einigung unter den Regierungsparteien kommen. Aber gleich zu Beginn der weiteren Beratungen die am Nachmittag stattfanden, stellte es sich heraus, daß die Sozialdemokratie bestimmte Vorschläge, insbesondere zur Sanierung der Arbeitslosenversicherung ganz scharf ablehnt. Infolgedessen konnte im Laufe des Tages keine Annäherung unter den Parteien der Regierung, geschweige denn eine Verständigung erfolgen. Während die Verhandlungen zunächst sehr zuversichtlich begonnen hatten und verlaufen sind, hat sich die Situation gegen Abend wieder erheblich verschärft. Die Parteiführer und Finanzfachverständigen der Regierungsparteien sind heute abend in der Reichskanzlei zusammengetreten und es soll versucht werden, unter allen Umständen zu einer Kompromißlösung zu kommen.

Die Zentrumsfraktion des Reichstages beschäftigte sich nach Abschluß der Plenarverhandlungen mit der neuen Lage und erklärte, daß sie ein weiteres Hinauszögern der Verständigung nicht zulassen werde. Wenn der Reichskanzler jetzt nicht initiativ vorgeht und endlich den Knoten durchhaut und den Widerstand der Flügelparteien der Koalition bricht, dann sind Konsequenzen für die Zentrumsmitglieder der Reichsregierung unermesslich. Schließlich beauftragte die Fraktion ihre Unterhändler, unter Umständen noch heute nacht das Zustandekommen einer Kompromißlösung energisch zu verlangen.

Das Agrarprogramm endgültig angenommen

Der letzte Kampf um das Maismonopol

Berlin, 25. März. Der Reichstag hat in seiner heutigen Sitzung die von den Regierungsparteien eingebrachten Gesetzentwürfe auf Erhöhung der Agrarrollen und auf Einrichtung eines Maismonopols in dritter Beratung angenommen und damit das aktuelle Agrarproblem schneller gelöst, als es möglich gewesen wäre, wenn die Regierung selbst ihre Vorlagen eingebracht und auf dem Wege durch die verfassungsmäßigen Instanzen geschickt hätte. Die dritte Beratung verlief heute nicht ohne dramatische Spannung. In zweiter Beratung war gestern das Maismonopol nur mit Hilfe der Deutschnationalen und der Bauerngruppen angenommen worden, denn diese von den Sozialdemokraten, dem Zentrum und der Bayerischen Volkspartei eingebrachte Vorlage wurde von den meisten Demokraten nicht gebilligt und von der Deutschen Volkspartei und der Wirtschaftspartei stark bekämpft. Im Laufe der heutigen Sitzung wurde bekannt, daß die Deutschnationalen und die Bauerngruppen heute der Regierung ihre Hilfe verweigern und gegen das Maismonopol stimmen wollten. Für das Monopol wäre dann die nötige Mehrheit nicht vorhanden gewesen. In dieser Situation sah sich Reichsernährungsminister Dietrich genötigt, schweres Geschütz aufzufahren, um die länderlose Agrarvorlage zu retten. Er erklärte, das Maismonopol betrachte er als einen so wichtigen Bestandteil des gesamten Hilfswerkes für die Landwirtschaft, daß er bei Ablehnung des Monopols den Rest der Vorlage nicht vor dem Reichstag vertreten werde.

Mit besonderer Spannung wurde nach der Ministererklärung die dann folgende Rede des deutschnationalen Abg. Schiele erwartet. Abg. Schiele erklärte, die Deutschnationalen würden die Vorlage als unzulänglich ablehnen, aber beim Maismonopol sich der Stimme enthalten. Damit war, wie die spätere Abstimmung ergab, das Maismonopol gesichert. In der namentlichen Abstimmung wurde das Maismonopol mit 195 gegen 122 Stimmen bei 78 Stimmenthaltenungen angenommen. Bei den Zolländerungen für Getreide betrug die Mehrheit 260 gegen 126 Stimmen, bei 10 Enthaltungen. Mit ähnlichem Stimmenverhältnis wurden auch die Zolländerungen bei Weizen und Hafer angenommen. Größer war die Mehrheit bei den Zolländerungen für Malz, Kartoffel-

fein, Mehl, Kleie und Zucker, weil hier auch die Rechte zustimmte bzw. Stimmhaltung übte. Angenommen wurde schließlich, wie in der 2. Lesung der Antrag der Regierungsparteien auf Ausgleich von Gärten infolge Erhöhung des Kaffees und Teezollens. Auf der Tagesordnung der Mittwochsitzung, die um 15 Uhr beginnt, stehen der Nachtragsetat für 1929 und der Notetat für 1930.

Das neue Brotgesetz

Der Volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichstages beschäftigte sich heute in Anwesenheit des Reichsernährungsministers Dietrich mit dem Brotgesetz. Das Gesetz schreibt vor, daß Roggenbrot mindestens 95 Prozent Roggenmehl enthalten muß bei einem 5prozentigen Zusatz von Weizenmehl. Dem Ausschuss wurde von den Vertretern der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und der Wirtschaftspartei die Notwendigkeit betont, einen gewissen Deklarationszwang für das Mehl einzuführen, das der Bäcker bekommt. Der Bäcker könnte sonst leicht in die Gefahr kommen, das Gesetz dadurch zu verletzen, daß er einem Roggenmehl, das bereits mit Weizen vermischt ist, einen weiteren Weizenzusatz gibt.

Reichsernährungsminister Dietrich erklärte die grundsätzliche Berechtigung einer solchen Bestimmung an. Die Verhandlungen drehen sich gegenwärtig um die Formulierung der gewünschten Bestimmung.

Die sozialistische Kammerfraktion für Ratifizierung des Youngplanes

Paris, 25. März. Die sozialistische Kammerfraktion hat heute vormittag mit 27 gegen 3 Stimmen bei 9 Enthaltungen beschlossen, für die Ratifizierung des Youngplanes zu stimmen, selbst wenn die Regierung hierfür die Vertrauensfrage stellen sollte. Die These der Billigung des Youngplanes wurde u. a. von Leon Blum, Grumbach und Brade vertreten, während die Abgeordneten Frot und Lafont sich gegen die Ratifizierung aussprachen.

Saarländischer Brief

Saarbrücken, 25. März.

Die Saarverhandlungen, die nun schon volle sechs Monate andauern, kommen nicht vom Fleck. Zwar haben die beiden Delegationsführer Ende der vergangenen Woche eine Verlautbarung herausgegeben, daß die Verhandlungen jetzt mit größter Energie aufgenommen werden sollen. Seitdem sind aber wieder eine Reihe von Tagen vergangen, ohne daß man aus Paris etwas Nennenswertes gehört hat. Wie eine Beschleunigung der Verhandlungen erreicht werden soll, ist zu den angesichts der wieder einmal unsicheren Stellung des Kabinetts Lardieu nicht ersichtlich.

Inzwischen gehen die Bemühungen gewisser französischer Kreise, bei den Verhandlungen für Frankreich möglichst viel Vorteile herauszuschlagen, hinter den Kulissen munter weiter. Dazu gehört u. a. auch die jüngste Kundgebung, die von französischen Wirtschaftskreisen in der letzten Woche in Paris veranstaltet wurde und ihren halbamtlichen Charakter dadurch dokumentierte, daß sie unter Vorsitz des Unterstaatssekretärs Francois Boncet stand. Es ist anzugeben, daß diese Kundgebung in ihrer ganzen Aufmachung erfreulich abfiel von manchen früheren. Trotzdem aber sind die Forderungen, die der Leiter der franco-saarländischen Handelskammer, Herr Drouard, bezüglich der Saarfrage aufstellte, nicht dazu angeht, den Verhandlungen ein besonders günstiges Horoskop zu stellen. Denn Herr Drouard vertritt die Auffassung, daß bei der eventuellen Rückgliederung vor dem Abstimmungsjahr 1935 doch die gegenwärtige Zollabstimmung des Saargebietes gegen Deutschland unbedingt mindestens bis 1935 beibehalten werden müsse. Wenn diese Auffassung von der französischen Saardelegation als *conditio sine non* übernommen werden sollte, so müßte man befürchten, daß die Saarverhandlungen mit einem Fehlschlag endigen werden. Die Beibehaltung der gegenwärtigen Zollgrenzen bedeutet nämlich, daß von einer Souveränität Deutschlands im Saargebiet, wie sie die Saarbewölkerung und Deutschland fordern müssen, keine Rede sein kann. Wenn auf diese Weise die wirtschaftspolitische Abstimmung des Saargebietes vom deutschen Mutterlande beibehalten wird, so hat die formale politische Rückgliederung wenig Wert. Man kann sich überhaupt nicht denken, wie die Beibehaltung einer französischen Zollverwaltung innerhalb der wiederhergestellten deutschen Reichsgrenzen praktisch bewirkt werden sollte.

Vor einigen Wochen ist der Präsident der saarländischen Eisenbahnen, Dr. Fischer, gestorben. Die Leiche war, wie man so sagt, noch nicht kalt, da setzten schon die Intrigen einer kleinen saarländischen Clique ein, um diesen Posten dem saarländischen Liberalismus zu erhalten. Man hatte zwar nicht den Mut, in der saarländischen Presse oder sonst überhaupt in der Öffentlichkeit hervorzutreten. Man verschlangte sich nach beliebiger Gewohnheit hinter der Fuchsschwanz eines angeblichen Saareisenbahners an die „Kölnische Zeitung“. In dieser Fuchsschwanz wurde in gemeinster Weise gegen einen in maßgebenden Kreisen — sowohl des Saargebietes wie Deutschlands — als anerkannt tüchtig geschätzten Beamten mit allen Mitteln der Denunziation gearbeitet, ohne daß der Name genannt wurde. Wie gerüchtweise verlautet, soll dafür (die Neubesetzung des Präsidentenpostens, d. Verf.) eine Lösung gefunden werden, die das stärkste Befremden bei der ganzen Saarbewölkerung und vor allem auch bei der saarländischen Eisenbahnerchaft hervorrufen müsse. Dann wurde unter Anspielung auf längst widerlegte Behauptungen versucht, den oben erwähnten Beamten, der etwa für die Nachfolge in der Präsidentschaft in Frage käme, einer antideutschen Haltung zu verdächtigen. Dabei steht fest, daß die in Frage kommende Persönlichkeit sich niemals etwas hat zu Schulden kommen lassen, was einen derartigen Verdacht rechtfertigen könnte.

Kunnehr haben sich in den letzten Tagen die Vertretungen der deutschen Eisenbahner im Saargebiet mit dem mehr als schädlichen Vorgehen des angeblichen „Saareisenbahners“ befaßt. Sowohl die Gewerkschaft deutscher Eisenbahner (christliche Richtung) wie der „Einheitsverband der Eisenbahner“ (freigewerkschaftliche Richtung) nahmen in ausführlichen Darlegungen gegen die Denunziationen in der „Kölnischen Zeitung“ Stellung. Sie stellten fest, daß der Denunziant von keiner Vertretung der saarländischen Eisenbahner einen Auftrag hatte zu erklären, daß eine Lösung der Nachfolgefrage in dem angedeuteten Sinne „vor allem auch bei der saarländischen Eisenbahnerchaft“ stärkstes Befremden hervorrufen müsse. Beide Eisenbahnerverbände erklären, daß sie mit der Behauptung des zweifelhaften „Saareisenbahners“ in der „Kölnischen Zeitung“ nichts zu tun haben wollen und fordern die Regierungskommission auf, sich bei ihrer Entscheidung nicht von Ohrenbläsern vom Schlage des Schreiers der „Kölnischen Zeitung“ beeinflussen zu lassen. Sie fordern weiter die Regierungskommission auf, auf den Posten des Eisenbahnpräsidenten einen Menschen zu berufen, dessen Charaktereigenschaften die Gewähr bieten, daß er die Arbeiter- und Beamenschaft nicht im Geiste „Saarabens“ behandelt, wie es den Hintermännern des Artikelschreibers in der „Kölnischen Zeitung“ offenbar als Ideal vorschwebt.

Man kann nur wünschen, daß die Regierungskommission den Warnungen der Eisenbahnerverbände mehr Gehör schenkt, als jener kleinen Clique, die nach Gedensückerart versucht, einen Volksangehörigen unverdienterweise herunter zu reißen, der ihr mißliebig zu sein scheint. Vor ihrer Herrschaft mögen die saarländischen Eisenbahner bewahrt bleiben!

Briand zur Flottenkonferenz

Paris, 25. März. Der Senat setzte heute vormittag die Budgetberatung mit der allgemeinen Aussprache über das Budget für auswärtige Angelegenheiten fort. Außenminister Briand unterjoch, einem allgemeinen Exposé über die auswärtige Politik vorgehend, daß der Berichterstatter die friedliche Rolle Frankreichs und die Notwendigkeit, die Sicherheit des Landes nicht aus dem Auge zu verlieren, anerkannt habe. Den Frieden sichern und die Militäraufgaben verringern, das sei das Ziel des französischen Flottenmemorandums. Ein großer Schritt werde erzielt sein, wenn auf dieser Basis in London eine Verständigung erfolge. Aber man müsse sich hüten, den Völkern übertriebene Hoffnungen zu machen. Von der Londoner Konferenz könne man nur etwas Relatives erwarten. Auf keinen Fall könne man von Frankreich fordern, auf dem Altar der internationalen Interessen sein eigenes Interesse zu opfern. Im weiteren Verlaufe seiner Rede wies Briand unter Bezugnahme auf die Flottenkonferenz darauf hin, daß Frankreich schon allein für den Schutz seiner Verbindungswege mit seinen überseeischen Besitzungen eine starke Flotte unterhalten müsse, und fuhr dann fort:

In dem Augenblick, in dem ich mich zur Rückkehr nach London ansetze,

möchten wir gerne einem befreundeten Nachbarland entgegenkommen, aber man muß sich vor gewissen Worten hüten, die nicht der Wirklichkeit entsprechen. Man darf nicht eine Theorie der Gleichheit aufstellen, die sich in Wirklichkeit als gefährliche Ungleichheit herausstellen würde. Auf diesem Standpunkt werden wir verharren. Die Besprechungen sind noch nicht abgeschlossen. Ich habe noch nicht die Hoffnung aufgegeben, daß eine Lösung des Problems gefunden werden wird.

Ein neuer englischer Vorschlag auf der Flottenkonferenz

London, 25. März. Der „Daily Mail“ wird von einem Sonderkorrespondenten berichtet: Gestern am späten Nachmittag ist den Delegierten der Flottenkonferenz von britischer Seite ein ganz neuer Vorschlag unterbreitet worden. Der besagt, es sollte jetzt ein Dreimächtepakt zwischen Amerika, Großbritannien und Japan abgeschlossen werden, und die Konferenz sollte sich dann für sechs Monate verlagern, um der französischen und der italienischen Regierung Gelegenheit zu geben, ihre Meinungsverschiedenheiten beizulegen. Voransetzung wird dabei sein, daß während dieser Zeit weder Frankreich noch Italien ihre Flottenbauprogramme vergrößern. Es verlaute, daß diese Vorschläge von den Vereinigten Staaten und Italien günstig aufgenommen werden und jetzt von den Franzosen geprüft werden müssen.

Der ostpreussische Provinziallandtag verlangt den Panzerkreuzer B

Königsberg, 25. März. Der ostpreussische Provinziallandtag hat heute mit 42 gegen 31 Stimmen eine gemeinsame Entschließung der Fraktionen der Deutschnationalen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei, der Wirtschaftspartei und des Christlich-sozialen Volksdienstes angenommen, die lautet: Angesichts der gefährdeten außenpolitischen Lage der Provinz und der immer wieder offen zutage tretenden Gelüste Polens auf Ostpreußen werden die Reichs- und Staatsregierung ersucht, alle geeigneten und zulässigen Maßnahmen zur Verteidigung der Provinz zu treffen. Insbesondere sind der sofortige Neubau des Panzerkreuzers B und der weitere Ausbau der Flotte sowie die Einrichtung des passiven Gas- und Luftschutzes für die wehrlose Bevölkerung sofort in Angriff zu nehmen.

Ein demokratischer Änderungsantrag sowie eine von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachte Gegenentscheidung wurden abgelehnt. Auf sozialdemokratischen Antrag war namentliche Abstimmung beschlossen worden. Das Zentrum erklärte, sich der Stimme enthalten zu wollen.

Die kleine Eva

Roman von E. Fraser-Simon.
Copyright bei Georg Müller, München.

25
„Was ist denn das?“ fragte sie kopfschüttelnd.
„Meinweg hab ich drauf vergessen.“ erklärte Frau Harris.
„Vater fand's im Postbeutel. Schau mal, was auf der Rückseite steht.“
Eddie schaute.
„Nemlich.“ sagte sie, „was? ein Telegramm. Hat's Vater abgeschrieben?“
„Nein. Er muß es sich erst noch überlegen, sagte er. Es ist kein Abhender drauf und in seiner Eigenschaft als Beamter...“
Die beiden Frauen lachten ein wenig. Mit der gutmütigen Nachsicht, wie eben Frauen lachen, wenn sie unter sich sind und über einen Mann reden.
Eddie war weniger von Gewissensbedenken geplagt als ihr Vater.
„Gib's mir, Mutter.“ schlug sie vor. „Ich werd's in London aufgeben. Den Ueberdruck bring ich dann, wenn ich's nächstemal komme.“
„Ein guter Gedanke, Eddie. Wenn's von London abgeht, kann niemand wissen, daß Vater damit zu tun hatte. Und wenn's hier bleibt, wird's doch nur vergessen. Aber von dem, was übrig bleibt, gehört die Hälfte dir, Eddie. Nimm's nur, Vater hält auch nichts dagegen, sicher!“
So kam es, daß Peters Telegramm einen Tag später abging, als er's geschrieben hatte und daß London als Abendungsort daraufstand.

12. Kapitel

Im ersten Augenblick ihrer Entdeckung schien Evas Flucht die einzige Möglichkeit. Aber allmählich kehrte ihr Mut zurück. Sie bedachte sich, ob sie nicht vielleicht selbst die Tür offen gelassen hatte. Das war doch schon mehrfach geschehen! So sprach sie sich selbst Mut zu und setzte ihren Weg durch den Korridor fort.
Gerade vor ihrem Zimmer waren vier Stufen. Auf einer glitt sie aus und wäre fast gefallen. Der Lärm, den das verursachte, klang schrecklich und, alle weitere Vorsicht beiseite lassend, raffte sie sich auf, rannte in ihr Zimmer und verriegelte und perriegelte die Tür.

Die „Europa“ bricht den Atlantik-Rekord

Newyork, 25. März. Die „Europa“ ist um 5:54 Uhr amerikanischer Zeit vom Albatros-Feuerschiff gesteuert worden. Sie hat den Atlantik-Rekord gebrochen. — Die für die Ueberfahrt benötigte Zeit beträgt vier Tage 17 Stunden 6 Minuten. Die „Europa“ hat den Rekord der „Bremen“ um 18 Minuten unterboten.

Die Wetterverhältnisse, die der Schnelldampfer „Europa“ bei seiner Jungfernfahrt antrat, waren schwieriger als die bei der ersten Westfahrt der „Bremen“. Während der ganzen Reise wurde die „Europa“ durch starke Gegenwinde und eine schwere See behindert. Umso höher ist die Rekordleistung des Schiffes zu bewerten.

Die Ankunft der „Europa“ in Newyork

Newyork, 25. März. Um 8 Uhr 50 Newyorker Zeit (11 Uhr 50 MEZ) konnte der Führer der „Europa“, Commodore Johnsen, durch den Rundfunk der ganzen Welt mitteilen, daß die „Europa“, obwohl ihre Reise nicht von Wetter begünstigt war, die Fahrt Cherbourg—Newyork in 4 Tagen 17 Stunden und 6 Minuten zurückgelegt hatte und daß dieser Erfolg der vorzüglichen Technik des Schiffes und der ausgezeichneten Arbeit seiner Mannschaft zuzuschreiben ist.

Nach dem Führer des Schiffes ergriff der deutsche Botschafter Dr. von Britzow und Gaffron das Wort, um die Mitteilung von der Ankunft der „Europa“ zu bestätigen. Er gab seiner Freude darüber Ausdruck, die Gelegenheit dazu benutzen zu können, von Newyork aus einen Gruß an die Heimat richten zu können. Er schloß seine kurzen Worte mit der Bemerkung, das Schiff habe das gute alte deutsche Sprichwort wahr gemacht: „Doppelt genäht, hält besser!“

Telegramme des Nordflotz

zur Ankunft der „Europa“

Bremen, 25. März. Anlässlich des Eintreffens der „Europa“ in Newyork hat der Norddeutsche Lloyd folgendes Telegramm an die Werft Blohm u. Voß in Hamburg gerichtet:

Will die Reichsbahn einen Druck ausüben?

Berlin, 25. März. Gestern und heute hielt der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahngesellschaft in Berlin eine regelmäßige Tagung ab. Die immer noch fehlende, seit Sommer 1929 erstrebte finanzielle Entlastung legt die Reichsbahnverwaltung nicht instand, für Unterhaltung und Erneuerung in dem erforderlichen Umfang zu sorgen. Auch der am 8. Februar gestellte Antrag der Reichsbahn auf eine Erhöhung der Tarife ist bisher von der Reichsregierung nicht entschieden worden. Durch die schlechte Verkehrsentwicklung des Jahres 1930 ist die finanzielle Lage der Reichsbahn immer schwieriger geworden. Bis zum 23. März liegen die Einnahmen um über 90 Millionen gegen die an sich schon niedrigen, entsprechenden Einnahmen der Vorjahre zurück.

Der Verwaltungsrat gab in Anbetracht dieser Lage im Interesse einer weiteren gelunden Wirtschaftsführung der Reichsbahn seine Zustimmung zu einem sofort durchzuführenden Einsparungsprogramm. Durch Festsetzung der Tagelöhne des Personals, Entlassung von Arbeitern und durch Unterlassung von Arbeiten an Bauten und Fahrzeugen

müssen solange weiter entsprechende Einsparungen vorgenommen werden, bis die Betriebseinnahmen wieder die notwendige Höhe erreicht haben. Die Mittel, die der Reichsbahn durch den Anschlag des Reiches an die Mobilisierungsanleihe zuzuführen sollen, können nicht für Ausgaben des laufenden Betriebes verwendet werden und entbinden die Verwaltung nicht von der Verpflichtung, für den Ausgleich der Betriebsrechnung durch Erhöhung der Einnahmen Sorge zu tragen.

Der letzte Schopf war zu viel für sie gewesen. Körper und Geist verlagten endlich nach dieser tagelangen Anspannung den Dienst. Sie lehnte sich nach nichts als Ruhe und Wärme. Mechanisch warf sie Peters Toilettemantel ab und froh, ohne sich weiter auszukleiden, wie sie war ins Bett. Was für eine Wärme, die Wärmflasche an den Füßen zu spüren! Sie fuschelte sich zusammen und versank in einen Zustand wohligen Vergessens. Doch etwas in ihr drängte sich in ihr Bewußtsein. Zu müde, darüber nachzudenken, was es sein mochte, lag sie eine Weile zwischen Schlaf und Wachen.

Eine halbe Stunde später wurde sie aus diesem Zustand, der eben in einen richtigen Schlaf übergehen wollte, sich herausgerissen. Ein knackerndes Laut hatte die gleiche Wirkung auf sie, als hätte man sie mit kaltem Wasser übergossen. Jemand war in ihrem Zimmer! Jemand, der sich vorlautig bewegte und sein Atmen zu unterdrücken versuchte. Hier war er, vielleicht zwei Schritte von ihr, und doch konnten ihre weit-aufgerissenen Augen nichts sehen. In diesem Augenblick flackerte das Feuer ein wenig auf und bei seinem Licht erblickte sie zu ihrem Entsetzen, wie sich die Tür des Wandischrankes gegenüber dem Fußende ihres Bettes langsam öffnete.

Zuerst glaubte sie an ein Spiel ihrer aufgeregten Phantasie, aber dann sah sie's ganz deutlich: die Tür bewegte sich wirklich!
Ein Schotten von einer der Säulen des Himmelbettes fiel auf Evas Gesicht. Sie schloß halb die Augen und spähte angestrengt durch den Schlit. Angst und Vorsicht machten sie bewegungslos. Fast mollig empfiel sie die Spannung zu beobachten, wie die Tür sich weiter und weiter öffnete. Bloßlich flammte das Feuer hoch auf und fiel dann in sich zusammen. Nun war es beinahe völlig finster.

Eva vermochte die Tür des Wandischrankes gerade noch zu erkennen. Sie stand jetzt weit offen und schob sich wie eine Wand zwischen das Feuer und den Eindringling. Sie hörte ein Herumtoben an der Tür, die in den Korridor hinausführte, das Zurückschieben des Riegels, ein leises Öffnen und Schließen — dann nichts mehr.

Einige Sekunden lang war sie unfähig sich zu rühren. Alle ihre Kraft zusammennennend sprang sie endlich aus dem Bett, verriegelte die Tür wieder und drehte die volle Beleuchtung an.

Blösig erinnerte sie sich an die Lederjade. Warum hatte sie auch die Wandischranktür nicht verriegelt, als sie zu ihrem mitternächtigen Unternehmen auszog! Atemlos stürzte sie an

Bei Ankunft der „Europa“, die nach den vorliegenden Nachrichten die beste Zeit westwärts erzielt und anscheinend auch den Ostwärtsrekord noch leicht unterboten hat, begrüßte ich Sie mit herzlichem Dank für die gelieferte gute Arbeit, auch namens unseres Aufsichtsrates und Vorstandes.

gez. Stimmung.

An den Kapitän der „Europa“, Commodore Johnsen, ist aus dem gleichen Anlaß folgendes Telegramm abgegangen:

Bei der Ankunft in Newyork begrüßen Aufsichtsrat und Vorstand des Norddeutschen Lloyd Sie und die Besatzung herzlich. Sie wünschen, daß auch die weiteren Reisen des von Ihnen geführten Schiffes mit gleichguter Erfolge abschließen und dem deutschen Namen Ehre machen werden.

gez. Aufsichtsrat und Vorstand, Seinen, Stimmung.

Ausfahrungen österreichischer Freidenker

Linz, 25. März. Die Freidenker wollten am Samstagabend in Kraxental bei Garsten, in der Nähe von Steyr, eine Versammlung abhalten, in der Rosenkränze, Gebetbücher und eine, einen Priester darstellende Puppe, verbrannt werden sollten. Da die Bevölkerung sich hierdurch in ihren religiösen Gefühlen aufs äußerste verletzt fühlte, untersagte die Bezirkshauptmannschaft die Versammlung. Gegen dieses Verbot wurde am Samstagabend von Hunderten von Anhängern der Freidenkerbewegung in Steyr demonstriert. Sie marschierten schließlich entgegen den mahnenden Einwirkungen ihrer Führer gegen Garsten bzw. Kraxental, wo sich die Lage bedenklich gestaltete. Der Gendarmerie, die sich sehr besonnen verhielt, mußte noch eine Kompanie des Bundesheeres als Hilfe geschickt werden. Außerdem traf ein Ueberfallauto mit einer Abteilung der Linzer Bundespolizei ein. Obwohl die Lage zeitweise bedrohlich schien, ist es zu ernstern Zwischenfällen nicht gekommen.

Parteitag der Württembergischen Zentrumspartei

Stuttgart, 25. März. Der Parteitag der württembergischen Zentrumspartei begann am Sonntag vormittag im Gartenhof des Rath. Vereinshauses St. Vinzenz mit der Sitzung des Landesauschusses. Der Vorsitzende der Landespartei, Justizminister Dr. Beyerle, entbot den Parteimitgliedern von nah und fern die herzlichsten Willkommgrüße. Einmütig und mit großem Beifall beschloß der Landesauschuss, den Landesvorsitzenden, Justizminister Dr. Beyerle, dem Landesparteitag zur Neuwahl wieder vorzuschlagen. Der Vorsitzende gab sodann einen gedrängten Geschäftsbericht über das Jahr 1929. Den Geschäftsbericht über das Parteifekretariat und seine Tätigkeit erstattet Landessekretär Neuter. Im Anschluß an die Referate erfolgte eine ausgiebige Aussprache. Im Rahmen des Parteitages wurde am Sonntagabend von der Stuttgarter Zentrumorganisation ein parlamentarischer Abend veranstaltet. Oberregierungsrat Walter als Bezirksvorsitzender der Stuttgarter Zentrumspartei begrüßte die Erschienenen, unter ihnen besonders den Staatspräsidenten Dr. Bolz und den Justizminister Dr. Beyerle. Staatspräsident Dr. Bolz wies darauf hin, wie die Zentrumspartei in der letzten Zeit mehr als je in den Mittelpunkt der Ereignisse gerückt sei. Aber auch in der Partei sei wieder mehr Tätigkeit und Ruhe eingetreten. Er gedachte der Kämpfer für das Zentrum: Gröber, Stiene, Rembold, Edart und Erzberger. Als Partei dürfe das Zentrum mit der Gegenwart, die eine so große Belebung der Freude und des Interesses an der Partei und der Ueberzeugung von ihrer Notwendigkeit bringe, zufrieden sein.

den Wandischrank und griff nach dem Hafent, an den sie die Jade gehängt hatte. Sie war fort. In wilder Hast schob sie die Kleider durcheinander, doch die Jade war nicht zu finden. Also war alles umsonst gewesen! Verzweifelt trat sie ins Zimmer zurück, als sich ihr Fuß in etwas verfang, das auf dem Boden lag. Sie beugte sich herab und fühlte eine Welle von Freude über sich zusammenschlagen, als sie die Lederjade erkannte. Ein Griff überzeugte sie, daß die Papiere noch darin waren. Ein Blick auf das Futter — nein, nichts war daran geblieben!

Der Eindringler hatte tatsächlich auf den Papieren gestanden, die zu finden er jedenfalls gekommen war.

Eva zog sich jetzt aus, ließ alle Näbter brennen und legte sich, die lötlbare Lederjade fest an sich gepreßt, wieder zu Bett.

Schlafen kann ich doch nicht mehr, dachte sie, aber schon während sie das dachte, mußte ihr das Bewußtsein geschwunden sein. Sie fand sich erst wieder über eine weite Ebene wandernd, bis sie Creation schlafend in einem Feld entdeckte. Ohne sich zu bedenken, machte sie sich daran, ihm einen ungeheuren Nagel mit einem Golfschläger durch den Kopf zu treiben, eine Maßregel, die ihr unter diesen Umständen das einzig Richtige zu sein schien. Merkwürdigerweise hatte er offenbar nicht das mindeste dagegen einzumenden, denn er hielt ganz still, während sie für die Nagelspitze auf seiner Wange nach dem geeigneten Platz suchte, und half ihr sogar mit der Hand dabei, daß der Nagel nicht ausrutschte, was sie nicht anders als vornehm von ihm finden konnte. Vergerlich war nur, daß der Nagel nicht eindringen wollte und auf und ab tanzte, als ob Creation's Kopf aus Gummi wäre. So mußte sie immer stärker zuschlagen, was einen Höllenlärm verursachte, der sie endlich aufweckte. In derselben Sekunde erfaßte sie, daß Zanet an die Tür klopfte.

Eva sprang auf, drehte die Beleuchtung ab und schob die Kriegel zurück.

„Herein!“ rief sie, als sie wieder im Bett war.
„Sie traun ihren See und zog sich schnell an. Wenn sie mit King sprachen wollte, so war jetzt noch vor dem Frühstück die einzige Gelegenheit. Während des Ankleidens überdachte sie die Ereignisse der letzten Nacht. Sie schienen wie ein böser Traum, der jetzt noch auf ihr lastete. Der Eindringling mußte Creation gewesen sein, aber was hatte er zu dieser Nachtzeit bei ihr genollt? Daß ihr Zimmer leer sein würde, hatte er ja nicht wissen können. Je länger sie darüber nachsann, desto jeltamer erschien alles.“

(Fortsetzung folgt.)

Konsequenzen

Es scheint, daß man nun jeden Tag aus einer anderen Stadt die Meldung lesen muß, christliche Kirchen seien mit rot gemalten Bolschewistenphrasen beschmiert worden. Der liberale Bürger trinkt zwar ruhig seinen Morgenkaffee bei dieser Lektüre — doch ein ganz klein wenig schwummerig wird ihm doch. Er kommt ja recht selten in die Kirche. Doch irgend welche Kindheitsüberzeugungen, über die er wohl nie nachdenkt, deren stilles Vorhandensein ihm aber ein unbegreifliches Gefühl der Sicherheit gibt, werden durch diese Skandale angegriffen. Und vielleicht trinkt er seinen Kaffee doch nicht so ganz behaglich wie sonst. Seltsam.

Es gibt auch andere. Die denken länger über die Sache nach. Auch am nächsten Tag noch und am übernächsten. Und eine neue Meldung löst den Eindruck der alten ab. Nachts arößt die Internationale durch die Straßen. Auf öffentlichen Plätzen wilder, aufreizende Instrumente. In Berlin ist die „Ja“-Ausstellung die Propaganda der Gottlosen, die Propaganda des Chaos. Sie wird breiter und lauter. Aus allen Ecken kriechen finstere Elemente und spazieren grinsend durch das Licht, das schon unsicher zu flackern beginnt.

Ja, wo ist denn die Macht, die aufsteht gegen diese eintägigen Vorkämpfer der Vernichtung? Wer kämpft für die Ordnung? Wer kämpft für Gott?

Die „Ja“-Ausstellung wird nicht geschlossen. Man fährt nach den Kirchenschändern, bis jetzt hat man noch keine Spur. Und die Musik der Gottlosen heult weiter.

Sieht bis in die Salons... ein kleiner Unterchied der Tonart nur — das Motiv bleibt das gleiche.

Ja, wer tut denn etwas gegen all dies? Meinen Sie es hilft, wenn ein paar Kommunisten verhaftet werden?

Ja, aber wer denn? Man geniert sich doch etwas, gegen sich selbst zu kämpfen, nicht wahr? Das liberale Bürgertum verhält sich darum lieber ganz ruhig und mit ihm das bürgerliche Proletariat. (Nur der sehr Geübte sieht hier noch Unterchiede. Der eine trägt eine teurere Strickweste oder so —). Feindschaft ist bei der ganzen Angelegenheit nur, daß diese Kerle nun mit riesigen, weittragenden Geschützen auffahren und man gab ihnen doch nur kleine Revolver.

Das liberale Bürgertum steht vor den Konsequenzen seiner Lehre. Zu feig, zu fecht, zu defakent, um seine Grundzüge bis zum Letzten durchzuführen oder auch nur durchzudenken, sieht man nun seine Ideologie mit einer Vitalität vertreten, die bedenklich macht, wenn man es bis jetzt auch noch meisterhaft fertig bringt, sich selbst andere Erklärungen und Deutungen vorzuspiegeln. Vorläufig noch. Diese Kerle sind kräftig und gesund, haben Muskeln, riechen nach Schnaps. Gebt acht, wie es aussieht, wenn sie einmal euer „Meine Menschlichkeit“ verwirklichen. Vielleicht, daß es euch dann graut.

Heute will der Liberalismus noch nicht kämpfen. Morgen wird er wollen — aber nicht können. Denn er wird mit seinem Revolver, der zudem schon nicht mehr ganz richtig schießt, gegen die Kanonen nicht auskommen. Und es gäbe ja wohl auch einen recht seltsamen Kampf, der einem Selbstmord nicht unähnlich sähe.

Der Freisinn machte Gott unsicher, der Bolschewismus schaffte ihn ganz ab. Er hat sich als starker erwiesen, er braucht also den Schwächeren nicht zu fürchten.

Ja, aber wer denn?

Der Konservatismus wurde vom erbarmungslosen Tempo unserer Zeit niedergedrückt. Aber an seine Stelle muß und wird eine zwar bewegliche, aber in ihren Grundzügen unbedingt klare und eindeutige Geistesrichtung treten, die in aller Zeitverbundenheit ewige Wirklichkeiten festhalten wird. Diese Kräfte sind da, überall, warten eigentlich nur auf den Sammelruf. Für uns Katholiken gilt es, unseren Besitz zu festigen, alle etwaigen Schiefheiten und Komplikationen des Tages auszumergen, um so Kristallisationspunkt für eine große und frohkräftige Bewegung zu werden.

Wir dürfen die Stärke des Gegners nicht unterschätzen. Man müßte ja Vogel-Strauß-Politik treiben. Die Konzentration unserer Kraft ist notwendiger als je. Eine positive Vertrauensseligkeit kann uns zum Verhängnis werden. Wir haben jederzeit die Verantwortung, die Stunde richtig zu erfassen.

Wir müssen wissen, um was es geht. Nicht um ein paar Religionsverbrechen — um einige Skandale. Man kommt nicht mit ein paar Urteilen darüber hinweg. Es entbrennt der Kampf um die wichtigsten Pfeiler unserer Kultur.

O. K.

Baden

Zur Aenderung des Straßengesetzes

Herr Bürgermeister Werner in Muggensturm schreibt uns:

Der vorliegende Regierungsentwurf über Aenderung des Straßengesetzes hat die Vertretungen der Gemeinden veranlaßt, gegen wesentliche Bestimmungen dieses Entwurfs Stellung zu nehmen, weil diese Bestimmungen den berechtigten Interessen, besonders der kleineren und mittleren Gemeinden, nicht gerecht werden. Herr Bürgermeister Büchner in Mannheim hat in Nr. 74 des „Bad. Beobachter“ zu diesen Vertretungen der Gemeindevertretungen Stellung genommen und glaubt, daß dabei mit unzutreffenden Zahlen operiert wurde.

Wie bereits früher schon von dem Vorsitzenden des Bad. Gemeindeverbands und auch von mir in Zeitungen und Zeitschriften dargelegt wurde, sind Gemeinden in Baden vorhanden, die zurzeit für Land- und Kreisstraßenanbau bis zu 2000 bis 2500 Mk. Umlage pro 100 Mk. Steuerwert aufzubringen haben, während z. B. Mannheim 2 Bg., Karlsruhe 2 Bg., Heidelberg 3 Bg. Umlage für den gleichen Zweck zu zahlen hat. Diese Zahlungen sind vom Bad. Gemeindeverband errednet und bis jetzt nicht widerlegt. Herr Büchner weiß weiter auf den Landtagsbeschluß vom Juli 1928 hin, wonach dort schon der dem Entwurf zu Grunde gelegte Verteilungsmodus ohne Widerspruch vorgesehen worden sei.

Der damalige Antrag wurde gestellt, um die Regierung zu veranlassen, einen Entwurf über Aenderung des Straßengesetzes überhaupt erst vorzulegen. Dem Antrag lag wahrscheinlich kein Material über die Auswirkung des bisherigen Straßengesetzes bei, noch weniger hatten die Abgeordneten der Landgemeinden Zeit und Veranlassung, sich mit der mutmaßlichen Auswirkung des in dem Antrag gemachten Vorschlags zu befassen. Die Zustimmung zu dem Antrag ist in keiner Weise eine Festlegung der Vertreter der ländlichen Gemeinden, ganz abgesehen davon, daß der frühere und nicht der jetzige Landtag diesen Antrag gestellt hat. Der jetzige Landtag ist durch das reichlich vorliegende Material in der Lage, die Frage zu prüfen und ist zu hoffen, daß er nicht weiterhin die leistungsschwachen Gemeinden zu Gunsten der feuerkräftigeren Städte belasten wird. Herr Büchner ist im Irrtum, wenn er glaubt, daß vor dem Krieg die Landgemeinden keinen Grund hatten über den Verteilungsmaßstab des Straßengesetzes sich zu beklagen. Daß von den Gemeinden keine oder wenig Klagen erhoben wurden, hat seinen Grund darin, daß dieselben seiner Zeit finanziell besser gestellt und viel feuerkräftiger als heute waren und deshalb durch diese Lastenverteilung nicht so schwer bedrückt wurden. Es mag auch sehr wohl sein, daß die Gemeinden über die Auswirkung dieses Verteilungsmaßstabs nicht unterrichtet waren.

Herr Büchner vergißt auch, daß die Benutzung der Straßen seit 1914 eine ganz andere geworden ist; heute wird in den Landgemeinden die Landstraße wegen des Autoverkehrs nach Möglichkeit gemieden und sogar Umgehungswege gebaut. Die Landgemeinden haben heute, in Folge des Autoverkehrs, der ihnen nichts, oder nur sehr wenig einbringt, mehr wie früher, verschiedene andere gleichartige Ausgaben (für Brückenbau, Gehwege, Umgehungswege u. a.), die ohnedies eine starke Mehrbelastung gegen früher hervorgerufen. Die Regelung, wie sie vorgeschlagen ist, ist deshalb nicht gerecht, weil sie die Straßennetze nicht nach dem Nutzwert und auch nicht nach der Leistungsfähigkeit verteilt.

Wird der vorliegende Entwurf Gesetz, so werden die Städte, besonders auch Mannheim, zufriedener sein können, denn ihr Umlagefuß wird weiterhin durch die Land- und Kreisstraßenkosten nur ganz gering beeinträchtigt, während die leistungsschwachen Gemeinden zur Unterhaltung dieser Straßen weiterhin eine umso höhere Umlage bezahlen dürfen.

Wie ich bereits in früheren Ausführungen schon gesagt habe, ist es nach dem Vorschlag des Gemeindeverbands nicht nötig, daß diejenigen Gemeinden, die feither für Landstraßen nichts zu zahlen hatten, weil sie von solchen nicht berührt sind, nunmehr zu diesen Kosten beigegeben werden.

Ich freue mich ebenfalls, daß die Zentrumsfraktion seiner Zeit die Sache durch ihren Antrag in's Rollen gebracht hat, ich habe aber auch die Hoffnung, daß die Zentrumsfraktion den leistungsschwachen Gemeinden zu Hilfe kommt und veranlaßt, daß der vorliegende Entwurf nach dem Prinzip der Gerechtigkeit umgestaltet wird.

Die badischen Demokraten

haben am 23. März d. J. in Durlach eine kommunalpolitische Landestagung abgehalten. Diese Veranstaltung galt der Vorbereitung des Wahlkampfes. Wir stellen auf Grund des Berichtes der „Neuen Bad. Landeszeitung“ vom 21. 3. 30 Nr. 152 folgende Tatsachen fest:

1. Der Demokrat Dr. K. H. J. hält eine Reichstädtordnung für unerlässlich.

2. Dr. K. H. J. glaubt, daß die Entwicklung dem Einförperschaftssystem in den Städten Rechnung tragen muß. „Der Bürgerausschuß, früher als eine Art Honoratiorenklub gedacht, hat sich heute derart entwickelt, daß seine Zusammenlegung mit dem Stadtrat nur noch eine Frage der Zeit sein kann.“

3. Oberbürgermeister Kerner-Kastalt stellte fest: „Noch ist es in Baden nirgends soweit gekommen, wie in Nord- und Mitteldeutschland, wo viele Städte Staatsaufsicht erhalten haben und sogar Darlehen zur Deckung ihres Defizits aufnehmen müssen.“ Er bemerkte aber hinzu, daß Sparfamekeit bei der heute gegebenen Lage für die Gemeinden eine Lebensfrage sei.

4. Nach Ansicht des Abg. Hoffeinz ist der Gedanke eines tatsächlichen Zusammengehens mit anderen Parteien, der überall aufgetreten sei, „nicht von der Hand zu weisen“. Dem hat Hoffeinz noch hinzugefügt: „Es wird sich allerdings von selbst verstehen, daß niemals eine Bindung eingegangen wird, die den politischen Grundfragen der Demokratie Hohn spricht, und es wird niemals eine Zusammenschlußpolitik mit der Absicht eines Bürgerblocks getrieben werden dürfen.“

5. Der Reichsernährungsminister Dr. Dietrich forderte vor allem die Jugend auf, in der kommunalen Politik sich ihre ersten politischen Sporen zu verdienen und ihre politische Schulung zu suchen, gerade in einem Wahlkampf, der so bedeutungsvoll sein wird, daß er selbst an ihm teilzunehmen geübt.

6. Schließlich schreibt die „Neue Badische“ in Fortdruck: Die Aussprache ergab, daß die Verhältnisse in den einzelnen Gemeinden denkbar verschieden gelagert sind. Daß man aber überall bereit ist, auf die liberal-demokratische Arbeitsgemeinschaft im Landtag hinzuweisen und sich mit anderen Parteien zusammenzutun, wenn die Front des fortschrittlichen und freiheitlichen Bürgertums gestärkt wird, und wenn keine Bindungen eingegangen werden, die die demokratischen Grundzüge verletzen.

Es wird gut sein, wenn man sich auf unserer Seite, vorab in kommunalpolitischen Kreisen das recht gut merkt, was hier festgestellt wurde, und wenn daraus die geeigneten Schlüsse gezogen werden. Es kann uns z. B. nicht gleichgültig sein, daß auch die Demokratie den Bürgerausschüssen gegenüber immer unzuverlässiger wird. Die Wähler haben u. E. ein Anrecht darauf, hier reifliche Klarheit zu verlangen, bevor sie zur Wahl der Bürgerausschüsse schreiten. Offenbar hat sich die kommunalpolitische Landestagung der badischen Demokraten in Durlach zu dieser Klarheit nicht aufgeschwungen, was sehr bezeichnend ist. Wir sind in Baden Grenzland und leiden darunter zweifellos wirtschaftlich ganz erheblich. Gleichwohl gibt es in Mittel- und Norddeutschland Städte, die unter Staatsaufsicht stehen, aber nicht bei uns; auch das dürfte die Gemeindeglieder etwas interessieren. Die Demokraten haben ebenso wie die Volksparteiler vor den Gemeindegewahlen Angst. Sie haben die Erfahrungen der letzten Landtagswahlen noch nicht vergessen. Hier liegt die tiefste Ursache, bei dieser Wahl wenigstens einen liberal-demokratischen Block zustande zu bringen. Das Zentrum kann man damit nicht hange machen. Das Zentrum kommt immer am besten weg, wenn es sich nur auf die eigene Kraft verläßt und wenn die Wahlen rechtzeitig und gründlich vorbereitet werden. Wir brauchen dabei gar nicht besonders zu bemerken, daß sogenannte Bürgerblockgefühle bei uns sehr wenig Anklang finden. Mit Stuhl und Bettlägen kann nie viel gewonnen werden. Dagegen ist es in der Regel von großem Vorteil, wenn von vornherein schon auf eine möglichst klare politische Linie hingearbeitet wird. A.

Von der „Girl-Kultur“ zur „Boy-Kultur“

Wir hatten in Amerika bisher eine sogenannte Girlkultur, die auch nach Europa importiert wurde. Girl, eigentlich Jungmädchen, wurde im Begriff des „moralisirens“, jenseits von Gut und Böse stehenden Sportmädels, für das Meligium und Sittlichkeit interessante, aber für das Leben belanglose Unterhaltungsgegenstände waren. Einen Schritt weiter in der Entwicklung des Begriffes Girl (gesprochen Göl) ging das Variete. Kein Programm ohne Girls. Natürlich waren es alles echte Amerikanerinnen, alles Mißes, die da auftraten. Wenn man die Schminke herunterwusch, kamen dann oft echt deutsche Gesichter zum Vorschein. Vor ein paar Jahren traten irgendwo im Rheinland „Die Keuschen-Girls“ auf. Die Leute stauten. Daß sie die Mädchen, die da im Takte ihre Beine schwingen und mit den raffinierten Sandalen schlagartig die Bühne erschüttern, überhöhten, war ihre Schuld. Denn die „Keuschen-Mädchen“ hatten sich nicht mit einem Künstlernamen geziert. Respekt liegt nämlich bei Bonn am Rhein.

Die Girls, unter oft erniedrigenden, sozialen und sittlichen Bedingungen angeordnet und bezahlet, wurden zur ständigen Schaumnummer der Revuen. Sie und da machte eine religiös gefinnte Bevölkerung energisch Front dagegen. Man veranstaltete Protestversammlungen. Im übrigen ließ sich gefeßlich wenig machen, wenn es nicht direkt schamlos herging. Allmählich ließ der Zauber der Fashion-Girls, Gally-Girls und wie sie alle hießen, nach. Die sogenannte Ausstattungsrevue sollte das Geschäft neu beleben. Mit Farbenpracht, zauberhafter Szenerie, ausgiebigem Gebrauch farbigen Kammerlichtes, mit blitzartig wechselnden Bildern, die vom Montmartre in Paris zum tropischen Urwald, zur Chinesenstadt in Schanghai und zu den Lotusblumen am indischen Ganges führten, wurde neue Stimmung gemacht. In rasender Eile kauften die Mädchen nach jeder Szenerie in den gemeinsamen Umkleideraum, wechselten die „Kostüme“ und erschienen, mit einem „Ah“ begrüßt, wieder auf der Bühne, nachdem der Regisseur im Strahl dem Publikum durch eine kurze Wechselrede mit dem „August“ (wie er im Zirkus heißt), angenehm die Zeit des Kulissenwechsels vertrieben hatte.

Aber auch das wurde langweilig, altgewohnt. Man suchte durch politische Witze und „Einlagen“, die die Ueberwachungsbeamten der politischen Polizei etwas fesseln und das Publikum amüsieren sollten, den Besuch zu heben, besonders in Berlin und München. Schließlich nötigte der schleppende Geschäftsgang, die Provinz zu beglücken. Die Gally-Revue befindet sich seit Anfang des Jahres mit ihrem ganzen Girl-Staff und allen Theaterrequisiten auf Tournee. Sie hat auch das katholische Westdeutschland beehrt, wo man staunte, daß aus „Berlin“ eine solche Gallykultur der Kultur kam, die eine Kultur der „Beene“ war: „Beene, Beene will das Publikum sehen. Dazu einen Schuß Pikanterie. Das ist die ganze Beene.“ So erzählte der Spielleiter oder Conferencier wie man ihn auch nennen kann, den Massen herbeiströmenden Volkes.

Nun ist's mit dieser Attraktion auch zu Ende. Hauptstadt und Provinz sind gesättigt. Die letzten Karnevalsrevuen in den rheinischen Städten entbehren der Originalität in der Aufmachung. Der Besuch war auch teilweise schlapp. Aber schon ist was „Neues“ da. Statt der Mädels treten jetzt schöne Jünglinge auf, die natürlich nur „Boys“ heißen können. Die Boy-Scouts, die Pfadfinderbuben, werden's mit Entzücken hören. Der frische, problemlose, an Leib und Seele gesunde Junge, mit den roten Wangen, dem unternehmenden Blick und der festen Fröhlichkeit, den man im englischen Kulturkreis als Boy (Junge, Bub, Bueb, Bua) bezeichnet, muß seinen Namen blasierten Tanzjünglingen leihen, die ihre „Bühnenhübschheit“ und die knabenhafte „Reinheit“ ihrer Seele von hunderten elektrischen Birnen beleuchten lassen. Ist's Spekulation auf die Instinkte des „Girlgeschlechtes“, das oft bei den Vorbereitungen der Revuen im Zuschauerraum sich etwas wenig angeregt glaubte, ist's der Schritt von der Ueberfeinerung der Sinnlichkeit zur Verwerflichkeit? Wie im alten Rom? Dann ginge die Entwicklung ja programmatisch nach Analogie des römischen Kulturzusammenbruchs, wie Spengler es für den „Untergang des Abendlandes“ prophezeite!

Also, wir haben „Hausse in Boys“. Das illustrierte Blatt der Frankfurter Zeitung kündigt sie an. Die Frankfurter Zeitung, die in ihrem Literaturblatt oft strenge Moral vertritt, errent sich hier in ihrer Illustrierten an einer offenen Erscheinung sittlichen Niedergangs: „Die Boys sind blaße, schmale, hübsche Jungen von zarter Haut und biegsamen Gliedern. Muskellos dürfen sie nicht sein. Alle sind fein und distinguiert, elegant und diszipliniert. Und würden sie auf dem Programm nicht als Boys bezeichnet, könnte man sie leicht mit Girls verwechseln!“ Liebe Frankfurter: reden wir doch deutsch: Boys sind verweiblichte Bebejünglinge, die auf der Bühne nach feurigen Jagdzakten ihre Glieder in grotesken Figuren verrenken. Die Boys werden wie Mädels „ausgebildet“. Die Frankfurter bringt karikierend eine Zeichnung, wie sie in der Garderobe vor dem Spiegel sitzen und mit dem Zippenstift arbeiten. Die meisten dieser Jünglinge kommen sogar aus „Girl-Familien“ und wohnen in einem gemeinsamen Heim. In England werden sie jeden Sonntag zur Kirche geführt. Die sogenannten Bierions Boys „haben dieselbe Figur, dieselbe schlaffe Linie, dieselbe Nase, und dasselbe mit Brillantine geplättete Haar.“ Die Frankfurter Illustrierte macht sich durch die Aufmachung des Artikels in seiner Weise lustig über diese Defäkationserscheinung. Mehr darf man von ihr und ihrem toleranteren Freisinn auch nicht verlangen.

Man könnte meinen, es handle sich um einen verspäteten Karnevalscherz. Aber es ist Tatsache: Wir haben bald Boy-Revuen zu erwarten. In den Großstädten der westlichen Kultur (Newyork, Berlin, London, Paris) bestehen schon überall Boy-Schulen. In der Winterhalbe sollen für Paris 300 Boys engagiert worden sein. Von der „Girl-Kultur“ zur „Boy-Kultur“! das ist die neueste Phase des Kulturzerfalls. Wie viele solcher Entwicklungsabschnitte sind noch möglich bis zum Untergang? Joseph Peters.

Wünsche der Bauernschaft

Aus bäuerlichen Kreisen des Frankenlandes wird uns geschrieben:

Die Annahme des Youngplanes ist auch für die Landwirtschaft mit einer Hoffnung verknüpft, auf deren Erfüllung sie längst hofft und auf welche sie mit Schmerzen wartet. Das ist der Wegfall der Rentenbankzinsen. Wieviel ist schon über dieses Kapitel geredet und geschrieben worden! Nun sollen die Rentenbankzinsen endlich fallen. Aber man hört wiederum nichts Genaues. Bisher ist „sollen“ nie nur wegfallen. Mit dem „Sollen“ ist aber der Landwirtschaft nicht gedient — sie will „haben“! Man möchte endlich einmal klipp und klar wissen, wie es um die Rentenbankzinsen steht. Der 1. April ist nicht mehr fern, wo sie wieder fällig sind. Auch im preussischen Landtag war die Rede davon, daß die Rentenbankzinsen am 1. April fallen sollen. Doch wieder nur „Sollen“! Die ganze Landwirtschaft ist sich darin einig, daß mit dem Wegfall der Rentenbankzinsen auf 1. April unbedingt gerechnet werden muß. Sie hat lange genug darauf gewartet!

Mit etwas gemischten Gefühlen vernimmt man die Kunde, daß die Schlachtsteuer wieder nicht aufgehoben wird. Die Landwirtschaft nährt sich seit langen Jahren mit der Hoffnung, gleichwie mit den Rentenbankzinsen, daß sie eines Tages fällt. Der Landtag hat die Aufhebung beschlossen. Doch hat die Aufhebung der gesamten Schlachtsteuer nicht allweg Beifall gefunden. Wie wäre es, wenn der Hauschlagsteuer eine besondere Aufmerksamkeit gewidmet würde? Die Meldung, daß die Schlachtsteuer insgesamt beibehalten wird, hat Unruhe in die Landbevölkerung gebracht, nachdem sie fest und sicher eine Aufhebung erwarten konnte. Es wird schwer fallen, der Landbevölkerung nochmals das Vertrauen in angeforderte finanzielle Erleichterungen zu befestigen, wenn nicht wenigstens die Steuer für Hauschlagungen einer Revision unterzogen wird. Der Gedanke, dieselbe wenigstens zu ermäßigen, wenn die Aufhebung der gesamten Steuer absolut unmöglich ist, wird eifrig erörtert. Bauernnot ist Volksnot! Möge diese vielgebrauchte Parole auch in unseren Fällen Beachtung finden!

Verband badischer Gemeinden

Der Vorstand des Verbandes bad. Gemeinden hielt am 20. 3. 1930 in Karlsruhe eine Sitzung ab, in der die wichtigsten gegenwärtig schwebenden Gemeindefragen behandelt wurden. Er hält vor allem eine Aenderung des badischen Steuererteilungsgesetzes zwecks Herbeiführung einer gerechten, die Lebensinteressen auch der Landgemeinden genügend berücksichtigenden Neuordnung, eine Aenderung des Straßengesetzes durch wesentliche Ermäßigung der gemeindlichen Beiträge zu den Kosten der Unterhaltung der Land- und Kreisstraßen und die Uebertragung der gehobenen Jährzölle auf die Gemeinden für dringend erforderlich, weil die gegenwärtigen Regelungen dieser Gebiete Verhältnisse schaffen, die jeden, auch sozial gerechten Ausgleich vermissen lassen und der Bevölkerung der Land- und Arbeiterwohnortgemeinden Lasten auferlegen, die unerträglich sind. Die Aenderungen sind so dringend, daß sie nicht mehr aufgeschoben werden können bis etwaige Maßnahmen des Reiches vorliegen. Die sofortige Einberufung einer Hauptversammlung wird vom Ausgang der noch anzustellenden Erhebungen abhängig gemacht. Außerdem ist bei der badischen Regierung eine Aenderung der Gemeindeverwaltungsgebührenordnung zum Zwecke der Erhöhung der Geschäftsgebühren und die Uebernahme der bei den Gemeinden bereits angeforderten Kosten für die Kennzeichnung der Hauptverkehrsstraßen auf die Staatskasse zu beantragen, da diese letzteren rechtlich die Gemeindefassen nicht betreffen.

60. Geburtstag des Verlegers Georg Pfeiffer-Hagen.

Am Samstag, den 29. März, feiert Herr Verleger Georg Pfeiffer in Hagen (Westdeutsche Volkszeitung) seinen 60. Geburtstag. Geboren am 29. März 1870 zu Springborn im Kreise Heilsberg in Ostpreußen, wo sein Vater als Lehrer

Fortbildungskurs für höhere Verwaltungsbeamte

In dem Fortbildungskurs für höhere Verwaltungsbeamte sprach Professor Dr. von C. Cardt von der Universität Heidelberg über:

„Die deutsche Presse der Gegenwart“.

Redner führte etwa Folgendes aus: Die Verbindung zu den Massen ist nur denkbar durch die Presse. Auch das Radio wird die Presse nie ersetzen können. Das akustische Hören wird nie die Wirkung haben, wie das gedruckte Wort. In Deutschland sind zwei Typen von Pressen zu unterscheiden: die politische Presse (Gesinnungspresse) und die Geschäftspresse. Die Gesinnungspresse wird nicht gegründet, um finanzielle Geschäfte zu machen. Man kann die Wahrnehmung machen, daß das Buch durch die Presse verdrängt wird. Es sei nur an die Romane in den Zeitungen und das Feuilleton erinnert. In Amerika erscheinen heute Sonntagsnummern von 160 Seiten. Wenn wir auch noch nicht so weit sind, so entwickelt sich doch manche Zeitung nach dieser Richtung, z. B. „die Grüne Post“. Diese hat gegenwärtig eine Auflage von 1 Million. Zurzeit hat Deutschland 3100 Zeitungen aufzuweisen. Davon beherrscht der Hugenberg-Konzern etwa 1000 Zeitungen. Der Hugenberg-Konzern verfügt heute auch über sämtliche Kinobetriebe. Wir haben heute sehr viel Kopfbätter. Die Zeitung ist nicht nur in geistig-kultureller Hinsicht der Vermittler, sondern auch dazu da, das Nachrichtenbedürfnis zu befriedigen. Vor allen Dingen hat auch die Wirtschaft ein Interesse an einer guten Presse. Es sei nur an den allgemeinen Kredit erinnert. In diesen Dingen spielt der Handelsredakteur eine bedeutende Rolle. Es ist bedauerlich, daß wir so wenig gute Handelsredakteure (kaum 1 Duzend) in ganz Deutschland besitzen. Ein großer Teil der Wirtschaft lebt nur, wenn die Öffentlichkeit von ihr Notiz nimmt. Die Presse ist die Rednertribüne der Öffentlichkeit, die aus dem öffentlichen Leben nicht wegzudenken ist. Sie kann, wenn sie ihre Aufgabe richtig auf faßt, ein gewaltiges Erziehungsmittel sein. Mit einer geistig sehr hochstehenden Zeitung wird nie ein gutes Geschäft zu machen sein. Das Publikum folgt nicht der Zeitung, sondern den Zeitungen. Der geschickte Redner macht dann noch nähere Ausführungen über die Tätigkeit des Redakteurs. Der Redakteur muß mehr wissen, als er schreibt. Er muß ein öffentliches Gewissen haben. Die Tätigkeit des Redakteurs ist eine künstlerische zu nennen und erfordert besondere Qualitäten.

Am folgenden Tage behandelte Professor Dr. von C. Cardt in glänzenden Ausführungen den

Rassismus und Volksweltismus.

Die herrschende Partei in Ausland zählt heute etwa 1,5 Millionen Anhänger mit Parteibuch. Lenin wollte eine marschierende, bewegliche Partei, daher die verhältnismäßig kleine Gruppe. Dazu kommen 900 000 Anwärter. Diese werden zunächst 2-3 Jahre zur Probe genommen, ehe sie endgültig eingestellt werden. Sie sind die Herren im russischen Reich. Gegen die heutigen Zustände in Ausland wendet sich dort nur eine einzige Volksschicht, das sind die Bauern; daher der Klassenkampf zwischen Arbeiter und Bauern. Auch bezüglich des Rassismus machte der geschickte Redner recht interessante Ausführungen. Mussolini wollte möglichst Lenin alles nachmachen. Der Rassismus ist durch die Unternehmungslust finanziert, während in Ausland immer wieder zu Ereignis

mungen geschritten werden muß, um die nötigen Mittel zu erhalten. Beide Vorträge fanden gespannte Aufmerksamkeit und lebhaften Beifall.

Im weiteren Verlauf des Kurses verbreitete sich zunächst überbaurat Direktor Fettweis über die

Technik der Elektrizitätsversorgung.

Er führte etwa Folgendes aus: Die Technik der Elektrizitätsversorgung läßt sich in drei Hauptgebiete einteilen: Das erste Gebiet umfaßt die Elektrizitätserzeugung in den Kraftwerken, das zweite die Fortleitung des erzeugten Stromes zu den Schwerpunkten des Bedarfes, wodurch in der Regel gleichzeitig eine Verbindung zwischen verschiedenen Kraftwerken geschaffen wird, und das dritte die Verteilung des Stromes von diesen Schwerpunkten des Bedarfes zu den einzelnen Abnehmern. Alle drei Gebiete behandelte der Redner in sachkundigster und interessanter Weise. Besonders erwähnt seien auch die Lichtbilder, welche die Ausführungen des Redners illustrierten. Der Vortrag fand großen Beifall. Im Anschluß an Herrn Oberbaurat Direktor Fettweis verbreitete sich Herr Oberbaurat Direktor Dr. Selme an Hand von einschlägigem Kartenmaterial über die

Elektrizitätswirtschaft in Baden.

Nach kurzem Ueberblick über die historische Entwicklung der Elektrizitätswirtschaft in Baden führte der Redner aus, daß heute zwei Grundgedanken vorherrschen: Stromerzeugung an Rohstofffundort und Transport der Energie an den Verbrauchsort. Baden sei gerade wegen des großen Anteils seines Volksweltens an Wasserkraften aus Ausland und wegen seiner geographischen Lage Durchfuhrland für elektrische Arbeit geworden. Gleichzeitig verfügt es im Schlussteil über das größte deutsche Stauseewerk. Die Elektrizitätswirtschaft in Baden hat sich eine Schlüsselstellung in dem gewaltigen Energieaustausch geschaffen.

In der badischen Elektrizitätswirtschaft bestehen zwei Grundarten von Verträgen, nach welchen die Gemeinden von den Ueberlandverorgungen beliefert werden. Der sogenannte A-Vertrag sieht vor, daß die Gemeinde ihren Strom vom Ueberlandwerk bezieht, die Verteilung des Stromes an ihre Abnehmer selbst übernimmt und dementsprechend auch die gesamten Lasten hierfür aufbringen muß. Der B-Vertrag sieht vor, daß die Ueberlandverorgung die Abnehmer direkt beliefert, zu welchem Zwecke die Gemeinde ihr gestelltes, die Verteilungsanlagen innerhalb der Gemeinde zu errichten. Dem Ueberlandwerk obliegen alsdann naturgemäß auch die Lasten für die Verteilung. Aus den genau dargelegten Verhältnissen muß erhellen werden, daß auch in der badischen Elektrizitätswirtschaft darnach getrebt werden muß, die noch vorhandenen A-Verträge in elektrizitätswirtschaftlich richtige B-Verträge überzuführen. Das Verlangen nach Elektrizität ist in großem Ausmaß da und kann noch angeregt werden. Ueberall streift die Stromversorgung in erfreulicher Weise voran, neben der Industrie und dem Gewerbe macht sich auch die Landwirtschaft und der Haushalt in fortschrittlicher Weise die Vorteile der elektrischen Arbeit zunutze. Die Ueberlandverorgung zeigt, daß in der zusammengefaßten Elektrizitätswirtschaft des badischen Landes der richtige Weg eingeschlagen wurde. Dieser hochschätzliche Vortrag wurde sehr beifällig aufgenommen.

den Augustinus-Verein und seine Bestrebungen zeigte Georg Pfeiffer immer ein großes Interesse. Sein besonderes Interesse wandte sich allseitig den Aufgaben der Verleger-Vereinigung zu. Im Jahre 1920 wurde er zum Geschäftsführer der GVG bestellt und im gleichen Jahre in den Vorstand des Augustinus-Vereins berufen. Mit dem Augustinus-Verein nahmen die weitesten Kreise an dem Ehrentage des Herrn Verlegers Georg Pfeiffer-Hagen gerne Anteil. Möge die schätzbare ausgleichende und vermittelnde Kraft des Herrn Pfeiffer dem Augustinus-Verein noch recht lange erhalten bleiben.

Mißfarbene Zähne

der dafür eigens konstruierten Chlorodont-Zahnbürste mit gezahntem Borstenschnitt. Faulende Speisereste in den Zahnzwischenräumen als Ursache des üblen Mundgeruchs werden gründlich damit beseitigt. — Chlorodont: Zahnpaste, Mundwasser, Zahnbürsten Einheitspreis 1 Mark bei höchster Qualität. — Man verlange nur echt Chlorodont in blau-weiß-grüner Originalpackung und weise jeden Ersatz dafür zurück.

entstellen das schönste Antlitz. Uebler Mundgeruch wirkt abstoßend. Beide Schönheitsfehler werden gründlich beseitigt oft schon durch einmaliges Putzen mit der herrlich erfrischend schmeckenden Chlorodont-Zahnpaste. Die Zähne erhalten darnach einen wundervollen Elfenbeinglanz, auch an den Seitenflächen, besonders bei gleichzeitiger Benutzung der dafür eigens konstruierten Chlorodont-Zahnbürste mit gezahntem Borstenschnitt. Faulende Speisereste in den Zahnzwischenräumen als Ursache des üblen Mundgeruchs werden gründlich damit beseitigt. — Chlorodont: Zahnpaste, Mundwasser, Zahnbürsten Einheitspreis 1 Mark bei höchster Qualität. — Man verlange nur echt Chlorodont in blau-weiß-grüner Originalpackung und weise jeden Ersatz dafür zurück.

8. Sinfoniekonzert

Das Violinkonzert von Beethoven ist den Besuchern der Sinfoniekonzerte durch die Regelmäßigkeit der Wiederholungen bestens bekannt. Die Tiefe der Empfindung und die klassische Größe der thematischen Gliederung lassen es ebenso zur Lieblingsnummer der Konzerte werden wie die Mitwirkung der Solovioline, die unseren Geistesvermögen immer wieder Gelegenheit gibt, eins ihrer edelsten Paraderpfeile in voller dekorativer Ausrichtung vorzuführen. Diesmal war es Alma Woodie, ein gern gesehener Gast, die sich des schwierigen Soloparts mit ganzem Herzen angenommen hatte. Sie blieb der vollinhaltlichen Ausdeutung des Werkes kaum etwas schuldig, so sehr auch die Bravour des Technischen zeitweise im Vordergrund stehen mochte. Die Künstlerin wurde nach Gebühr überaus herzlich gefeiert.

Was im zweiten Teil des Programms folgte — Mahlers Dritte Sinfonie für Altflöte, Klarinette und Knabenchor — war dann umso mehr geeignet, den Abend zweier Welten mit großem Scheinwerfer zu beleuchten. Kein Mensch wird die geniale Zauberprache Mahlers nur im entferntesten bezweifeln wollen, mit der er immer wieder die höchsten klanglichen Effekte zu erzielen vermag; niemand wird auch sein eifriges menschliches Ringen um das Höchste, um Gott, um die Ruhe seines Herzens, in Abrede stellen. Nur, daß es ihm auf dem Wege eines Massenauftretens äußerer instrumentaler Mittel gelingen wäre, diesen Beweis auch in überzeugender künstlerischer Weise zu führen, muß desto mehr bezweifelt werden, je objektiver wir uns zu seinem Gesamtwerk zu stellen in der Lage sind. Man braucht nicht einmal gleich Bedner, dessen Schüler sich Mahler nannte, ihm entgegen zu halten, um die Kunst anzudeuten, die sich in Bezug auf die Tiefe und die Art des Kampfes mit den Mächten der Finsternis zwischen beiden aufzu. Egriffen aber gar erschüttert im letzten metaphysischen Sinne wird kaum jemand werden, es sei denn, man lasse schon die sentimentale pergeßene Träne der menschlichen Anteilnahme dafür gelten. Dem heutigen Menschen, der selbst durch manches festliche und tiefliche Inferno geschritten, kann diese Musik nicht mehr sein als ein lärmendes Belloges des Gores, das zur Einigkeit führt — in sie hinein vermag sie uns nicht zu geleiten. Mahler, das heißt sich immer mehr heraus, gehört mit seinem besten Schaffen einer vorangegangenen Epoche der satirischen Bürgerlichkeit an, für die es freilich ein simuliertes Mittel ganz besonderer Art gewesen sein mag. Und es stimmt mit jener leicht oberflächlich-sentimentalen Haltung durchaus überein, daß Bedner zu jener Zeit fast noch eine Unbekannte zum mindesten aber nicht sonderlich hochgeschätzte Größe war.

Das zischend und donnernd aufsprühende Feuerwerk ging hier unter Generalmusikdirektor Krips' Leitung mit allen hörbaren Effekten vorstatten, wozu Magda Strad für Solo-Mittstimme, der Frauenchor des Landestheaters und der unter Leitung von Musikdirektor Steinbart stehende Knabenchor aufgetreten waren. Krips nahm die ganze Sache vielleicht doch zu wichtig und zu ernst, den letzten langsamen Satz noch um einige Takte langsamer und unterhielt dadurch den geistigen Leerlauf des Ausfluges, der die an und für sich schon nähere Endsumme aus dem Ganzen zieht. (Eine unerfreuliche Nebenwirkung war damit noch insofern verbunden, als das auf zehn Uhr festgesetzte Ende des Konzerts um genau 40 Minuten überschritten wurde.) Als Gesamtleitung verdient jedoch die Wiederabe mein-gehrte Anerkennung, sie war ein einflussreicher Beweis für die Arbeitsfreude von Orchester und Dirigent, die sich so monumentaler Aufgaben auch dann mit künstlerischer Sorgfalt annimmt, wenn diese Aufgaben ihren Sohn in sich selber tragen. Dementsprechend war der Beifall als Anerkennung für die aufgewandte Mühe ungemein herzlich. H. A. B.

Gerhart Hauptmann: „Die schwarze Maske“

Reichsdeutsche Uraufführung im Dresdener Schauspielhaus. Nach Wien geht Dresden. Aber auf ausdrücklichen Wunsch Gerhart Hauptmanns ist aus dem „Spur“ der neue Titel „Die schwarze Maske“ geworden. Der zweite Einakter ist ganz in Form gekommen. Dafür gab es in schöner und packender Ergänzung das Nocturno „Eiga“. Mit all seinem vorbildlichen Idealismus und seinem starken Einfühlungsvermögen ist Schauspielregisseur Georg Kieja an die Einführung der „Schwarzen Maske“ herangegangen. Auch ohne, daß er es ausdrücklich verriet, merkte man deutlich, daß dem Regisseur gleichsam als Symbol für das graue Spiel Hauptmanns, Membrandis Nachtwache vor Augen stand. Obgleich nun der Bühnenbildner Adolf Mahnte, vor allem auch die erlebte Prominenz der Staatstheater selbst mit Friedrich Lindner (Schüller), Grethe Wolmar (Benigna), Bruno Decarli, Luise Kainer (Feddia Rotter) an der Spitze willig Folgeleistung leisteten, von dieser Nachtwache blieb nur die Kulisse, blieb Aussehen und Bindung, blieb die Materie der tollgewordenen Benigna, deren erdliche Abhängigkeit von dem Halbgelehrten, aber keinesfalls schicksalhaft wirkte. Das Nationaltheater jener Tischgesellschaft im Hause des Bürgermeisters Schüller nach dem dreißigjährigen Kriege, in die hinein

plötzlich der schwarze Tod tritt, um mit seinem Erscheinen alle Instinkte einer mühsam getriebenen Ehemoral aus den Fugen zu reißen, ist nicht ohne grandios empfunden, aber dramatisch unzulänglich gestaltet. Mit ganz gar äußerlichen, um nicht zu sagen knospiellen Mitteln. Noch deutlicher zu werden, verbietet das Tatgefühl einem Dichter gegenüber, der immer noch unmittelbar darnach mit einem seiner frühesten Werte wie „Eiga“ heute noch so tief und elementar zu paden versteht. Die Aufnahme der „Schwarzen Maske“ durch ein ausverkauftes Haus drückte sich in einigen Schreien, dann in lauten Fischen aus, in das hinein sogar eine einjame Trillerpfeife sich magte. Der Beifall, der nach nochmaligem Heben des Vorhanges einsetzte, galt ausschließlich der ausgezeichneten Darbietung. „Eiga“ konnte darnach nur wie eine Erlösung wirken. Wieder zeichnete sich Kieja als Meister der baldesten Gestaltung. Stürmischer Beifall dankte der ausgezeichneten Eiga Alice Berdens und Willy Kleinodskogs prächtigem Graf Starshenski. Um wie viel einbrudsvoller wäre der Abend gewesen ohne die überflüssige Ouvertüre. Heinrich Zerkulen.

Der Kampf der Fronten gegen die Gagenbeschränkung. Die Nichtigkeitslage, mit der 24 prominente Künstler der Opernbühne, darunter Michael Bohnen, Schünus, Richard Rauber, Barbara Kemp, Malvalda Talabini und andere, die vom Deutschen Bühnenverein festgesetzte Gagenbeschränkung für Gastspiele auf höchstens 1000 Mark pro Abend angefochten haben ist vom Reichsgericht endgültig abgewiesen worden. Das Reichsgericht hat sich der Begründung des Kammergerichts angeschlossen, in der gesagt wird, daß der Bühnenverein mit seinen Maßnahmen lediglich bezweckt habe, den nachstehenden deutschen Opernbühnen in ihrer schwierigen Lage durch Beschränkung der Entgeltungen zu helfen. Das sei ein durchaus erlaubter Vertragszweck.

Reinhardt-Staatstheater. Die Pressemeldung, daß die Verhandlungen um eine Interessengemeinschaft zwischen Reinhardt und der Generalintendantur der Staatstheater kurz vor dem Abschluß stehen, wird bestätigt. Die Einzelheiten des Vertrages sind, dem „Berliner Tageblatt“ zufolge, soweit vorbereitet, daß bereits in den nächsten Tagen die Verbindung zwischen Reinhardt und dem Staatstheater offiziell festgelegt sein wird. Zu klären sind noch einige interne Fragen innerhalb der Direktion des Deutschen Theaters, die aber, wie berichtet wird, noch im Laufe des heutigen Tages ihre Erledigung finden werden.

KUNST UND WISSEN

Nummer 12

Literarisch-Wissenschaftliche Beilage

26. März 1930

Briefe von Rainer Maria Rilke

Von Anton Schnack

„Denn die Kunst ist ein Ding viel zu groß und zu schwer und zu lang für ein Leben und die, welche ein großes Alter haben, sind erst Anfänger in ihr.“

Von Rilkes Tochter Ruth Sieber, Rilke und Karl Sieber gesammelt und herausgegeben, erschien im Insel-Verlag zu Leipzig ein Band Briefe des gestorbenen, aber unvergessenen Rainer Maria Rilke. Sie sind in den Jahren 1902 bis 1906 geschrieben und in der Hauptsache an Klara Westhoff (Rilkes Gattin), an August Rodin (in französischer Sprache), an die Malerin Paula Becker-Modersohn, an Arthur Holzschner, an Ellen Key, an Fou Andreas-Salomé und Karl und Elisabeth von der Heydt gerichtet.

Mitte und Herz dieser Briefe sind das Werk Rodins, der Rilke kraft seiner gebirgsähnlichen Ruhe und Größe nicht losläßt. Rilke wird fast zum Dienenden vor ihm. Rodin, von dem er schreibt, daß die Zeit von ihm abfliehe, der unantastbar, sakrosankt und heilige Namenlos sei, wird ihm der überzeitliche Strom, in dem Kunst und Leben, in felsener und glücklicher Verschmelzung zusammengetan, in eine unzerstörbare Ewigkeit hineintreiben.

Das Gehen zu Rodin, und das ist aus allen Briefen herauszulesen, scheint innere Notwendigkeit für Rilke gewesen zu sein. Rilke war damals aus seinen Visionen in den Abgrund einer lähmenden Gestaltungsverfälschung gefallen. An Rodin, dem unermüdeten Arbeiter und Gestalter, hoffte er sich aufzurichten und wieder mit Quellen dem sich zu erfüllen. In einem ausführlichen und mit entzückten Wort-Bildern und Gleichnissen geschmückten Brief bekätigt er diesen Eindruck: „Und dieses Werk konnte nur von einem Arbeiter ausgehen, und der es gebaut hat, kann ruhig die Inspiration leugnen; sie kommt nicht über ihn, weil sie in ihm ist, Tag und Nacht, verursacht von jedem Schauen, eine von seiner Hand erzeugte Wärme.“

Der junge Rilke (die Briefe stammen aus den Jahren 1902-1906) suchte im Schatten des zu einem Halbgot emporgehobenen Rodin Kraft und Sättigung für seinen schlafenden künstlerischen Dämon. Seine Briefe sind eine glühende und ergriffene Apotheose des Bildhauers. Er fühlt sich selbst beschenkt in der Nähe des „Meisters“ zu sein, er liebt ihn wie eine überzeitliche Erscheinung, wie er das Meer, den großen Wind, die Vögel und die stillen Gesichter der Blumen liebt. Er mußte, um sich wieder selbst zu finden, über diesen Koloz hinwegsteigen. Man weiß, daß er schließlich Rodins Sekretär wurde und die Last einer umfangreichen und mechanischen Korrespondenz auf sich nahm, die Rilke schließlich, um sich und seinen dichterischen Genius zu retten, von sich abtut. Darüber schreibt er an Fou Andreas-Salomé: „Ich muß alle Vernunft zu Rate nehmen, um nicht eines Tages blindlings nach Varese (Rilke war sehr glücklich dort, bevor er zu Rodin kam) zu fahren: so sehr steht dieses beständige Auf-dem-Posten-Sein und Hausen gleichgültiger Briefe schreiben im Widerspruch zu dem, was meinem innersten Bedürfnis jetzt entspräche, welches alles das aufmerksame erleben und tagelang hingeben sein und zu eigenem ganz bereit sein möchte.“

In welcher Beleuchtung lassen die Briefe Rilke erscheinen? Als einen jaghaften Ringenden, als einen Suchenden, der dem Zufall dichterischer Inspiration in einen gesetzmäßigen und stetigen Ablauf der Gestaltung und der Formung kommen möchte. „Es tut mir so furchtbar not, das Werkzeug meiner Kunst zu finden, den Hammer, meinen Hammer, daß er herr werde und wache über alle Geräusche. Es muß ein Handwerk sein auch unter dieser Kunst; eine treue tägliche Arbeit, die alles verwendet, muß doch auch hier möglich sein.“ Dieses Geheimnis, das Geheimnis der Formdauer, ohne Erwartung auf den Blick der Eingebung, scheint ihm Rodin gehabt zu haben. Rilke aber war damals einer unentschiedenen und gehemmten Dürre ausgeliefert, soweit man bei diesem grandiosen Menschen, dem alles zum Gedicht wurde, von Dürre sprechen kann.

Die Briefe zeigen von einem wandernden, suchenden und ewig leidenden Menschen, der sich übermäßig viel den Dingen und Erscheinungen hingibt, von ihnen Bereicherungen und Entzückungen erfährt, aber auch Wunden und Leiden. Er kommt im August 1902 nach Paris, aber er findet sich in Paris seelisch und körperlich nicht zurecht. Er malt immer wieder in seinen Briefen das unglückliche Grauen und den Widerwillen, den er vor Paris (und vor jeder großen Stadt im allgemeinen) hat. So schreibt er einmal an Otto Modersohn: „Paris ist eine schwere, bange Stadt. Und die schönen Dinge, die da sind, machen mit ihrer strahlenden Ewigkeit doch nicht ganz aus, was man durch die Grausamkeit und Wirrheit der Gassen und die Unnatur der Gärten, Menschen und Dinge leiden muß. Paris hat für mein geistiges Gefühl was Unmöglich-Banges.“

Aus dem hängen Grund seines Herzens steigt ihm zuweilen deutsches, nordisches und russisches Land, Land der Gärten und der Ebenen, Land, das sich weit hin breitet und in den Rausch des Meeres löst; dort könnte er arbeiten, dort in den Dogelilien, dort in den Windnächten, aber noch löst der Koloz Rodin wie ein Berg auf ihm, noch wird Rilke wie von einem Magnet zu dem Bildhauer hingezogen.

Die Briefe sind ein süßes und inniges Landschaftsbuch. Ellen Keys Vorträge in Schweden und Kopenhagen hatten Rilke, der aus Bescheidenheit diesen Vorträgen über sich skeptisch gegenüberstand, verschiedene Einladungen nach Schweden gebracht; er brach seinen zähen Aufenthalt ab, der ihm sowieso zuwider war, und genoss zunächst in Borgholm (Provinz Skåne) bei einem Fräulein Easson, die ein großes Landgut hatte, Erquidung und Ruhe. Später lebte er in Furubog bei Freunden und Verwandten von Ellen Key. Er amiet auf und ist glücklich — aber beständig ist er nicht: es bleibt auch nur eine Zeit des Aufstehens und der Vorbereitung; der dichterische große Sturm kommt nicht über ihn. Doch sind seine Briefe von dort oben edelgemalte Blätter, in denen der Zauber der Landschaft beispiellos und betörend glänzt. Ellen Key liebt er sehr, ihre starke mütterliche Hand gibt dem an sich stets Verzagenden Aufmunterung und Kraft. Es hatte ihn sehr nach dem Norden gedrängt, weil ihm die Erscheinung von Jens Peter Jakobsen eine unwiderstehlich betörende Note war. Er dachte auf dieser Reise, da er eine Arbeit über Jakobsen schreiben wollte. Nahes und Vieles über diesen Dichter zu erfahren. Er trifft dort oben auch mit Georg Brandes zusammen und es ist ausgezeichnet, wie er diesen überschätzten, Vielmisser beurteilt: „Brandes, der lieb und gut, aber alt und schließlich mehr ein Vergnügungsort ist als ein Mensch.“ Rilke macht überhandt ausgezeichnete literarische Bemerkungen. So schreibt er an irgendeiner Stelle über Maxim Gorki: „Neben den russischen Dichtern wirkt Gorki doch nicht eigentlich groß, und es ist trotz seines Aus-der-Erde-Herausgewachsenseins weniger Natur in ihm und weniger Notwendigkeit, — also auch weniger Kunst.“ Er beschäftigt sich viel mit

Sören Kierkegaard und lernt dänisch um Jens Peter Jakobsen in seiner Sprache zu lesen, er trifft später bei Rodin Bernhard Shaw, über dessen witzige und neue Art er sich höchst belustigt, Gerbard Hauptmann sieht ihm sympathisch nahe.

Die Briefe Rilkes sind Dokumente eines hohen, edlen und durch und durch dichterisch lebenden Menschen. Er schrieb sie zwischen dem 27. und 31. Lebensjahr, und sie wirken wie ein stiller Entwicklungsroman. Sie sind so nahe und so zart geschrieben, daß man den Atem seiner Brust und den Schlag seines Herzens spürt, unverwundet sind sie, süß und schön. Blumenhaft: so möchte ich sie nennen. Blumenhaft: Schwermut und Trauer, die sie mit dunklem Untergrund bemalen, entzaubern und verdrängen sie nicht. Er sieht hoch über allen „sozialistischen“ Schriftstellern, wenn sein Herz schreibt. Es ist ein wunder, schmerzlicher Brief von ihm, worin er über die kranken und alten Frauen von Paris berichtet und von allen denen schreibt, „welchen Leid geschieht an jedem Tag.“

Rilke schreibt jede Zeile sorgfältig, ausgemalt als hätte er Kunstwerke zu tun. Da ihm damals die Dichtung nicht frönte, gab er Weisheit und Schönheit an seine Briefe. Viele sind Gedichte in Prosa. Doch steht hinter der großen und erregten Stimmung vielfach der kritische, skeptische und wissende Betrachter. Seine Briefe aus Italien z. B. sind in ihrer letzten Zuspitzung eine Abfolge an Italien. Sein, aber scharf, rückt er von der Ueberladenheit italienischer Art, Kunst und Natur ab: „jedenfalls haben nördlichere und ernstere Länder meine Sinne selber zu Keifen und Einfachem erzogen, so daß sie jetzt das Grelle und Starke, Schematische und Unabgewandelte italienischer Dinge wie einen Rückfall in den Bilderbogenuntertrieb empfinden.“ Kommt er glänzend mit den Worten „Ausstellungssimmung“. In einer anderen Stelle wird er noch schärfer, wo er vom Scheinleben dieses vergangenen Volkes, von den Phrasen seiner Nachkommenkunft und der Gartenblumenförmigkeit von d'Annunzio's Verfen schreibt.

Mit seinem eigenen Schaffen beschäftigt er sich vielfach und eingehend; man sieht Rilke unter Mikroskop, das er über sich selbst hält: „für meine Art ist nichts schwerer und gefährlicher als mit dem Schreiben Geld zu verdienen und allein schon das Bewußtsein, daß zwischen meinem Schreiben und des Tages Nahrung und Notdurft eine Beziehung besteht, genügt, mir die Arbeit unmöglich zu machen. Und anderswo sagt er: „Jeder muß in seiner Arbeit den Mittelpunkt seines Lebens finden und von dort aus strahlenförmig wachsen können, soweit es geht. Und dabei darf ihm kein Zweites zusehen. . . denn nicht einmal er selber darf es. Es liegt eine Art Reinheit und Jungfräulichkeit darin, in diesem von sich selbst fortzuschauen.“

Fürwahr: jede Zeile, jeder Satz, jedes Wort in diesen Briefen ist ein Fortschauen von sich selbst, ein Fortschauen in ein Höheres und Tieferes, entweder zu Gott oder zu einem Garten, zu einem Engel oder zu einer Ewigkeit. Und wer, so wie es Rodin war, all dieses in sich vereinigte, vor dem brach er in die Knie und beugte sich. Denn Rilke war der demütige Mensch.

„Ohrana“

M. T. Wajsiljew: „Ohrana“. Aus den Papieren des letzten russischen Polizeidirektors. Zürich, Leipzig, Wien, Amalthea-Verlag 1930. 8°. 351 Seiten.

Audiatore et altera pars! Warum sollte man dieses Recht nicht auch den Wortführern der verhassten Institution Europas, der russischen politischen Geheimpolizei verlegen? Wajsiljew, deren letzter Leiter, macht von der Befugnis, seinem Metier mildernde Umstände zu fordern, in teils naiver, teils unangenehm roher Manier Gebrauch. Diefem „echt russischen Manne“ ist auch heute noch keine Ahnung davon aufgegangen, welche Scheußlichkeiten er gewerdmäßig vollbracht und als ehrenvollen Dienst betrachtet hat. Er berichtet von den Aufgaben und Methoden der „Ohrana“ mit unheimlicher Ruhe und Selbstverständlichkeit. Schildert die Institution und die Tätigkeit der Protokoleure, der verschiedenen Agenten; die Machenschaften des Schwarzen Kabinetts, die Rasputin und Babomajew, als handelte es sich um die natürlichsten Dinge von der Welt. Alles Recht ist beim prawoslawen Garen und seinen treuesten Dienern, den Spähern. Dabei sind diese ungekünstelten Bekenntnisse von starker dramatischer Wirkung und allerdings ein einem anderen als dem von Wajsiljew vermeinten Sinn, wertvolle Geschichtsquelle. Ueber die Revolution von 1917 erfahren wir nicht viel Neues. Den Bolschewiken gegenüber hat Wajsiljew persönlich allen Grund, nicht zu viel Groll zu hegen. Patroklus ist gestorben, und war mehr als Dul. . . Offenbar hat eine gewisse Seelenverwandtschaft den Hüpfling der untergegangenen Ohrana vor der allzu scharfen Faust der aufsteigenden Tscheka gerettet. Wajsiljew entweicht nach Kiew, von dort nach Ungarn, zuletzt nach Paris. Dort trauert er der verschwundenen Herrlichkeit nach. Die Weisheit, die er aus seinen u. der übrigen Welt Erlebnissen gewonnen hat? „Gegenüber den unablässigen Verfassern, die staatliche Ordnung zu untergraben, haben die zaristischen Behörden die weitgehendste Milde geübt, und wenn der Regierung . . . ein berechtigter Vorwurf gemacht werden kann, so . . . nur der, daß sie in allzu vornehmer Zurückhaltung stets unterlassen hat, das Ausland über die wirklichen Verhältnisse in Russland aufzuklären.“ Zuletzt berichtet er von seinen Konkurrenten und Amtsnachfolgern, der Tscheka, beziehungsweise der GPU. Wirklich, die beiden, Ohrana und Tscheka, sie gleichen einander wie bonnet blanc und rouge bonnet. (Farben sind Illusion, die Amtsmilke bleibt.) Wajsiljens Buch ist belehrend, unmittelbar; es erregt in demselben Maße Interesse und Abscheu, Mitleid mit dem russischen Volk und Grauen vor seinen Peinigern.

Otto Forst de Battaglia.

Volkstum und Volksbildung

Von Dr. W. Spacl

Es wird heutzutage viel über Volkstum und Volkheit geredet und geschrieben, aber trotz aller Rederei und Schreiberlei liegt die Sache noch in der Luft, eine sichere Grundlage fehlt. Man hält sich zu sehr bei den äußeren Formen auf, anstatt die inneren Verhältnisse, die seelische Gemeinamkeit, zu erforschen und aufzuzeigen. Denn das Problem des Volkstums taucht erst auf, als sich die Schichten differenzieren, als sie eine Sonderentwicklung einschlagen. Man überschreit heute vielfach mit dem lauten Ruf nach Volkstum die seelische Not des Volkes, wir müssen uns heute bewußt sein, daß wir Volkstum nur im Zusammenhang mit den großen Lebensmächten von Religion und Kultur, von Kunst und Wissenschaft verstehen können. Es gibt auch kein Alkheimmittel, mit dem in 14 Tagen Volkstum erzeugt werden kann. Noch weniger richtig ist es, die blaue Brille der Romantik aufzusetzen, die Vergangenheit schön und gut und die Gegenwart häßlich und schlecht zu finden. Das sind zu allen Zeiten billige Rezepte gewesen.

Daß das Thema Volkstum und Bildung bei uns in Deutschland so heftig diskutiert wird, ist allein schon ein Beweis, daß der Seele unseres Volkes etwas fehlt, daß sie nicht mehr ganz gesund ist. Denn Volkstum ist nicht Bildung, und jede Erziehung — wie selbstverständlich klingt das doch — sollte volkliche Erziehung sein. Aber die Idee vom Eigenrecht und Eigenwert des Volkstums wurde vielfach mißverstanden und in Neufährlichkeiten umgewandelt. Trachten, Reigen, Martinszüge, Heimatfeste, Museen haben für wirkliches Volkstum nur einen relativen Wert. Denn eigentliches Volkstum kann wahrhaft nur gepflegt werden, solange es lebendig aus sich ist. „Volkstum“ werden daher nur solche Pädagogen erweisen, die in unmittelbarer und naiver Verbindung mit dem Volke leben, und die außerdem die Gnade der Deutung besitzen. Sie reihen das Volk sukzessive empor, sie können ihm jenes lebendige Wissen vermitteln, welches alle Krisen, die über das menschliche Herz dahersäulen, überdauert.

In der Zeit, die hinter uns liegt, war Volkstum oft zu einer formalen geworden, zu einer Liebhaberei für Leute, die viel Zeit und viel verschwommene Ideen haben. Was das Volkstum angeht, so wurden Vereine gegründet, es entstanden Organisationsstellen, mit einem Wort, es wurde die ganze organisatorische Betriebsamkeit in Bewegung gesetzt. Für vornehm galt es, über dem Volkstum zu stehen, Volkstum war nur eine Angelegenheit für das gemeine Volk. Anschauungen, die in manchen Kreisen auch heute noch gang und gäbe sind. Es bestände nicht die merkbare Kluft zwischen Akademikern und Volk, wenn sich gelegentlich auch akademische Kreise auf Volkstum besinnen würden.

Es ist natürlich falsch, sich um jeden Preis primitiv und naiv zu gebären, Symbolik zu wollen und Bildhaftigkeit zu erzwingen, wo kein Wesen mehr ist. Denn der Volksbrauch ist nur der sinnfällige Ausdruck einer bestimmten Weltanschauung. Als solcher läßt er sich nicht verewaltigen, er ist kraft des Wesens da, oder ist nicht da. Ein Pfand welches nicht echt ist, wirkt gleich theaterhaft, und man sollte daher keine Bräuche einführen, die nicht mehr in lebendigen Boden gesetzt werden können. Auch Dialektbildung hat oft einen pflüsternden Unterton, so bezaubernd ein bodenständiger Dialekt sein kann. Was sich da manchmal in kleinen Blättern und Vereinskalendern als Dialektbildung präsentiert, hat mit Pflege des Volkstums

wenig zu tun. Manche Erzähler stellen ein aufgepöhltes Volkstum hin und meinen, sie hätten einen Heimatroman geschrieben. Hier gilt es zu unterscheiden, um nicht einem Pseudogeist anheimzufallen. Nicht gleich vor dem Wort „Kosmos“ ängstlich werden, das in der Regel ein Kennzeichen dieser volkstümlichen Pseudomythik ist. Da ist die Rede vom „Atmen im All“, als ob sich damit Volkheit gestalten lasse, wie überhaupt die Volkstumsdichtung ein läppiges Dilettantentum auf den Plan gerufen hat. Hier heißt es, wachsam sein, und nur etwa der guten Eine Kritik soll nicht ängstlich sein und nun werden tendenziöse Sachen zuliebe irgendein Tendenzmärchen, irgendein tendenziöses Spiel, selbst wenn es ein so beliebtes Kartenspiel ist, heraufgeloben. Die Sache ist wirklich nicht immer gut, und im Grunde schadet man, wo man nützen sollte.

Was ist denn nun rechte Volkstumspflege? Volkstum ist nur dann möglich, wenn gleichzeitig eine Bildung nach der religiösen und nach der gemüthlichen Seite noch möglich ist. Außerdem muß, was in behaftendem Falle ja vorausgesetzt werden kann, Tradition vorhanden sein, an die anzuknüpfen ist. Mit Umzügen, Volkstiedabenden, mit der Aufführung von Volkstücken ist noch nicht viel gewonnen, besonders, wenn diese Volkstiedabende als „Konzert“ dargeboten werden. Eine Schwierigkeit kommt hinzu. Die Volksschichten wechseln ständig, es ist heutzutage in den unteren Schichten ein durchgehender Zug, daß sie ihre Kinder aus der eigenen Schicht in eine höhere heben. Ein Bestreben, das zunächst wenigstens vom Volkstum abführt. Allerdings ein einheitliches Volkstum, wie es das Mittelalter kannte, läßt sich nicht mehr ins Leben zurückrufen. Wir haben nun einmal heute eine Krisis des Volkstums und auch der Bildung durchzumachen. Gerade der Katholik muß sich dessen bewußt sein, in demselben Maße, wie das katholische Selbstbewußtsein erwacht, vergrößert sich die Entfernung zu der zivilisierten Welt, in der man bisher zu sorglos existiert hat; mit Schreden dämmert die Erkenntnis, wie tot das Leben bisher gewesen ist. Die Menschen sind alle zu sehr problematische Naturen geworden, als daß sie ihr Volkstum noch rein und naiv leben können oder wollen.

Um wieder zur rechten Volkstumspflege zu gelangen, müssen wir schon den Weg über das Religiöse nehmen. Eine Umbestimmung und Neubestimmung auf die religiösen Güter hat in den letzten Jahren große Teile des deutschen Volkes erfasst. Diese religiöse Bestimmung hat das Gewissen geweckt, hat erst auf die Volkstums- und Bildungsgröße aufmerksam gemacht. Die Religion soll wieder zum Kernpunkt des Lebens und damit auch der Erziehung werden. Sie soll in der Schule nicht mehr ein Fach unter Fächern sein. Religion sei wieder Wirklichkeit. Sie ist das stärkste Bindemittel des Volkstümlichen. Beim Religiösen muß immer wieder angeknüpft werden, wenn das Volkstum anfängt, blas und matt zu werden. Die Religion weckt jene irrationalen Kräfte, die ebenso die Wurzeln des Volkstums sind. Gerade das Religiöse bemerkt die Eigenschaften der Pietät, der Tradition und des Gemeinschaftsgefühls hoch. Es sieht darin Werte und Normen, die das Leben bestimmen. Die Religion ist es doch, die auch die Masse der Großstädte wieder seelisch zurückerobern will. Universitätsprofessor Dr. G. Schreiber hat in einem Vortrag „Kirche und Volkstum“, den er auf der Tagung der Görresgesellschaft in Regensburg hielt, eindringlich darauf hingewiesen, wie solche

Volkstumsarbeit vom Religiösen her das Erleben und die Formung des Familienfinns festigt, wie die Religion den als Verbundenheit und Verantwortung empfundenen Heimatbegriff vertieft, die reizvollen Konturen der deutschen Landschaft entwirft und so das deutsche Kulturgut mehrt. In diesem Vortrage führte Professor Schreiber weiter aus, wie scharf und kulturell bedeutsam die volkstumsfreundliche Haltung der Kirche in die Erscheinung tritt. Es gibt eine eigene kirchliche Volkstunde. Immer wieder wird Volkstum durch die Kirche gestützt. Der schöpferische Sinn und die zugleich beständige Haltung des Liturgischen ist der Behauptung des Volkstums zugute gekommen. In heiligen Handlungen begleitet die Kirche den Menschen durch sein ganzes Leben, auch der Gedanke der Familie ist in den Rhythmus kirchlichen Volkstums eingeschlossen. Das müssen wir immer unterstreichen, gerade die Idee der Familie, und besonders in der Form, wie sie von der Religion geheiligt ist, bedeutet die Grundlegung eines jeden Volkstums. Von der Familie geht die Sitten aus, um sich über die bürgerliche Gesellschaft und beim organischen Aufwachsen der Gesetze und Rechtsgewohnheiten auch über den Staat zu verbreiten. Vom Geist der Familie führt ein direkter Weg zum Geist der Gemeinschaft.

Neben dem Religiösen ist es die Kunst und vor allem wieder die Literatur, von der eine gemütsbildende Kraft und Wirkung ausgeht. Religion und die wachenden Kräfte der Literatur bilden gewissermaßen den einheitlichen Ausgangspunkt, von dem aus praktische Pflege möglich ist. Bei bäuerlichem Volkstum ist diese Pflege am günstigsten, hier ist noch die geschichtlich gewordene Art beibehalten, der Bauer ist konservativ, die beruflichen Interessen sind auf dem Dorfe die gleichen, der Zusammenhang der Dorfgemeinschaft ist da, wenn auch etwas gelockert, die Landbewohner haben unter sich Anteil an Familienergebnissen jeder Art, eng greift das kirchliche Leben in die Dorfgemeinde hinein. Der Boden ist also noch günstig. Vor den Augen verschließen, die mehr und mehr auftreten, dürfen wir aber nicht die Augen verschließen. Auch die Bevölkerung auf dem Lande fluktuiert. Saisonarbeiter gehen vom Lande in die Stadt und kehren zurück, wenn sie keine Arbeit finden. Sie zerstören den kontinuierlichen Alttag des Bauern, sie differenzieren sein Dasein. Die Schule war im letzten Jahrzehnt stark rationalisiert. Sie wurde den Bedürfnissen der Bauernerziehung nicht gerecht, indem sie Bildungsmittel an die Jugend heranbrachte, die für den Bauern nicht von Belang waren. Uebergroßer Wert wurde z. B. in der Geschichte auf die Kenntnis der Dynastien und Kriege gelegt. Das wird ja nun allmählich anders. Aber auch in seiner Natur hat der Bauer einen passiven Posten. Er ist in seinem Wesenszug unhistorisch, hat kein starkes Verhältnis zum Staat, dem gegenüber er misstrauisch ist, ein amtliches Schreiben ist ihm immer eine Drohung bis auf den heutigen Tag. Er hat dafür Interesse und Freude an seinem Besitz. So ergeben sich hier die besonderen Aufgaben der Volksbildung: diese Isolierung muß überwunden werden, der Bauer muß die Geschichte als Kultur- und Wirtschaftsgeschichte lernen, er muß die Einsicht haben, daß er kulturell und wirtschaftlich mit dem Volksganzen verbunden ist. Aus den Büchern seiner Bibliothek soll der Bauer sehen, daß eben die Folge des bäuerlichen Lebens, wie Gemeinschaftsgeist, Standesbewußtsein, religiöse Bindung, ihren unvergänglichen Wert haben.

Am schwierigsten ist Volkspflege bei der Schicht, die keine Tradition mehr hat, beim Großstadt- und Industriemensch. Wenn das Herkömmliche und die Tradition aufgegeben ist, dann ist die Volkstumsbewegung oft genug ein verlorener Posten. Wir müssen scharf sehen und dürfen uns weder in Illusionen

wiegen noch uns selbst betrügen mit Ideologien; denn Volkstum läßt sich nicht künstlich heranzüchten, es muß wie alles eine natürliche Entwicklung durchlaufen. Hier können nur Kräfte gewandt und behutsam geführt werden. Die Schwierigkeiten in den Großstädten sind riesig, fast unüberwindbar. Hier sind die Bedingungen so ungünstig wie nur möglich, die Bevölkerung wechselt ständig, sie ist nicht festhaft, sie hat keinen Grundbesitz, der doch die sicherste Grundlage des Volkstums ist. Volkstum ist nur möglich bei einer festhaften Bevölkerung, die Traditionen erbt und vererbt; in der Großstadt kann nichts anderes getan und geleistet werden als vorbereitende Arbeit. Diese vorbereitende Arbeit liegt wieder bei der Seelsorge, die ja in den Industriefabriken neue Wege sucht, dann in der Gemütsbildung, für die Presse und Volksbüchereien eine große Verantwortung tragen. Man spricht heute sogar von einer industriepädagogischen Bewegung, aber bei der Industriepädagogik müssen wir uns klar sein — was nicht überall auseinandergehalten wird —, daß wir mit volkstümlichen Prinzipien das Problem des Industriemenschlichen nicht lösen werden, sondern mit soziologischen. Und diese soziologischen Methoden, den Industriemenschlichen in seiner Lebenswirklichkeit und Unmittelbarkeit zu fassen, ihn aus dem Bewußtsein seines Berufes heraus zu erziehen, sind noch sehr neu und unerprobt, im Grunde ist noch alles auf Suchen und Vertrauen gestellt. Das ist ein Irrtum bei allen volkstümlichen Bestrebungen gewesen, daß man nicht gehörig beachtet hat, wie Pflege des Volkstums nur möglich ist auf der Anerkennung und Grundlage der gesellschaftlichen Schichtungen.

Auch in der Kulturpolitik hat die volkstumspädagogische Idee einen mächtigen Förderer. Im national-politischen Manifest des Zentrums vom Jahre 1927 zu den Fragen des Reichsschulgesetzes heißt es: „Der Geist deutschen Volkstums muß sich immer wieder erneuern aus dem christlichen Glauben.“ Ferner spielt diese Idee eine überragende Rolle in der Minderheitspolitik, weil das Volkstum in den Grenzländern oder den ganz von fremden Kulturen eingeschlossenen Landschaften sich als elementare Abwehr von selbst bildet. Dieses Volkstum muß geschützt und gestärkt werden.

Wichtig ist bei der ganzen Volkstumspädagogik, daß die Bildung aus dem Volkstum als Geschehen und nicht als „Machen“ aufgefaßt wird. Wie die neuere Seelsorge sich auf persönliche Einfühlung und individuelle Erfahrung einstellt, wie sie die Volksschichten auf ihre Eigenarten hin studiert und daraus die Behandlung ableitet, ähnliche Methoden müssen auch für die Volksbibliotheken gelten. Hier ist wenig Vorarbeit geleistet, wenig noch in den literaturpädagogischen Schriften niedergelegt. Meist sind die vorliegenden Untersuchungen auf jugendliche oder ländliche Bildereien zugeschnitten, auf Großstadtbüchereien noch nicht. Hier scheint eine Aufgabe der Vormäusbibliotheken zu liegen, psychologische Erfahrungen an Erfolg und Mißerfolg immer unter Bezug und Erleuchtung der soziologischen Schichten zu sammeln und zu bearbeiten. Nur so lernen wir die Ideenwelt der großen Menge in ihrem Werdegang kennen und verstehen psychologisch die Erscheinungen. Unser Volk muß wieder zur Sitten zurückkehren zur Sitten, die gleichsam die Gestalt des Volkstums ist. Schließen wir mit einem Wort des auch heute noch so modernen Riehl, dessen Naturgeschichte sich so aktuell liest, so lebensnah und frisch, als sei sie heute geschrieben: „Wenn aber ein Volk sein hässliches Leben wieder in strenge Sitten fängt, dann zwingt es seine Machthaber zur politischen Tugend und indem wir unser Haus reformieren, reformieren wir den Staat.“

ten in Deutschland und in Mitteleuropa überhaupt sich viel häufiger das Leben nehmen wie die Katholiken. Der Selbstmord ist in Deutschland dreimal so häufig bei den Protestanten wie bei den Katholiken. Weder die angeblich geringere Schulbildung, noch der angeblich stärkere Aberglaube, noch die Rasse, noch sonst irgend ein Moment ist für die geringere Selbstmordhäufigkeit der Katholiken verantwortlich zu machen, sondern lediglich das Prinzip der Gebundenheit an Autorität, an kirchliche Gebote, sowie an die Gnadenmittel der katholischen Kirche, ihre Verpflichtung zur Beichte, ihre lebenserleichternden Einrichtungen wie Ererziten, stets offene Kirchentüren, kurz der Optimismus, die Seelenheiligkeit der katholischen Religion mit ihrer Bindung und sicheren klaren Führung durch alle Stürme und Drangsale des Lebens.

Der Glaubens- und Gewissensindividualismus macht sich auch auf dem Gebiete der heute so brennend gewordenen Frage des Geburtenrückganges deutlich bemerkbar. Als im Jahre 1923 eine englische Regierungskommission eingesetzt wurde, um die Ursachen des großen Geburtenrückganges in England zu erforschen, beklagte diese als die wichtigste moralische Ursache, daß die englische Hochkirche keine einseitige grundsätzliche Stellungnahme an die Hand gebe. „Bei dem Mangel jeglicher anerkannter autoritativen Lehre bestehen weitgehende Meinungsverschiedenheiten in dieser Frage unter dem anglikanischen Klerus.“ Und der englische Protestant Drysdale hat den Ausdruck getan: „Den einzigen organisierten Widerstand findet die Propaganda für Geburtenkontrolle in der katholischen Kirche.“ Nach der katholischen Moral ist jeder Versuch der Empfängnisverhütung, sowie der Fruchtabtreibung eine schwere Sünde. Wohl ist auch der katholische Volksteil in Deutschland nicht frei geblieben von der diesbezüglichen Propaganda, und die wirtschaftlichen Nöte, vor allem die unzureichenden Wohnungsverhältnisse haben auch hier Wunden gerissen. Aber es ist eine feststehende statistische Tatsache, daß die Katholiken pro Ehe immer noch im Durchschnitt ein Kind mehr zeugen als die Protestanten und daß die katholischen Volksschulkinder in unverhältnismäßig stärkerem Maße wachsen als die protestantischen Kinder. Mit Ausnahme von Baden wächst der katholische Volksteil in Deutschland langsam aber zusehends und nur die starken Verluste durch die Mißgeschickelnder, durch die traurigen Disparitätenverhältnisse, verhindern ein schnelleres Wachstum der katholischen Volksschicht in Deutschland, wie dies z. B. in Holland dank der größeren Geburtenziffer der dortigen Katholiken in auffallendem Maße der Fall ist.

Die Zukunft des Protestantismus und der Katholizismus in Deutschland hängt in erster Linie davon ab, ob der katholische Volksteil seinen Vorsprung vor dem protestantischen in bezug auf die Kinderzahl pro Ehe beibehalten wird. Dank der klaren unabweisenden Grundzüge der katholischen Moral besteht kein Grund zur Annahme, daß diese Vormärtsbewegung der katholischen Volksschicht stehen bleiben wird. Es gibt nicht wenige Stimmen aus protestantischem Lager, die diese zunehmende „Katholisierung Deutschlands“ erkannten und in trübe Prophezeiungen ausbrechen. Wir gehen nicht in das Lager der Propheten, glauben aber zuversichtlich, daß der katholische Volksteil, der auch noch über die größeren Länder verfügt, wie dies in diesem Zusammenhang schon der Philosoph Rausen voraussetzt, dafür sorgen wird, daß der Geburtenrückgang in Deutschland nicht auf den Nullpunkt kommt, wie dies in den protestantischen Gebiets teilen und Städten schon heute in erschreckender Nähe gerückt ist. Daß dank dieser Haltung des Katholizismus und des katholischen Volksteiles Deutschland auch in völkischer, vaterländischer Beziehung vor den schlimmsten Folgen des Geburtenrückganges bewahrt bleibt, ist für die Kultur- und Lebenskraft des Protestantismus kein günstiges Zeugnis.

Das Prinzip der individualistischen Glaubens- und Gewissensfreiheit mußte auf einem Gebiete zu bösen Konsequenzen führen, die heute als schlimmer Mafel auf unserer Kultur ruhen, auf dem Gebiete der ehelichen Lebensgemeinschaft. Für Luther war die Ehe ein „äußerlich leiblich Ding, wie andere weltliche Handlung“. Luther selbst und die Reformatoren hatten mit der Bewilligung der Doppelhehe an den Landgrafen Philipp von Hessen und den König Heinrich VIII. von England die Art an das Sakrament der Ehe der katholischen Kirche gelegt. Heute ist der Protestantismus in Deutschland, und vor allem in Amerika die Religion der Ehescheidung. Das Prinzip der Unauflöslichkeit der Ehe steht nur in der katholischen Kirche unerwähnt fest. Die katholische Kirche erlaubt niemals mehr eine Eheschließung von lebenden Personen in gültig geschlossener Ehegemeinschaft. Mit diesem Prinzip der Unauflöslichkeit der Ehe hält die katholische Kirche eines der stärksten Fundamente der menschlichen Kultur und Gesittung aufrecht.

Wir sind von der Behauptung ausgegangen, daß das im Protestantismus herrschende Prinzip des Individualismus, das sich von der lutherischen Bindung an Gewissen und Bibel längst emanzipiert hat, theoretisch sowohl wie praktisch sich nicht zu Gunsten der protestantischen Konfession, der protestantischen Kultur, der behaupteten protestantischen Superiorität ausgewirkt hat. Unsere konkreten Ausführungen haben den Beweis für unsere Behauptung erbracht. Der Protestantismus mit seiner Unsicherheit, Zerrissenheit, Verfahrenheit und Mangelhaftigkeit gerade auf den Gebieten, auf denen das menschliche Gewissen, die menschliche Sehnsucht Klarheit, Wahrheit und Gewißheit haben will, kann kein Führer des menschlichen Gewissens sein. Das liegt in logischen Folgerungen klar zu Tage. Das haben schon Tausende von Protestanten eingesehen, wenn sie auch nicht immer die Konsequenzen gezogen haben, wie das der berühmte englische Schriftsteller G. H. C. H.erton getan hat, als er aus dem theologischen und seelischen Wirrwarr des Protestantismus heraus zur katholischen Kirche zurückkehrte mit der Erwägung: „Eine Kirche, welche die Autorität besitzt zu lehren, muß ja oder nein sagen können. Aber die protestantischen Kirchen sind gegenüber den moralischen Fragen in voller Verwirrung, z. B. in der Frage der Geburtenbeschränkung. Auch in bezug auf die Ehetrennung, den Spiritismus, den Selbstmord... ist die (protestantische) Kirche nicht imstande, deutlich und klar nach erkannten Gesetzen zu sprechen. Kurz gesagt, es besteht da keine Einigkeit und Uebereinstimmung der Handlung, es gibt keine gemeinsame Antwort für das Volk, wenn es nach einem autoritativen Urteile fragt. Ich kann für meine Person mit einer Kirche nichts anfangen, welche in den großen Fragen des Geisteskampfes und der Moral nicht wehrhaft ist, die Schlacht nicht zu leiten und die Regimenter nicht in derselben Richtung zu lenken imstande ist. Die Klarheit und Entschiedenheit gegenüber den wichtigsten Fragen des modernen Lebens finde ich nur in der katholischen Kirche. Und deshalb wurde ich Katholik.“

Verantwortlich: Dr. H. A. Berger.

Der Protestantismus als Prinzip des Individualismus

Die praktische Auswirkung

Von Dr. Hans Roff

Die zerstörende Wirkung des individualistischen Prinzips auf die protestantische Glaubenslehre und Theologie ist eine von den kompetenten Persönlichkeiten zugestandene Sache. Da dieser individualistische Protestantismus die sittliche Autonomie allein in das Gewissen hineinträgt, da über das, was Autorität ist, ebenfalls das Gewissen zu entscheiden hat und da selbst über die sogenannten Bekenntnisse, die in etwa den dogmatischen Gehalt des protestantischen Christentums bestimmen sollen, Meinungsverschiedenheiten und Streitigkeiten bestehen, kann es nicht ausbleiben, daß dieser Individualismus auch auf den Gebieten des praktischen Lebens zu Widerspruch, zu Sittlosigkeit und Ohnmacht führen muß. Die Konsequenzen dieses Prinzips seien an einigen Beispielen der Praxis und des öffentlichen Lebens klar dargelegt.

Wenn es nicht selten vorkommt, daß der eine Protestant unter Berufung auf seine persönliche Gewissensfreiheit sowohl in Fragen des Glaubens wie in sittlichen Dingen behauptet, was der andere wieder verneint, so darf es nicht wundernehmen, daß z. B. in einer so wichtigen Frage, wie die Zugehörigkeit zur Freimaurerei, innerhalb des Protestantismus keine einheitliche Auffassung besteht. Die katholische Kirche besitzt ihren klaren eindeutigen Standpunkt, der dahin lautet, daß jedem Katholiken die Zugehörigkeit zur Freimaurerei streng verboten ist, so daß die Kirche die Sakramente verweigert und die Beerdigung ausschließt, solange diese Zugehörigkeit nicht aufgegeben ist. Anders im Protestantismus. Bekanntlich hat General Ludendorff seinen Austritt aus der evangelischen Landeskirche damit begründet, daß er „die vollständige Verfreimaurerung der evangelischen Kirche im Laufe seines Studiums erkannt habe und daß er protestantische Geistliche, die mit dem Atonismus sich bededen, als unwahrhaftige Diener ihrer Kirche ansehe“. Wenn diese Behauptung Ludendorffs auch übertrieben ist, so steht doch fest, daß in den deutschen Logen nicht nur viele Protestanten, sondern selbst Pastoren als Mitglieder tätig sind.

Greifen wir einige weitere Punkte aus dem Leben heraus, zu denen die protestantische Moral infolge ihres Glaubensindividualismus keine feste Einstellung haben kann. Im Protestantismus ist das Duell und die Menur gestattet, durch welche Barbareien schon so viele hoffnungsvolle Menschen dem Tode oder der Verblümmelung anheimfielen. Es gibt protestantische Geistliche mit Quittungen im Gesicht über ihre Stellungnahme zu diesen Bestandteilen des fünften Gebotes, hohe Geistliche und Kirchenbeamte. Die protestantischen afa-

demischen Laien gehören zumeist schlagenden studentischen Korporationen an, während die Verbände der grundsätzlich gegen das Duellitätsprinzip eingestellten protestantischen Studentenkorporationen an Zahl in gar keinem Vergleich stehen zu der statischen Schar der großen katholischen Studenten- und Alte Herrenverbände, die Duell und Menur durchaus ablehnen. Duell und Menuren sind Schandflecke der menschlichen Kultur. An ihrer Ausrottung arbeitet der Protestantismus nur in geringfügigem Maße, da es keine Autorität gibt, die eine bestimmte Stellungnahme verlangt und weil das persönliche Gewissen hier völlig verfaßt, da der eine Protestant es in seinem Gewissen für eine schwere Sünde hält, sich zu schlagen, der andere aber für das Gegenteil.

Es war und ist in der katholischen Kirche heute streng festgehaltene Sitten, die Toten zu beerdigen. Auch die protestantische Moral und Pastoral hat an dieser christlichen Sitten lange festgehalten. Heute aber wirkt sich das Prinzip des Individualismus dahin aus, daß der protestantische Pastor auch bei Leichenverbrennungen von Amtszwegen teilnimmt, und in den protestantischen theologischen Zeitschriften hat sich ein Kampf darum entsponnen, ob die Leichenverbrennung nicht auf die gleiche Stufe mit der Leichenbeerdigung gesetzt werden solle. Auch hier wieder zwei Lager für und dagegen. Jahrhundertlang hat ferner die protestantische Moral und Pastoral daran festgehalten, daß dem notorischen Selbstmörder die kirchliche Beerdigung verweigert werden müsse. Auch auf diesem Gebiet der kirchlichen Disziplin kämpft heute die eine Auffassung der Verweigerung der kirchlichen Beerdigung mit der anderen, wonach unterschiedslos keinem Selbstmörder das kirchliche Begräbnis verweigert werden dürfe. Vielfach pochen protestantische Kreise auch noch auf ihre „tolerante christliche Gesinnung“, wenn der protestantische Geistliche einen katholischen Selbstmörder begräbt, dem das Begräbnis aus den Gründen des kanonischen Rechts verweigert werden mußte. Vier Jahrhunderte lang waren auch die protestantischen Kirchen „intolerant“; heute im Zeitalter der Ermelung ihres Bekenntnisstandes und des Glaubensindividualismus steht die Frage der Beerdigung der Selbstmörder in den theologischen Zeitschriften zur Diskussion, während die Praxis kaum mehr einen Ausnahmefall kennt.

Am deutlichsten gibt sich der Einfluß der protestantischen Glaubens- und Gewissensfreiheit kund auf dem Gebiete der Selbstmordneigung und Selbstmordhäufigkeit. Es ist eine seit langem schon statistisch erhärtete Tatsache, daß Protestan-

Badischer Landtag

Beratung des Voranschlags des Kultus- und Unterrichtsministeriums

Sitzungsbericht

Karlsruhe, 25. März.

Kurz nach 14 Uhr eröffnet Präsident Duffner die Sitzung. Die Fraktionen sind nahezu vollständig versammelt.

Nach Verlesung der zahlreich eingegangenen Zugänge wird in die

Beratung des Voranschlags des Kultus- und Unterrichtsministeriums in Verbindung mit der Dotationsregelung eingetreten. Auf der Regierungsbank haben der Minister des Unterrichts Dr. Remmels und Ministerialdirektor Dr. Huber mit Referenten Platz genommen. Die Tribünen sind gut besetzt.

Es wird zunächst nur das Kultusbudget behandelt. Als erster Redner spricht

Abg. Dr. Baumgartner (Ztr.)

Der in den Mittelpunkt seiner Rede die Dotationsfrage stellt und der darauf hinweist, daß bei der Behandlung der Dotationsfrage ein Artikel eines evangelischen Laien erschienen sei, der behaupte, daß kein einziger evangelischer Minister da sei. Daran sei das Zentrum nicht schuld. (Bewegung.) Wenn aus diesem Artikel ein Imparität gegen den evangelischen Volksteil herausgelesen werden wolle, so müsse dagegen protestiert werden. Wenn die badische Regierung Gerechtigkeit wieder herstelle und das Unrecht gut mache, so sei die Regierung nur zu loben. (Zustimmung.) Auch die Katholiken hätten nach jahrhundertlangem Druck Gerechtigkeit zu erwarten. (Beifall.) Angesichts des christenfeindlichen Bolschewismus sollte das Trennende zurückgestellt werden und zur Erhaltung des Christentums die Einheitsfront der christlichen Konfessionen geschlossen werden. Erfordernis der Stunde sei auch Friede zwischen Staat und Kirche. (Beifall.) Gerade in der Bedrängnis von Staat und Volk habe dieser Friede zwischen Staat und Kirche zu herrschen. Staat und Kirche hätten zum Teil gemeinsame Aufgaben zu erfüllen. Die Kirche habe das sittlich-religiöse Wohl, aber auch das materielle Wohl zu pflegen. Schon die Urkirche habe sich für soziale Gerechtigkeit und soziale Tat eingesetzt. (Beifall.) Auch für die Zukunft müssen die Quellen der Aufwärtsentwicklung des Volkes — nämlich der Religion — erhalten werden. Das Verhältnis zwischen Staat und Kirche müsse das der Zusammenarbeit zur Erziehung des Volkes zu sittlichen Persönlichkeiten sein. Unendlich vielfältig sei die Arbeit der caritativen Organisationen. Fast ein Jahrhundert habe die Kirche unter den Fesseln des Staatskirchentums gelitten, ebenso sei es auch der evangelischen ergangen. Dafür sei Zeuge der frühere Abg. Dr. Wanner-Karlsruhe. Es gebe auch heute noch Leute, die einem verschleierten oder brutalen Staatskirchentum hulbigten. Dazu gehören auch die Nationalsozialisten, die in einer Erklärung zum preuß. Konfessionsgesetz ihre Gesinnung bewiesen hätten. Die Nationalsozialisten hätten die Kühnheit besessen, die Zentrumskirche beim Erzbischof zu verklagen. Wenn die Nationalsozialisten ihre politischen Taten vor dem Gewissen so prüfen und verantworten könnten wie das Zentrum, so würde es besser um den Frieden im Volk. (Beifall.) Heute sei die Kirche frei. Das sei mit ein Wert der Arbeit des Zentrums in der Rationalisierung und Rechtsverpflichtungen des Staates gegenüber der Kirche, die so lange fortbestanden, bis auf Grund des Art. 138 der Weimarer Verfassung Abänderungen erfolgten. Das Kapitel Kultus wolle nun für die Religionsgesellschaften einen Zuschuß von 2,56 Millionen auf das bedeute eine Verminderung gegenüber 1928 um annähernd 200 000 Mark. Die Dotationen betrügen für 1931 1,67 Mill., für 1932 1,5 Mill., für 1933 1,41 Mill., für 1934 1,36 Mill.; gegenüber 1929 eine wesentliche Herabsetzung. Die jetzigen Dotationen seien nach der Pfarrstellenzahl berechnet, wozu noch für evangelische und altkatholische Geistliche Kinder- und Frauenzuschläge kämen. Der Redner verliest sodann eine Erklärung der Zentrumskirche:

„Die Zentrumskirche wird dem vorliegenden Gesetzentwurf über die Aufbesserung gering besoldeter Pfarrer aus Staatsmitteln“ die Zustimmung erteilen.

Sie tut dies in Würdigung der dringenden Notwendigkeit zu äußerster Sparsamkeit in den Staatsausgaben und damit auch in Erkenntnis des Zwanges zur Kürzung der bisher den Kirchen und Religionsgemeinschaften gewährten Zuschüsse zur Befolgung der Pfarrer und Religionsdiener.

Die Zentrumskirche anerkennt den in dem vorliegenden Gesetzentwurf endlich durchgeführten, von der Zentrumskirche seit Jahrzehnten immer wieder geforderten Grundsatz der Parität in der Regelung der Zuschüsse.

Die Zentrumskirche würdigt aber auch andererseits die Notlage der Kirchen, insbesondere im Hinblick darauf, daß eine stärkere Anspannung der Kirchensteuern über das schon jetzt kaum tragbare Maß der Steuerhöhe hinaus nicht verantwortet werden kann.

Ebenso lehnt die Zentrumskirche ab die Anträge der Abg. Dr. Mattes, von Au, Hofheinz, Leusch, Dr. Schmittknecht u. Gen. (Druck Nr. 107 e). Die Zentrumskirche erblickt in diesem Antrag der Abg. Dr. Mattes u. Gen. die Aufrechterhaltung der bisherigen Imparität, die wir als ein Unrecht gegenüber der katholischen Kirche betrachten. In gleicher Weise verwerfen wir den Entschluß der Staatszuschüsse an die Kirchen und Religionsgemeinschaften innerhalb 5 Jahren völlig beseitigt werden sollen. Wir begründen diese unsere Ablehnung des eben bezeichneten Antrags erstens mit Rechts-erwägungen und zweitens mit wirtschaftlichen Überlegungen. Mit Rechtsgründen deshalb, weil in den Zuschußleistungen von jeher ein teilweiser Ausgleich für die unzulängliche Erfüllung der dem Staat aus dem Reichsdeputationshauptschluß und den folgenden Staatsverträgen obliegenden Verpflichtungen erblickt werden konnte. Wir lehnen zweitens den gänzlichen Abbau der Zuschüsse und innerhalb von 5 Jahren ab, weil niemand imstande ist, die Wirtschaftslage, wie sie sich etwa nach 5 Jahren gestalten wird, zu übersehen, und weil wir überzeugt sind, daß die Kirchen auch dann nicht werden verzichten können auf Staatszuschuß, wenn nicht der Staat auf andere Weise sie dazu dauernd in den Stand setzt, gemäß Art. 138 und 173 der Reichsverfassung.

Die Zentrumskirche bedauert aufs tiefste die gegen die Regierung und die sie stützenden Parteien erhobenen Vorwürfe, daß durch die nach mehr als 5 Jahrzehnten endlich durchgeführte Parität in der Zuschußregelung der konfessionelle Friede gefährdet oder gar gestört werde. Wir vertrauen vielmehr auf den Gerechtigkeitssinn unseres Volkes, das in der Herstellung der Parität kein Unrecht gegenüber irgendeiner Religionsgemeinschaft, sondern eine Pflicht des Staates zu Recht und Gerechtigkeit erblickt wird. (Beifall im Zentrum.)

Abg. W. H. Hebelberg (Soz.) meint, daß die Sozialdemokratie immer gegen die Dotationen gewesen sei und daß immer der Versuch gemacht worden sei, sie herabzusetzen. Die Liberalen und Demokraten hätten früher gegen den sozialdemokratischen Antrag auf 25 Prozent Abbau der Dotationen gestimmt, jetzt, nachdem man in der Opposition sei und für die Katholiken Parität hergestellt werden solle, verlange man innerhalb von 5 Jahren. Den Liberalen und Demokraten sei es nicht ernst mit ihrem Antrag. Man wolle die Interessen der evangelischen Kirche vertreten und verlange gegen den Willen der obersten evangelischen Kirchenleitung sofortigen Abbau. Das begreife niemand im Land. Voraussetzung der völligen Abschaffung der Dotationen sei die Änderung des Kirchensteuergesetzes. Es sei gar keine Aufregung nötig. Um die Parität sei seit 1899 auf den katholischen Standpunkt der Paritätsforderung gestellt. Die Dotierung nach Pfarrstellen sei das gerechteste System. Redner beschäftigt sich sodann noch mit Auslassungen der „Bad. Landeszeitung“ und evangelischen Kirchenorganen und der Agitation im Lande. Die Sozialdemokratie werde sich bei den Positionen für den Kultus der Stimme enthalten. Rechtsverpflichtungen des Staates der Kirche gegenüber, die aus der Säkularisation angemerkt würden, anerkennt die Sozialdemokratie nicht.

Abg. Dr. Mattes (Lib.) meint, daß die Ausführungen des Abg. Dr. Baumgartner gerade das Gegenteil von dem sagten, was die Dotationsregelung enthielt. Redner streift zunächst die geschichtliche Entwicklung der Dotation und bezeichnet die Dotation einfach als Staatszuschuß für die Kirchen. Das Selbstverwaltungsrecht der Kirche verlange auch die Selbstfinanzierung. Es sei bedauerlich, daß die Sozialdemokratie ihre Grundzüge der politischen Dynamik geopfert hätte. Die Aufmerksamkeit der Paritätsfrage sei unnötig gewesen. Nachdem die Dotationen ein halbes Jahrhundert geregelt gewesen sei, hätte man es beim alten lassen können. Die Erhöhung der Kirchensteuer sei nicht so gefährlich. Von 1905 an hätten ja Sozialdemokraten und Zentrum die Parität herstellen können. Die Regierung hätte ein schlechtes Gewissen gehabt. Die evangelische Kirche sei stark benachteiligt worden. Die neue Dotationsregelung sei eine Bevorzugung der katholischen Kirche. (Widerspruch im Zentrum.) Das sei ein Mißbrauch der politischen Macht. Redner begründet sodann seinen Antrag auf vollständige Abschaffung der Dotationen innerhalb von 5 Jahren. Der innere Friede sei der Grund dieses Antrags. Das Dotationsgesetz habe mit der Säkularisation nichts zu tun. Remmels habe das Lehrerfortbildungsgesetz gemacht, jetzt mache er das Dotationsgesetz. Remmels verliere damit seinen Kredit.

Minister des Kultus Dr. Remmels wehrt sich gegen die Paritätsauffassung des Abg. Dr. Mattes. Die Frage der Parität sei in all den früheren Jahren von der Regierung im Sinne der Pfarrstellenzahl behandelt worden. Redner weist auf früheren Verhandlungen nach, daß schon vor 30 Jahren der Landtag auf dem Standpunkt der Paritätsregelung der Gegenwart gestanden sei, aber die frühere großherzogliche Regierung habe nicht mitgemacht. Die Behauptung, daß die Regierung gegen den evangelischen Volksteil handle, könne nur aus dem Standpunkt der Opposition verstanden werden. Die Regierung könne eine Vorlage bringen, wie sie wolle, die Opposition würde sich gegen jeden Regierungsvorschlag aussprechen. (Beifall.) Der Vorwurf wegen des Lehrerfortbildungsgesetzes müsse in aller Ruhe zurückgewiesen werden. Abg. Köhler (Nat.-Soz.) spricht sich für den Konfessionsfrieden aus. Abg. Schmitt-Bretten (Bauernpartei) hält den Gesetzentwurf für friedensfördernd. Abg. Hofheinz (Dem.) geht zunächst auf den historischen Werdegang der Dotationen ein und auf seine jeweils befristete Gesetzesunterlage. Die jetzige Regelung sei durchaus unparitätisch. Redner bricht im Anschluß an eine Rede des Direktors Dr. Bergmann eine Lanze für die Simultanische. Die katholische Aktion habe schon weitgehende politische Ziele. Minister des Kultus Dr. Remmels wiederholt seine früher abgegebene Erklärung über die Lehrerfortbildungsanstalten, wonach alle Anstalten ihren weltlichen Unterricht im Geiste der badischen Simultanische erteilen sollten. Redner legt nochmals das durchaus paritätische Vorgehen der Regierung dar und weist nochmals die Vorwürfe zurück, als ob die evangelische Kirche nicht rechtzeitig vom Vorgehen der Regierung benachrichtigt worden wäre. Im Februar 1929 sei der evangelische Oberkirchenrat benachrichtigt worden. Im Februar 1930 sei endlich Antwort ergangen. Die Regierung wolle mit allen Behörden in Frieden leben. Schluß 1/2 Uhr. Fortsetzung Mittwoch 9 Uhr.

Stimmungsbild

Der Kampf um die Dotationen, d. h. der Zuschüsse des Staates zur Befolgung der Geistlichkeit der in Baden anerkannten Konfessionen, hat begonnen. Es handelt sich ja zunächst um eine rein finanzielle Frage, nämlich um die Höhe des Zuschusses für die Religionsgemeinschaften, aber die Zielumkehr der Fraktionen zur Dotation selbst wie zur Verteilung auf die einzelnen Konfessionsgemeinschaften rollt naturgemäß bedeutende weltanschauliche und politische Probleme auf. Es ist durchaus ersichtlich, daß selbst in einer so stark vermaterialiserten Welt mit den starken Spannungsgegenständen von Wirtschaftlichen her gerade dieser Gegenstand überfüllte Publikumsströmen zum ersten Mal seit dem Beginn der ganzen Erörterungen überhaupt herbeizuführen vermochte. Schon bei der ausgezeichneten grundsätzlichen Rede des Fraktionschefs des Zentrums, des Abg. Dr. Baumgartner, zeigten sich durch leidenschaftliche Zuhörer aus dem liberal-demokratischen Lager die politischen und weltanschaulichen Fronten ab. Die ethische Begründung des Staatszuschusses aus dem Wesen der Kirche und ihrer bedeutamen moralischen Funktion für das Gemeinschaftsleben des Volkes war ebenso durchschlagend wie der juristische Nachweis der Rechtsgrundlage aus dem Kirchenrechtsbuch der Säkularisationszeit und den Artikeln 138 und 173 der Weimarer Verfassung. Es ist außerordentlich bezeichnend, daß das Zentrum mit dieser durchaus begründeten Rechtsauffassung allein auf weiter Flur im Konflikt steht. Das Zentrum ist durchaus gewillt, die im Gesetz vorgeschriebene Herabsetzung des Staatszuschusses um 700 000 Mark bis zum Jahre 1934 im Hinblick auf die Notlage der Staatsfinanzen zu ertragen, aber ebenso wurde es mit Beifall im Zentrum begrüßt, daß mit der Herabsetzung endlich einmal eine paritätische gerechte Verteilung auf die Religionsgemeinschaften vorgenommen und damit einem seit annähernd 50 Jahren bestehenden Unrecht gegenüber der katholischen Kirche ein verdienter Ende bereitet wurde. Mit besonderer Zustimmung wurde die Forderung des Zentrums, redners zum wahren konfessionellen Frieden unter den christlichen Konfessionen im Hinblick auf die Gefahr des Bolschewismus aufgenommen. Selbst die Sozialdemokratie hat von jeher die Bestrebungen der katholischen Kirche und die politischen Verluste des Zentrums, eine gerechte Verteilung herbeizuführen, von jeher anerkannt und es war ungemein interessant, als Minister des Kultus Dr. Remmels aus einer Landtagsverhandlung des Jahres 1899 nachwies, daß die Mehrheit des Landtages zwar die Berechtigung der katholischen Wünsche anerkannte, daß aber die unter starkem nationalliberalem Einfluß stehende badische Staatsregierung einen entsprechenden Beschluß des badischen Landtags ignorierte. Wenn auch die Sozialdemokratie keine Rechtsverpflichtung auf die Dotationen anerkannte und grundsätzlich den Abbau der Dotationen forderte, so hatte sie doch Verständnis dafür, daß man die Kirche nicht von heute auf morgen vor ein Nichts stellen konnte. Ganz im Gegensatz zum Liberalismus, dessen Wortführer der Abg. Dr. Mattes an der Spitze des liberal-demokratischen und wirtschaftsparteilichen Oppositionsmittelschiffes eine in der Form wie in der Sache ungewöhnlich scharfe

Attade gegen die von der Regierung vorgelegene Regelung der Dotationen ritt. Abg. Dr. Mattes bekannte sich ausdrücklich zu dem seit 50 Jahren an der katholischen Kirche verübten Unrecht und bezeichnete die Wiederherstellung der Gerechtigkeit in der Regierungsvorlage als einen politischen Mißbrauch der Regierungsgewalt.

Es ist eine Ironie der Weltgeschichte, daß gerade der Führer der liberalen Partei, die in der Vergangenheit als Vollstrecker des Staatskirchentums Unrecht und Gewalttat gegen die katholischen Staatsbürger in Baden aneinander reichte, vom Mißbrauch der politischen Gewalt zu sprechen magt, in einem Augenblick, wo durch die politischen Körperschaften das Recht wieder hergestellt wurde. Nachdem nun das alte Unrecht nicht mehr Bestand haben soll, sollen sogar die Dotationen innerhalb von 5 Jahren in Wegfall kommen. Es ist unbegreiflich, daß in diesem Zeitpunkt der Oppositionsführer Dr. Mattes von einer Vergeltung der evangelischen Interessen sprechen konnte. Man hätte meinen können, die alten nationalliberalen Kulturkämpfer Obkircher, Fieher, Kiefer mit denen einst Wader im Kampf für die katholischen Interessen die Klinge getrennt hatte, seien aus dem Grabe auferstanden. Nicht unberechtigt seinerzeit erweckte es, als Dr. Mattes die Sozialdemokratie unter Anführung ihres Programms und unter Zitierung von Wilhelm Rößl von der Linie des Rechts abbringen wollte und ihnen Unfall vorwarf, ausgerechnet der Führer der Partei, die in der Vergangenheit zu Recht mit Fraktion Drehscheibe tituliert wurde. Mit Recht wurde darauf abgehoben, daß, wenn die Liberalen und Demokraten in das Paradies der Ministerherrlichkeit eingezogen wären, sie ohne Anstand die neue Regelung mitgemacht hätten. Wenn der konfessionelle Friede gestört wird, so ist das nicht die Schuld der Regierung, die ebenso wie die Zentrumskirche den größten Wert auf gute Beziehungen des Staates zu allen Religionsgemeinschaften legt, sondern die Schuld derer, die das Volk verhehlen und die Verteilung der Staatszuschüsse unter dem einzig gerechten Gesichtspunkt der Zahl der Pfarrstellen nicht haben wollen. Das durch die alte nationalliberale Partei der Staatfischer verübte Unrecht darf einfach durch die Zustimmung zu einer gerechteren Lösung nicht eingestanden werden. Der katholische Volksteil wird sich das merken müssen. Der demokratische Abgeordnete Hofheinz sekundierte unter zustimmenden Zwischenrufen des Abg. Leers zwar etwas weniger scharf, aber er sekundierte immerhin.

Die Einstellung der Oppositionsparteien kann nur unter dem Gesichtspunkt der Erringung evangelischer Stimmen begriffen werden. Ob der Liberalismus die bei den letzten Wahlen zu den Nationalsozialisten und der Wirtschaftspartei abgeschwenkten protestantischen Stimmen mit einem solch scharfen Auftreten wieder zurückgewinnen kann, bleibt doch mehr wie fraglich. Was das Zentrum anbetrifft, verlangt es nichts anderes als Gerechtigkeit für alle Konfessionen, Gerechtigkeit aber auch für die katholische, als wahres Unterpfeiler des konfessionellen Friedens.

Brügelien im Münchener Stadtrat

München, 25. März. In der heutigen Sitzung des Stadtrates kam es zu einem schweren Tumult. Den Anlaß hierzu bildete eine Äußerung des kommunistischen Fraktionsführers Huber, der den Nationalsozialismus als organisierten Arbeitermord bezeichnete. Die nationalsozialistischen Stadträte drangen hierauf unter stürmischen Protestrufen zu den Ehren der drei Kommunisten vor, worauf sich zwischen diesen und den Nationalsozialisten eine heftige Schlägerei entwickelte, in die auch sozialdemokratische Stadträte bei der Abwehr der Nationalsozialisten mit Stöcken eintrifften. Die Schlägerei konnte erst nach einiger Zeit durch das Dazwischentreten der Angehörigen anderer Fraktionen beendet werden. Verschiedene Stadträte trugen Beulen am Kopf, ein Nationalsozialist auch eine blutende Wunde an der Hand davon. Das Sandgemenge im Saal führte auch zu tätlichen Auseinandersetzungen auf den stark besetzten Tribünen, wo die Anhänger der Kommunisten und der Nationalsozialisten ebenfalls aneinander gerieten. Die Tribünen wurden darauf von den Ordnungsbeamten geräumt.

Für das Reichsehrenmal auf dem Ehrenbreitstein

Koblenz, 25. März. Am Samstag trat hier der Rheinlandauschuß für die Errichtung eines Reichsehrenmals am Rhein zu einer Besprechung zusammen, an der u. a. Oberpräsident Dr. Fuchs, Landeshauptmann Dr. Gorion, Minister Dr. v. Guérard und die Vertreter der verschiedenen Projekte für das Ehrenmal am Rhein teilnahmen. Das Ergebnis der Besprechung war die erfreuliche Tatsache, daß man alle Einzelwünsche zurückstellte und sich einstimmig für die Errichtung des Reichsehrenmals auf der Festung Ehrenbreitstein einzusetzen beschloß. Damit ist endlich der langjährige, nicht immer erfreuliche Wettbewerb unter den Projekten am Rhein beseitigt und eine gemeinsame Front für die Errichtung des Ehrenmals am Rhein geschaffen.

Karlsruher Nachrichten

Mittwoch, den 26. März 1930

Der Lenz hebt an!

Der Lenz ist da. Überall schwingt er sein lichtgrün Seidenbanner im Wind; seine Märztüfte schlägt ihn in Pfeilen; sobald das Auge der Sonne blüht, wirkt er weiter an seinen Wundern. Der vermehrte da ohne Nahrung diesen garzen Werden zuzuschauen? In dem Zweigen der Weiden jung es an; dann traten in Gelb und Grün die schlanken Pappeln an. Nun weht der Birke Jungfrauenhaar und durchs Land hin leuchten hellgrün die Spitzen der Saaten und der Lärchenbäume. Strohs, Stiefmütterchen, Beilchen und weiße Schneeglöckchen, sie alle läuten eben den Frühling ein.

Schon sind die stillen Fortwege bevölkert von Radlern, in den Gärten und Wäldern ziehen die Schulkinder Klassen- und Klassenweise und die Parks hallen wider von den dünnen Mädchenstimmen im Chor; die alten und doch immer wieder gerne vernommenen Weisen von dem, dem „Gott will recht Günst erweisen“ und von den „Regeln, die alle schon da sind“ erfüllen die Lenzluft. Aber auch sonst sind heimliche Frühlingsspiele Mode und aus dampfen Stuben, deren Fenster nun weit geöffnet, um Lenz und Licht hereinzulassen, dringen die Melodien vom „Kater, in dem die Bäume wieder blühen“.

In den Redaktionsstuben der Zeitungen treffen Frühlingssboten in seltsamer Gestalt ein: da sind zunächst die mehr oder weniger schwermütig klingenden Gedächtnisse, die oben an den Frühling; man könnte gewiß viel Duzend Seiten mit ihnen befüllen, wozu aber — ob solcher Unmöglichkeit — der Papierkorb sich mitleidvoll ihrer erbarnten muß. Auch erste Kaffäer und lunte Falter stellen sich „in natura“ ein, nicht selten in derartiger Fülle, daß man glauben möchte, die Heberbringer hätten ausgerechnet im Interesse der Schriftleitung einen Feldzug gegen die armen Geschöpfe in Szene gesetzt.

Indessen drängen in der Natur der junge Lenz mit lebendigen Akzenten sich melde, will man einlangsamig allerwärts Farbe und Wirbel lassen. Gartengänge und Gesträube, Hausfassaden, Lärche und Tanne und Treppenturle erheben ihren Frühjahrsaufschwung und frischen Anstrich. Das und das, was sich zwischen die Frühlingssäfte und beide Dürre finden sich harmonisch zusammen.

Und ist schließlich nicht auch in den Straßen hinter den Glasfenstern März und Frühling geworden? Die Wintergeräusche sind ja von der Bildfläche verschwunden, in den Schaufenstern der Sportgeschäfte haben Ski und Rodel und Schneegeschütz vor dem Tennis, Fußball und Kletterkletter das Feld räumen müssen. Wo eben noch dicke Pelzmäntel lagen, locken leichte, luftige Stoffe, Frühjahrskostüme, hunte, modische, hüte, puppige und schickige, inmitten leuchtender Blütenweige, zwischen Weibentischen und Hahnenfleisch — und finden begeisterte Bewunderer unter der Damenwelt.

So zieht nicht nur ein Sehnen nach dem Lenz jetzt durch alle Kreatur, so brennt nach Treiben, Mischen und Waschen nicht allein die Natur, sondern auch die Menschen werden in ihrem Tun und Treiben in den Mann der erwachenden Schöpfung gezogen.

Die Polizei meldet

Die üblichen Verkehrsunfälle.

Der Polizei wurde jetzt erst ein Verkehrsunfall bekannt, der sich am Samstag nachmittag in der Akademiestraße ereignete. Ein Diesellokomotivführer bog dort mit seinem Fahrzeug, ohne Zeichen zu geben, in Höhe der Passage plötzlich um, so daß ein Motorradfahrer trotz Bremsens mit voller Wucht auf das Fahrzeug aufprallte. Der Motorradfahrer selbst wurde auf die Straße geschleudert und zog sich starke Verletzungen und Hautabplatzungen zu. Der Gesamtschaden an beiden Fahrzeugen beträgt etwa 500 Mark. — In Durlach ereignete sich am Montag nachmittag in der Hauptstraße zwischen Herren- und Schwannentstraße der übliche Verkehrsunfall zwischen einem Lastkraftwagen und einer Elektrizität, wobei immer ein Handgriff der Straßenbahn verloren ging. Ursache: Die engen Straßenverhältnisse.

Unfall beim Spargelstechen.

Ein lediger 21 Jahre alter Reichsentschlossener schick am Montag mittag auf einem Ader nördlich des Schützenhauses mit einem Ptergeral auf Spargel. Ein Schuss verfehlte. Als der junge Mann das Ptergeral drehte, um nach der Ursache zu sehen, ging der Schuss los und traf ihn in den linken Oberarm. Der Verletzte wurde ins städtische Krankenhaus aufgenommen.

Diebstähle.

Ein verheirateter 26 Jahre alter Arbeiter von hier gelangte wegen erschwerter Diebstahls zur Anzeige, weil er einer Pufffrau in der Schwannentstraße, deren Wohnung er mit einem Nachschlüssel geöffnet hatte, aus einem verschlossenen Schrank 60 Mark entwendet hat. — In der Kaiserstraße wurde ein Fahrrad gefunden, das vermutlich irgendwo gestohlen worden ist. Es wurde der Staatsanwaltschaft abgegeben.

Es war ihnen zu wohl...

Ein verheirateter Schuhmacher und ein verheirateter Tagelöhner von hier wurden Montag nach in der verlängerten Sofienstraße von der Polizei gefasst, weil sie durch mutwillige Zerstörung von Gartenzäunen und Gartenwägen einen Schaden von etwa 400 Mark angerichtet hatten. Sie wurden sofort gegen die Beamten förmlich, so daß diese vom Gummihügel Gebrauch machen mußten. Auf der Wache bekam einer der Beteiligten einen Tobsuchtsanfall. Nach Untersuchung im städtischen Krankenhaus wurde er wegen Verbundlungsgefahr noch in der Nacht ins Bezirksgefängnis eingeliefert.

Der Anfall des Reichsbannerautos

Über den gestern gemeldeten schweren Autounfall eines mit Reichsbannerzeichen besetzten Lastkraftwagens wird uns folgende Schilderung gegeben, die den Unfall und seine Entstehungsurache in ein anderes Licht rückt:

Das Auto mit Reichsbannerzeichen war auf der Heimfahrt vom Republikanertag von Achern. Kurz vor dem Ort Haueneberstein fuhr hinter dem letzten Reichsbannerwagen — die ersten drei befanden sich in Abständen von je 20-25 Minuten in der Vorfahrt — ein schwarzes Bier- oder Getränkewagen. Personauto her, welches verfuhr, den letzten Reichsbannerwagen zu überholen. Das Personauto erfuhr aber mit der Vorderradachse den vollbesetzten Lastkraftwagen seitlich am Hinterrad; durch den Anprall wurde dem Fahrer des Lastkraftwagens, der Eigentümer des Wagens ist, das Steuer aus der Hand geschlagen, der Wagen saute an die Böschung und stürzte mit den 35 Mann die Böschung hinunter über einen kleinen Bach, wo er seitlich umschlug. Begleitungsweise entfielen unter den Berührungsdiensten eine große Anzahl in Folge der Dunkelheit.

Das den Unfall verursachte Personauto, das übrigens ein schwarzes Tempo hatte, fuhr mit abgeblendeten Lichtern davon, ohne sich um irgend jemand zu kümmern. Leider konnte auch infolge der Dunkelheit, in der sich das Unglück abspielte, die Nummer und das Zeichen des Per-

Arbeitgeberdarlehen für die Erstellung von Wohnungen

für Beamte, Angestellte und Arbeiter des Badischen Staates 1930 und 1931

P. A. Die Gewährung von Arbeitgeberdarlehen für die Erstellung von Wohnungen für Beamte, Angestellte und Arbeiter des Badischen Staates soll auch in den Rechnungsjahren 1930 und 1931 im wesentlichen nach den bisherigen Grundzügen erfolgen. Für die Bauherren sind jedoch zwei wichtige Erleichterungen vorgesehen. Die Darlehensdauer ist von 10 auf 15 Jahre erhöht und die Verpflichtung zur Bereitstellung der Wohnung von 20 auf 15 Jahre ermäßigt; die Bestellung eines Vorkaufrechts soll nicht mehr allgemein erfolgen.

Arbeitgeberdarlehen werden nur gewährt für die Erstellung von Wohnungen für wohnungslose oder in Notwohnungen untergebrachten Beamte mit eigenem Gehalt. Hat ein Beamter eine angemessene Wohnung, so kann er ausnahmsweise dann berücksichtigt werden, wenn seine Wohnung mit Genehmigung des Wohnungsamts einen anderen wohnungslosen oder in Notwohnung untergebrachten Beamten zugute kommt. Der Zweck der Arbeitgeberdarlehen ist die Vermehrung des Bestandes an Beamtenwohnungen.

In erster Reihe soll die Erstellung von Mietwohnungen durch Gemeinden und gemeinnützigen Bauvereinigungen erstrebt werden, da bei diesen die Bereitstellung der Wohnungen auf die Vertragsdauer am besten gewährleistet ist. Nur wenn dieser Weg nicht gangbar ist, können private Bauherren berücksichtigt werden.

Der Durchschnittssatz des Darlehens soll für die 3-4-Zimmerwohnung auch künftig etwa 4000 RM betragen. Im Einzelfall hängt die Höhe des Darlehens von der Größe der Wohnung, der Höhe der Baukosten und der Dringlichkeit des Wohnungsbedarfs ab. Gemeinden und gemeinnützigen Bauvereinigungen erhalten in der Regel ein höheres Darlehen als private Bauherren. Für Eigenheim wird das Darlehen etwas niedriger sein, da bei Ausbleiben eines Beamten aus dem Staatsdienst die Verwendung einer solchen Wohnung für einen anderen Beamten häufig zweifelhaft ist.

Als Zins ist wie bisher bereits 3 p. h. und als Tilgung 2 p. h. unter Zuzug der erparierten Zinsen zu entrichten. Eine spätere Erhöhung bei Steigen der Zinsen in Notwohnungen bis 6 p. h. Zins und 3 p. h. Tilgung bleibt vorbehalten. Das Bestehen gemeinnütziger Bauvereinigungen, daß ein Beamter Mitglied werden soll, kann im allgemeinen nicht als unbillig angesehen werden. Verlangt eine solche Vereinigung von ihren Mitgliedern einen Baukostenzuschuß, so muß das Arbeitgeberdarlehen hierauf angerechnet werden.

Größe, Einteilung und Ausführung der Wohnungen müssen den Durchschnittsbedürfnissen der Beamtenhaushalte entsprechen. Wohnungen in Dachgeschossen oder Hinterhäusern sind regelmäßig auszuschließen. Auf vollwertigen Wärmeschutz, auf Schallschutz benachbarter Wohnungen und auf gute Lage der Wohn- und Schlafräume zur Sonne ist Wert zu legen.

Für Bauvorhaben, denen schlechte Pläne zugrunde liegen, wird kein oder wenn überhaupt, dann nur ein ermäßigtes Darlehen gewährt. Die Anträge und Pläne müssen vor Baubeginn dem Ministerium vorgelegt werden.

Die in dem niederen Zinsfuß liegende Zinsverbilligung muß dem Beamten durch Herabsetzung des Mietzinses zugute kommen. Bei Prüfung der Bauvorhaben wird darauf geachtet werden, ob der Mietzins auch für einen Nachfolger in der Wohnung als tragbar anzusehen ist. Ein Lebensjahr des Wohnungsgehaltzuschusses und der heutigen geschätzten Miete für eine entsprechende Wohnung wird allerdings nicht zu verzeichnen sein.

Die für das Darlehen zu stellende Hypothek und die im Range vorgehenden und gleichstehenden Hypotheken dürfen außer dem 80 p. h. und bei Eigenheimen außer dem 75 p. h. der Gesamtvermögenswerten betragen. Es muß möglichst frühzeitig erklärt werden, welche 1. Hypothek dem öffentlichen Baudarlehen im Range vorgehen oder gleichstehen dürfen, damit spätere Rangveränderungen vermieden werden. Eine sorgfältige Aufstellung und Nachprüfung der Kostenanschläge und des Finanzierungsplanes ist dringend geboten, namentlich auch bei Eigenheimen.

Die Hypotheken für die aus öffentlichen Mitteln gewährten Bauarbeiten können auch weiterhin mit der Hypothek für das Arbeitgeberdarlehen den gleichen Rang haben, obwohl das

Reich, die meisten Länder, die Reichsbahn und die Reichspost für ihr Arbeitgeberdarlehen den Vorrang verlangen. Um die Gewährung von Arbeitgeberdarlehen durch das Reich, die Reichsbahn und die Reichspost nicht zu erschweren, empfiehlt der Minister den verbandsfreien Städten und Wohnungsverbänden, diesen Darlehen den Vorrang vor ihren eigenen Darlehen einzuräumen. In einem solchen Falle muß aber auch einem etwaigen Arbeitgeberdarlehen des Landes für das gleiche Hausgrundstück wie bisher der Vorrang vor dem Gemeinde- oder Verbandsdarlehen eingeräumt werden.

Die Bestellung eines Vor- und Ankaufsrechts soll nicht mehr allgemein erfolgen, sondern nur dann, wenn anzunehmen ist, daß für den Staat hinsichtlich ein Bedürfnis zur Ausübung dieses Rechts einzutreten wird. Eine Bestellung wird deshalb nicht mehr notwendig sein z. B. bei Bereitstellung einzelner Wohnungen in Mietshäusern in Städten oder bei Bereitstellung von Wohnungen durch leistungsfähige gemeinnützige Bauvereinigungen. Angemessen wird die Bestellung der Rechte dann sein, wenn alle oder die meisten der Wohnungen eines Hauses für Beamte erstellt werden und damit zu rechnen ist, daß diese Beamte auch in der Zukunft nur schwer geeignete Wohnungen erhalten können.

Wird die Bestellung eines Vor- und Ankaufsrechts verlangt, so wird dafür das Darlehen auch etwas höher bemessen werden.

Die Auszahlung des Darlehens erfolgt in Teilbeträgen: etwa zwei Drittel, sobald der Vertrag unterschrieben, der Eintrag in das Grundbuch erfolgt und mit dem Bau begonnen ist, das letzte Drittel, sobald ein Mietvertrag mit dem Beamten abgeschlossen und die freizumachende Wohnung für einen Beamten sichergestellt ist.

Der begründete Antrag auf Gewährung von Arbeitgeberdarlehen ist mit den entsprechenden Plänen und sonstigen Angaben an den Bürgermeister des Bauorts zu richten. Der Bürgermeister stellt dann fest, wie die Wohnungsverhältnisse der beteiligten Beamten sind, ob die Wiedererwerbbarkeit etwa einer Wohnung für einen Beamten gesichert ist, ob der Bauherr im Besitz des erforderlichen Eigenkapitals ist und ob die sonstigen Voraussetzungen für die Gewährung eines Arbeitgeberdarlehens vorliegen; alsdann legt er das Gesuch mit seiner Stellungnahme dem Bezirksamt vor. Die verbandsfreien Städte müssen sich dabei gleichzeitig über die Gewährung des allgemeinen Baudarlehens und die Finanzierung des Bauvorhabens äußern.

Das Bezirksamt prüft dann die getroffenen Feststellungen nach, ergänzt sie nötigenfalls, führt den Beschluß des Bezirksamts dem Bauverbandes über das von ihm zu gewählende Bauverfahren herbei und legt das Gesuch dem Ministerium mit einem bestimmten Antrag vor.

Eine öffentliche Beurkundung des Vertrags durch Grundbuchamt oder Notar ist nur noch dann erforderlich, wenn ein Vor- und Ankaufsrecht bestellt wird. Wird von der Bestellung abgesehen, so genügt die Unterschrift des Bauherrn; es wird aber in der Regel eine öffentliche Beglaubigung der Unterschrift verlangt werden.

Die Gemeindebehörden über die Aufnahme der Darlehen beim Staat, soweit sie nach Gemeinderecht der Genehmigung des Finanzministers bedürfen, gelten wie bisher mit der Anweisung der Darlehen durch das Ministerium als genehmigt. Bei Beschlüssen, deren Genehmigung zur Zuständigkeit des Landeskommissars oder des Bezirksamts gehört, wird in gleicher Weise verfahren.

Das Bezirksamt darf eine mit Arbeitgeberdarlehen geförderte Wohnung nur dann zur Vermietung an einen Reichslandesbeamten freigegeben, nachdem es sich zuvor bei allen in Betracht kommenden Behörden vergewissert hat, daß kein Bedarf hierfür besteht. Als Mieter sind dann in erster Reihe Beamte einer Reichsbehörde zu bezeichnen.

Sollen Beamte aus einer Beamtenwohnung ausziehen, so müssen sie zunächst frühzeitig und spätestens mit der Kündigung das Bezirksamt verständigen, damit die Wohnung dem Staat nicht verloren geht. Sie sind keinesfalls befugt, von sich aus über die weitere Benützung der Wohnung eine Bestimmung zu treffen.

Folgen schwerer Autounfall.

Vor dem Karlsruher Schöffengericht (Vorsitzender Amtsgerichtsdirektor Dr. F. Müller) hatte sich der praktische Arzt Dr. Peter G. aus Bruchsal wegen fahrlässiger Körperverletzung zu verantworten. Der Angeklagte fuhr am 29. Oktober vorigen Jahres mit seinem auf der rechten Seite der Schloßstraße in Bruchsal stehenden Kraftwagen an; da er sofort scharf nach links bog, wurde der Riegelbesitzer Emil Müller aus Unterzöschheim, der den Kraftwagen mit seinem Fahrrad überholen wollte, vom linken Vorderrad des Kraftwagens gestreift und zwischen den Kraftwagen und die Treppe des gegenüberliegenden Hauses eingeklemmt. Er erlitt Schürf- und Quetschungen, sowie einen Oberschenkelbruch, wodurch er drei Monate arbeitsunfähig und in der Bewegung gehindert wurde. Wie die Vernehmung ergab, hatte der Angeklagte an jenem Vormittag seinen Kraftwagen aus der Einfahrt seines Hauses rückwärts herausgefahren und ist dann ein Stück vorwärts gefahren. Er unterhielt sich zwischenzeitlich mit einem Rechtsanwalt und wollte dann weiterfahren. Dabei ließ er die Lenkerung fallen: „Jetzt haben Sie mich aus dem Konzept gebracht“. Er ist dann nach links gefahren. Währenddem war Müller von hinten gefahren gekommen. Müller wurde mit dem linken Vorderrad des Autos erfasst; er hielt sich am Kotflügel und ist geschleift worden. Nach dem Ergebnis der Vernehmung und dem Gutachten des technischen Sachverständigen, Polizeioberleutnant Kopp, trifft den Angeklagten die Schuld an dem Unfall; Müller ist durch das ordnungswidrige scharfe Links-Einbiegen des Angeklagten zu Fall gekommen. Vom Angeklagten wurde weder die Handbremse benutzt, noch nach rechts ausgewichen, weil er kopflos geworden ist.

Das Schöffengericht beurteilte Dr. G. wegen erschwerter fahrlässiger Körperverletzung in Tateinheit mit Heberretzung des § 17 der Autoverkehrsordnung vom 16. März 1926 zu 100 Mark Geldstrafe, ersatzweise vier Tagen Gefängnis. Das Gericht hat die Verurteilung, daß der Unfall mehr als ein Unglück als eine fahrlässige Handlung anzusehen ist.

§§ Die eigene Mutter bestochen. Der 22 Jahre alte, ledige Schuhmacher Ludwig A. fuhr am 25. Januar dieses Jahres aus dem Schlafzimmer seiner Mutter, in das er mittels Nachschlüssels gelangt war, einen Herrenmantel und eine Sportkiste, die seinem Bruder gehörten, sowie zwei Kleider seiner Mutter und Bettwäsche im Werte von 65 Mark. Vom Einzelrichter wurde der Angeklagte zu drei Monaten Gefängnis abzüglich 1 1/2 Monate Untersuchungshaft verurteilt.

Personkraftwagen nicht festgestellt werden. Jedoch hat der Personkraftwagen infolge des Anpralles bestimmte Beschädigungen erlitten, die eine Reparatur notwendig machen.

Vielleicht lassen sich in dieser Richtung zur Feststellung der Personkraftwagen des rigorosen Führers Anhaltspunkte ermöglichen. Unrichtig ist vor allen Dingen also, daß bei einer Kurve der Reichsbannerwagen ins Rutschen kam und sich über die Fahrbahn hinweg auf dem rechten Fahrbahnrande verfuhr. Ebenso muß ganz entschieden dem aufgelauchten Bericht entgegengetreten werden, daß der Führer des Reichsbannerwagens angetrunken gewesen sei und dadurch die Herrschaft über seinen Wagen verlor. Verweigerer von Haueneberstein, mit Lateinen versehen, trafen bald an der Unfallstelle ein und schafften den schwerverletzten Reichsbannermann aus Durlach in das Dorf. Von dem Sanitätsrat in das Krankenhaus nach Baden-Baden verbracht wurde schließlich der von Durlach stammende und ein Karlsruher Reichsbannermann. Die anderen an der Fahrt beteiligten gemeinen Reichsbannermannschaften erhielten erst Kenntnis von dem Unfall, als sie in dem Versammlungsort „Zum Friedrichshof“ von dem Inhaber Herrn Ziegler davon in Kenntnis gesetzt worden sind.

Falsche Theaterklus-Angabe — eine Rücksichtslosigkeit gegen die Besucher!

Man schreibt uns: Nachdem es schon im Winter mehrfach vorgekommen ist, daß die Schlußzeit der Theaterdarbietungen zu früh oder zu spät in den „amtlichen“ Stundangaben und im amtlichen Programm angeben wurde, mehren sich in jüngster Zeit diese Fälle ganz bedenklich. Der Theaterleitung unterlaufen neuerdings Vertreter von einer halben bis einer dreiviertel Stunde (Schaustellende, Sinfonieorchester usw.). Daß hierdurch für alle Theaterbesucher, die zu Fuß oder per Auto abgeholt werden, und dann auch für die Auswärtigen, die einen schmerzhaften Winter erreichen müssen, große Unannehmlichkeiten entstehen (im Winter kam es vor, daß Damen in Abendkleidern vor einer Vorstellung, die eine halbe Stunde zu früh aus war, ebenso lange vor dem Theater in der Kälte auf Autos warten mußten, weil man das Gebäude abschloß!) müßte die Theaterleitung sich doch denken können. Da dies aber nicht der Fall zu sein scheint, sei ihr der Rat erteilt, zukünftig die Schlußzeit-Angaben etwas genauer zu kalkulieren, was ja an Hand von Partituren und Proben eine Kleinigkeit ist und außerdem früher immer einwandfrei möglich war.

Zurnhallenwünsche

Um die Zurnhalle in Bulach und in der Telegrafenkaserne

Die Errichtung einer Zurnhalle in Bulach

Zu der in den letzten Tagen durch die Presse gegangenen Notiz, daß der Bau einer Zurnhalle in dem Stadtteil Karlsruhe-Bulach nunmehr als Vorlage vor den Bürgerausschuß kommen soll, sei noch ergänzend bemerkt:

Die Gemeinde Bulach hatte schon vor der Eingemeindung beschlossen, auf dem Gelände des alten Friedhofes bei der Grünwinklerstraße eine Zurnhalle zu errichten. Die Pläne waren von den staatlichen und städtischen Behörden genehmigt und der Auftrag zu dem Bau der Zurnhalle dem Herrn Architekten Adolf Braun, hier, übertragen. Zur Abdeckung des Kostenaufwandes hatte die Gemeinde eine größere Summe bereits zurückgelegt.

Bei der Eingemeindung der Gemeinde Bulach mit der Stadtgemeinde auf den 1. April 1929 hat die Stadtbehörde den von der Gemeinde Bulach erteilten Auftrag zum Bau einer Zurnhalle infibiert, und die dazu bestimmt gewesenen Gelder an sich genommen, dafür wurde in den Eingemeindungsvertrag § 8 aufgenommen:

„Innerhalb eines Jahres nach der Eingemeindung wird in Bulach eine Zurnhalle errichtet.“

Laut Stadtratsbeschluss vom 24. Januar 1929 und laut Vorlage Nr. 55 vom 8. Februar 1929 wurde der Eingemeindungsvertrag in seinem vollen Umfange, worin der Zurnhalle eine besondere Abhandlung gewidmet ist, von dem Karlsruher Bürgerausschuß genehmigt. Auf Seite 6 der Vorlage stehen für die Zurnhalle 75 000 Mark.

Auf mehrere Anregungen von den Vertretern des Bulacher Bürgervereins schon im vergangenen Jahre, wurde die Bearbeitung des Zurnhallenprojektes aufgegriffen, der alte Lageplan verworfen und ein neuer ausgearbeitet, wonach die Zurnhalle in das unterhalb parallel mit der jetzigen Schule kommen soll. Das vorgezeichnete Gelände ist noch Privatbesitz, und es war keine leichte Aufgabe für die Bulacher Vertreter im Auftrage der Stadtverwaltung die Eigentümer zur Abgabe des Geländes zu bewegen.

Es ist dies auch bis auf 2 Hälften gelungen, und das ist die Firma Junker u. Kuh A.-G., die mit der Stadtverwaltung wohl noch andere Angelegenheiten zu regeln hat und dem Herrn Gaurin, Gärtner. Bei letzterem konnte man sich bis heute nicht über die Stadtverwaltung aus nicht auf die von ihm belegte Forderung einigen. Auf dem Grundstück stehen ca. 20 tragbare Obstbäume, Gartenanlage, Brunnen u. a. m. Die Schenkungen der städtischen Vertreter und die Schenkungen von anderer Seite prominenter Leute weichen eben noch sehr weit voneinander ab. Es war angenommen, die Angelegenheit würde noch im Laufe des Winters ihre Erledigung finden, damit die Möglichkeit gegeben wäre, einige Umpflanzungen vorzunehmen und die Zurnhalle vertragsgemäß bis zum 1. April 1930 zu erstellen. Statt dessen haben die wiederholten unbegründeten Schenkungen und die sonstigen Mandrierungen, die in dieser Angelegenheit schon getätigt wurden, allgemein den Eindruck erweckt, es sollte dadurch die Sache verzögert werden, um letzten Endes in Verzweiflung zu geraten und man dadurch eine Vertragspflicht auf die bequemste Art erledigt.

Eine terminmäßig pünktliche Erfüllung einer Vertragspflicht vonseiten der Stadtgemeinde Karlsruhe dürfte nunmehr dahingestellt sein, und zum Erlaunen aller derer, die geglaubt haben, daß der Bau bald begonnen wird, mußte man lesen, daß der Karlsruher Bürgerausschuß nun noch als gehört werden soll über Punkte, zu denen er, wie oben erwähnt, bereits laut Vorlage 55 vom 8. Februar 1929 seine Zustimmung gegeben hat.

Nicht unerwähnt soll auch bleiben, daß gerade für die Regelung der Vorortfragen sich leider sehr wenige bisher einstellen und

bis jetzt eingeklebt haben, wo doch gerade die Vororte das Zukunftsbild einer späteren Großstadt abgeben können, wenn die entsprechende Möglichkeit dazu geboten wäre.

Eine halbfertige Zurnhalle

Man schreibt uns:

Eine großstädtische Volksschule ohne Zurnhalle ist heutzutage undenkbar; denn man ist sich im deutschen Volke allenthalben darüber einig, daß die körperliche Erziehung der Volksgenossen systematisch erteilt werden muß und man weiß, daß der Turnunterricht in der Schule die wertvollsten Grundlagen dazu schafft.

Die Stadtgemeinde Karlsruhe trug dieser Sachlage Rechnung, als sie vor acht Jahren im Gebäude der ehemaligen Telegrafenkaserne eine Volksschulabteilung einrichtete: man stellte dieser Schule die Grotzer- und Reithalle der ehemaligen Kaserne als Zurnhalle zur Verfügung. Aber eine Reithalle kann natürlich nicht ohne weiteres als Zurnhalle verwendet werden. Der Fußboden bestand aus einer dicken Schicht staubigen Sandes, sämtliche Turngeräte fehlten, der Raum war um die Hälfte zu groß und konnte überdies nicht geheizt werden. Man konnte nun annehmen, die Befestigung dieser Liebestände sei in einem Zeitraum von acht Jahren langmöglich gewesen. Tatsächlich ist auch manderlei geschehen; die Halle wurde durch einen Drahtzaun (1) in zwei Hälften geteilt, eine dieser Hälften bekam einen Holzboden, Beleuchtungsgeräte wurden installiert und Turngeräte wurden beschafft. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß die Halle während des größten Teils des Jahres nicht benutzt werden kann, weil sie noch immer nicht beheizbar ist! — Dabei wäre diesem Liebestand ohne Schwierigkeit abzuhelfen; man hätte nur den Drahtzaun durch eine Wand einbauen lassen und einen Ofen in die Zurnhalle zu stellen. Man sollte nicht für möglich halten, daß jahrelange Bemühungen der Schulleitung bisher nicht zu erreichen vermochten, daß die geringen Mittel zur Verfügung gestellt wurden, die erforderlich sind, um die Zurnhalle endgültig benutzbar zu machen. In einem großstädtischen Voranschlag gibt es sicherlich auch eine Position für „Anbohrerarbeiten“, aus der die Mittel genommen werden könnten. Wenn nicht, so müßte im neuen Voranschlag der Versuch gemacht werden, irgend eine weniger wichtige Ausgabe zu verschleimen, um die wichtigere Aufgabe zu gewährleisten, den Turnunterricht in der Telegrafenschule ordnungsgemäß zu ermöglichen. Wenn die Zurnhalle im Winter nicht benutzt werden kann, so ist sie nahezu zwecklos, da während der drei Sommermonate im Notfall das Turnen im Freien zu verantworten wäre. Wenn man aber schon einige tausend Mark für die Zurnhalle aufgewendet hat, dann sollte man — wenn diese Ausgaben nicht unproduktiv sein sollen — endlich einmal die Zurnhalle fertig stellen, damit auch in der Telegrafenschule ein geordneter und neuer Zeitlicher Turnunterricht durchführbar ist, wie das anderwärts eine Selbstverständlichkeit ist. Man sollte Verständnis dafür haben, daß sich die Elternschaft des Schulbezirks dementsprechend wohnt, wenn acht Jahre nach Eröffnung der Schule derart elementare Selbstverständlichkeiten noch immer auf sich warten lassen.

Man kann diesen Zustand noch nicht einmal mit der zurzeit gebotenen Sparanteile entschuldigen; denn wenn eine Wand zwischen Zurnhalle und dem unbenutzten Teil der Reithalle errichtet ist, kann dieser bisher unbenutzte Teil anderen Zwecken nutzbar gemacht werden, sei es, um der derzeitigen Raumnot zu steuern, sei es, der zu erzielenden Miete wegen. Wenn es richtig ist — was man unter der Hand hören kann — daß sich der Stadtrat der Landeshaupthalle über die Zurnhalle der Telegrafenschule bisher überhaupt noch nicht unterhalten hat, dann ist es höchste Zeit, daß er das nachholt. Und man darf hoffen, daß dann die seit acht Jahren halbfertige Zurnhalle endlich einmal fertig wird.

Die neue Ernährungslehre.

Der Vortrag des Schweizer Arztes Dr. Birchner-Benner war für die Gesellschaft für geistigen Aufbau ein großer Erfolg. Der große Saal der Musikhochschule erwiderte sich bei weitem zu klein, um die große Zahl der Zuhörer zu fassen. Der große Saal der Frauen nach zu schließen, war es die Spekulation auf eine moderne Linie, die den großen Zulauf bedingte. Daß daneben noch die mannigfaltigsten Interessen, so sogar religiöse Motive eine Rolle spielen, ist nicht verwunderlich in einer Zeit, die in der Nahrung ein Erlösungsmittel von irdischen und weltlichem Lebel sieht. Dr. Birchner-Benner behandelte das Thema von der medizinischen Seite her, ohne sich auf irgend welche Spekulationen einzulassen. Er ging von einigen Krankheitsfällen aus, die man lange nicht heilen konnte, bis sich herausstellte, daß sie durch die falsche Ernährung verursacht waren. Diese Art von Krankheiten bezeichnete der Redner als Ernährungsstörungen. Das tierische Eiweiß ist in den meisten Fällen die Ursache dieser Krankheiten. In streng wissenschaftlicher Weise legte der Redner die innere Seite des Problems dar und kam zu dem Ergebnis, daß ein wesentlicher Unterschied zwischen der Leistungskraft von toter und lebendiger Nahrung bestehe. Die lebendige Substanz ist ein Reservoir der Sonne, und Sonne, Licht, Wasser und Luft gehören zur Nahrung. Diese Erkenntnis führt sich auf zahlreiche praktische Resultate, die in der verschiedensten Kombination durchgeführt wurden. Die größten Erfolge erzielte der Redner, indem er kein tierisches Eiweiß, keinen Alkohol, viel Obst und Gemüse, die auf besondere Art zubereitet waren, um die Vitamine nicht zu zerstören, als Nahrung gab. Auch von Kaffee, Tee und Kakao wird möglichst abgesehen. Als Brot wird nur ein Vollkornbrot verwendet. Medikamenten werden immer weniger angewendet. Auf diese Art gelang es, verschiedene Krankheiten zu heilen, namentlich Krankheiten der inneren Organe. Daneben bewährte sich diese Ernährungsweise als Vorbeugungsmittel gegen verschiedene Krankheiten, u. a. auch gegen Krebs und Tuberkulose. Mit dem Wort, daß das meist gebrauchte Gift die tägliche Nahrung sei, schloß der Redner seine Ausführungen, die gerade durch ihre Sachlichkeit ohne jegliches Pathos für den Redner einnahmen und das Zutrauen zu seiner Sache erhöhten.

§§ Unterschlagungen. Der 20 Jahre alte Kaufmann Ludwig Sch. aus Durlach, der bei einem Lebensmittelgeschäft als Kassier tätig war, brach das in ihn gesetzte Vertrauen dadurch, daß er im letzten Spätjahr von einfacheren Kundengeldern insgesamt 514 Mark unterschlug. Der Angelegte, der bisher unbetroffen und gut beleumdet ist, wurde zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Auf die gleiche Strafe erkannte der Einzelrichter gegen den Kaufmann Emil Sch. aus Haslach bei Wolfach, der insgesamt 300 Mark zum Nachteil seines Prinzipals unterschlagen hatte.

× Was jeder Deutsche durchschnittlich an Steuern zu zahlen hat. Es mußten im Jahre 1918/14 an Steuern in Deutschland aufgebracht werden 4,1 Milliarden Mark (nach heutigem Geldwert 6 Milliarden); dagegen im Jahre 1927/28 rein zahlenmäßig mehr als das Dreifache und wertmäßig mehr als das Doppelte, nämlich 13,4 Milliarden Mark. Das macht pro Kopf der Bevölkerung im Jahre 1918/14 90 Mark und im Jahre 1927/28 211 Mark. Dabei sind die Reparationslasten mitterbürtig. Im gleichen Zeitraum betrug die Steuerleistung pro Kopf der Bevölkerung in Frankreich 168 Mark, in den Vereinigten Staaten 124 Mark, in Spanien 91 und in Italien 84 Mark.

× Schulgeldbewegung. Wie der Badische Landesdienst hört, beschäftigt das Unterrichtsministerium das Schulgeld für den Besuch der höheren Lehranstalten mit Beginn des neuen Schuljahres 1930-31 allgemein auf 200 Mark (bisher 150 Mark) jährlich zu erhöhen.

§§ Wäschestiefel. Wegen im Rückfall begangenen Diebstahls von Damenwäsche wurde das Servierfräulein Maria E. aus Unterbaldingen bei Donaueschingen zu drei Monaten Gefängnis abzüglich 14 Tagen Untersuchungshaft verurteilt.

Tages-Anzeiger

für Mittwoch, den 26. März 1930.

Badisches Landes-Theater. 20 Uhr: „Sebastianlegende“. Badische Lichtspiele. 20 1/2 Uhr: „Das Grabmal einer großen Liebe“. Colosseum. 20 Uhr: „Variete-Programm“. Ausstellung. Kaiserstraße 154. „Die Kunst aus Kristall.“ Badische Landesgewerhalle. Ausstellung „Das Licht im Dienste der Werbung“. Besuchszeit von 10-18 und 15-17 Uhr. Haus der Gesundheit, Karl-Wilhelmstraße 1. Öffentliche Besichtigung von 15-20 Uhr. Kaffee Bauer. 20 1/2 Uhr: Großes Sonderkonzert. Gasthaus zum Firtch, Karlsruhe-Niedburg, Hardtstr. 34. Oberer Saal um 4 und 8 Uhr: „Schaufachen“ auf dem neuen „Santing“-Normen-Gasheerd.

Städtische Sparkasse Karlsruhe. Nachdem mit der Stadt Sparkasse Durlach ein Einvernehmen über gleichmäßige Festsetzung des Zinsfußes für Spareinlagen erzielt worden ist, hat der Verwaltungsrat der Städtischen Sparkasse Karlsruhe den Zinsfuß für Spareinlagen mit Wirkung vom 1. April d. J. auf 6 1/2 Prozent festgesetzt, wie aus der heutigen Bekanntmachung der Sparkasse zu ersehen ist.

Das Münzliche Konservatorium, das nach Ostern sein 62. Semester beginnt, hat von jeher als seinen Zweck einerseits die Ausbildung von Berufsmusikern erkannt, und zwar zum Lehrer, Organisten (auch katholische Liturgie), Orchestermusiker, Solisten, Sänger für Konzert und Oper, Kapellmeister, Chorleiterinnen usw., da sein etwa 50 Kräfte zählender Lehrkörper aus Fachlehrern für sämtliche Klassen, Streich-, Bläser-, Schlaginstrumenten, für chromatische Harfe, Gitarre, Sologang, dramatischen und jenseitigen Unterricht und die theoretischen Fächer zusammengesetzt ist. Andererseits gibt es aber auch Schülern, welche Musik nicht als Lebensberuf wählen, Gelegenheit, sich gründliche und vielseitige musikalische Kenntnisse zu erwerben, da von jeher der Besuch der Klassenstunden für die gesamte Theorie, für Erfindungen und Diktat, Musikgeschichte, Chorgesang, Orchester- und Kammermusik für die Instrumental- und Sologangschüler unentgeltlich ist. Auch für Hospitanten in diesen Fächern, ebenso für den Besuch des Seminars, in welchem die musikalischwissenschaftlichen Fächer Pädagogik, Methodik, Musikästhetik und Musik hinzukommen, ist nur ein geringes Schulgeld angelegt. Die Aufnahme neuer Schüler ins Seminar findet am 1. Mai, für andere Schüler jederzeit statt.

Kaffee Bauer. Freunde klassischer Musik besuchen immer gerne die musikalisch wertvollen Mittwochskonzerte der verstärkten Hauskapelle. Solist ist heute abend Karl Funke, der Chopins Cz. Klav. Scherzo vorträgt. (Siehe die Anzeige.)

Colosseum. Die letzte Vorstellung des mit so überreichem Erfolg durchgeführten Gastspiels „Wenn du einmal dein Herz verschenkst“ mit Variete-Einlagen findet unwiderstehlich am kommenden Montag, den 31. d. M., abends 8 Uhr statt. Wer bis jetzt noch nicht Gelegenheit hatte, dieses glänzende Programm zu sehen, benutze die noch wenigen Tage zum Besuch der Vorstellungen. Ferner wird darauf aufmerksam gemacht, daß die für dieses Spiel ausgegebenen Vorzugsarten am 1. April ihre Gültigkeit verlieren.

Heimat-Siedlung. Die Siedlungsgesellschaft „Heimat“ hat sich — wie bekannt — gleichfalls an der Erschließung des Dammertodgeländes beteiligt. Die Wohnungen sind größtenteils zum 1. April 1930 bzw. später vermietet. Lediglich steht noch eine kleine Anzahl Zweizimmerwohnungen mit einer bzw. zwei Kammern und Einfamilienhäusern zur Verfügung. Die Mietpreise betragen 68.— bis 72.— Mark für die Wohnungen und 8.— Mark für das Einfamilienhaus. Die Gesellschaft hat zugunsten der verheirateten Angestellten eine Erhöhung des Beziehungsabzuges erreicht, so daß die angelegten Eigenheimbeiträge für diese Mieter ganz erheblich herabgesetzt werden können. So werden beispielsweise für die Zweizimmerwohnungen nur noch 200.— Mark gegenüber früher 400.— Mark und 500.— Mark für die Einfamilienhäuser nur noch 300.— Mark gegenüber früher 1000.— Mark genommen. Die Mieter, welche noch zu diesen ungunstigen Sätzen abgeschlossen haben, erhalten den mehr geleisteten Betrag zurück.

§§ Sittlichkeitsverbrechen. Vor dem Schöffengericht hatte sich der 63jährige Tagelöhner Georg D. aus Mörz zu verantworten. Der Angelegte hatte sich in drei Fällen an Kindern unter 14 Jahren vergangen und sich außerdem der Beleidigung schuldig gemacht. Das Gericht verurteilte ihn zu insgesamt 10 Monaten Gefängnis. Drei Wochen Untersuchungshaft wurden angerechnet. Der Anklagevertreter hatte ein Jahr Gefängnis beantragt.

Karlsruher Ständebuch-Auszüge

Todesfälle und Beerdigungen. 23. März: Heinrich R. a. d. G., Chemann, Privatier, 67 Jahre. 26. März, 11.30 Uhr. Feuerbestattung. — Egidius Müller, Chemann, 77 Jahre. 26. März, 15 Uhr. Feuerbestattung. — Johanna Gausler, Witwe von F. Gausler, Tagelöhner, 71 J. 26. März, 14 Uhr. — 24. März: Marie Oberle, Witwe von Josef Oberle, Betriebsleiter, 64 Jahre. 27. März, 14.30 Uhr. — Wilhelm Ruhn, Chemann, Brauereidirektor a. D. 69 J. 26. März, 15 Uhr. — Eugen Lehmann, ledig, Werkschreiber, 37 Jahre. 26. März, 14 Uhr. — Justina Müller, Witwe von Ernst Müller, Schreiner, 72 Jahre. 26. März, 14.30 Uhr. — Karl Wagner, Chemann, Rechnungsrat a. D., 78 Jahre. 27. März, 15 Uhr. — 25. März: Rius Weber, Witwer, Bierbrauer, 69 Jahre. Mühlburg. — Frieda Schiffmacher, ledig, Privatier, 71 Jahre. 27. März, 14 Uhr.

Herausgeber und Verleger: Badenia, A.-G. für Verlag und Druckerei, Karlsruhe i. B. Hauptgeschäftsführer: Dr. F. Th. Meyer. Verantwortlich für Nachrichten, Politik und Handel: Dr. Willy Müller-Reis; für Kulturelles und Feuilleton: Dr. G. A. Berger; für Lokales, Badische Chronik und Sport: A. Nardatz; für Anzeigen und Reklamen: Philipp Riederle, sämtl. in Karlsruhe, Steinstr. 17. Notationsdruck der Badenia A.-G. In Urlaub: Geill. Rat Dr. Meyer.

Pianos
Verkauf & Leihen
Päpstl.
Hoflieferant

Tastat. - Halbhart etc.
Preis - Zahlungsweise
einzigartig!
Nur bei
H. Maurer
Kaiserstr. 176
Ecke Mörzstr.

Städt. Sparkasse Karlsruhe
Der Zinsfuß wird mit Wirkung vom 1. April 1930 an wie folgt festgesetzt:
für Spareinlagen auf **6 1/2 %**
für Hypothekendarlehen auf **8 %**
für Darlehen in laufender Rechnung auf **9 1/2 %**
Gemäß § 7 der Satzung bringen wir dies zur öffentlichen Kenntnis.
Karlsruhe, den 20. März 1930.
Der Verwaltungsrat

Zuckerkrank
Die Sie ohne das nutzlose Hungern
unterliegen werden fast jedem unangenehm.
Dr. Berger, Stiefgasse, Mühlstr. 110b.

Außerordentlich preiswerte Frühjahrs-Anzugstoffe

reinwollene, sehr tragfähige Qualitäten

Mark 10.- Mark 13.- Mark 14.- Mark 15.- per Meter

Leipheimer & Mende

HANDEL / WIRTSCHAFT / VERKEHR

Vor einem Umbau der Reichsbahntarife Die Gefahr für Baden

Am 25. und 26. März befaßt sich die ständige Tarifkommission der deutschen Eisenbahnen mit der Frage einer Tarifierhöhung. Bei der großen Bedeutung dieser Frage für Baden, das von allen Rohstoffzentren weit entfernt ist, dürfte folgende Darstellung des Sachverhaltes von Interesse sein.

Bekanntlich ist die Deutsche Reichsbahn aus dem Reichshaushalt gelöst. Es ist kein Zweifel, daß ein Unternehmen wie die Deutsche Reichsbahn auch große volkswirtschaftliche Aufgaben zu erfüllen hat, die nach Möglichkeit mit ihren privatwirtschaftlichen Aufgaben in Einklang gebracht werden müssen. Einzelne Leistungszeile der Reichsbahn weisen jedoch ein Mißverhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben auf, das in diesem Ausmaß zu schweren Bedenken und Besorgnissen Anlaß geben muß.

So ist insbesondere der Stückgutverkehr auf Grund seiner großen Kosten verursachenden Betriebsanforderungen, wie auch der hohen Abfertigungskosten, ein unwirtschaftliches Leistungsgebiet der Reichsbahn. Auf Stückgut entfallen allein rd. 85 Prozent aller abgefertigten Frachtbriefe, während gleichwohl die entsprechenden Sendungen nur rd. 20 Prozent der Einnahmen des Gesamtgüterverkehrs aufbringen. Berücksichtigt man weiterhin, daß rd. 70 Prozent aller Stückgutsendungen weniger als 5 RM. oder nur 6 Prozent der Gesamteinnahmen aufbringen, dann scheint der für das Jahr 1928 berechnete Fehlbetrag in Höhe von rd. 220 Millionen RM. wahrscheinlich noch zu niedrig angesetzt. Aber auch die Einnahmen aus dem Personenverkehr decken, wie es weiten Bevölkerungskreisen nicht genügend bekannt ist, bei weitem nicht die Selbstkosten. Der Reiseverkehr schließt sogar mit einem noch weit größeren Fehlbetrag ab, als der Stückgutverkehr. Im Jahre 1928 belief sich der Fehlbetrag auf nicht weniger als 270 Millionen. Dieses Mißverhältnis hat sich auch durch die Tarifumstellung vom Oktober 1928 nicht geändert. Der ungünstige Stand der Personenverkehreinnahmen ergibt sich auch aus einem Vergleich mit den Einnahmen des Güterverkehrs, denn der Aufbringungsanteil der Personenverkehreinnahmen an den Gesamteinnahmen der Reichsbahn beträgt nur 28 Prozent, während er sich für die Mehrzahl der europäischen Länder weit höher und zwar bis zu 40 Prozent stellt.

Diese Fehlbeträge wurden aus den Ueberschüssen des Wagenladungsverkehrs gedeckt, die für das Jahr 1928 z. B. auf rd. 505 Millionen errechnet werden. Allein die unteren Klassen E, F und G bringen rd. 50 Prozent der etwa 1,1 Milliarden betragenden Einnahmen aus dem Wagenladungsverkehr auf.

Es erscheint also zunächst logisch, daß für den Fall, daß die Reichsbahn neue Einnahmequellen braucht, jene Tarife erhöht werden, die die Selbstkosten nicht decken. Die Reichsbahn schlägt jedoch eine Umwandlung des Gütertarifs für Wagenladungen durch einseitige Mehrbelastung der unteren Tarifklassen vor, denen minderwertige Güter (Rohstoffe und Massengüter) angehören. Das würde die Aufgabe bzw. einen Abbau des volkswirtschaftlichen Werttarifsystems für Wagenladungen bedeuten. Noch vor einigen Monaten hat die Reichsbahn selbst hervorgehoben, daß von einer Uebertourung der in den höheren Tarifklassen befindlichen Güter nicht mehr gesprochen werden kann. Mit diesen Ausführungen nahm die Reichsbahn damals Stellung gegen die Anregungen, die minderwertigen Güter mehr zu belasten und dafür die höherwertigen Güter zu entlasten. Wenn die Reichsbahn heute diesen Gedanken aufgreift, so ist daraus zu ersehen, daß sie glaubt, durch eine solche Umwandlung des Gütertarifs den Kraftwagenwettbewerb bekämpfen zu müssen, der nur für die höherwertigen Güter besteht. Eine solche Maßnahme darf aber heute unter keinen Umständen in Frage kommen, weil das Wettbewerbsverhältnis zwischen Eisenbahn und Kraftwagen noch keiner grundsätzlichen Regelung entgegengeführt worden ist. Die Erhöhung des Benzin- und Benzolpreises wird voraussichtlich die Reichsbahn schon in ihrem Wettbewerbskampf stärken. Weitere allgemeine Maßnahmen zur Angleichung der Wettbewerbsgrundlagen werden zurzeit erhoben. Bevor diese Erwägungen nicht abgeschlossen und geeignete Maßnahmen nicht durchgeführt sind, erscheint es unverantwortlich, das Wagenladungsstarifsystem irgend einer systematischen Umgestaltung zu unterziehen. Der Wettbewerbskampf zwischen Eisenbahn und Kraftwagen darf keineswegs auf den Rücken der Verfrachter ausgetragen werden. Es ist damit ja nicht nur eine Erhöhung der Selbstkosten der Industrie, sondern eine Belastung aller Verbraucher verbunden. Die badische Industrie ist von den Rohstoffzentren weiter entfernt als ihre Konkurrenz. Sie würde also in der Rohstoffversorgung ganz besonders benachteiligt. Eine neue Frachtbelastung der Rohstoffe würde die Massierung der verarbeitenden Industrie in der Nähe der Rohstoff-Gewinnungszentren noch mehr begünstigen. Zum Teil dürfte hier allerdings die Schifffahrt einspringen, da ein Teil der Massengüter, also insbesondere die Kohle, von der Eisenbahn weg auf den Rhein abwandern würde.

Wirtschaftsschau

Der Reichsbankausweis der Diskontermäßigung

Bereits gestern ist anlässlich der neuen Diskontermäßigung auf 5 Prozent auf die neuerliche Entlastung des Reichsbankstatus hingewiesen worden. Nach dem jetzt vorliegenden Ausweis der Reichsbank vom 25. März hat sich in der dritten Märzwoche die gesamte Kapitalanlage der Bank in Wechseln und Schecks, Lombards und Effekten um 147,4 Millionen

auf 1653,6 Millionen RM. ermäßigt. Im einzelnen haben die Bestände an Handelswechseln und -schecks um 134,7 Millionen auf 1504,7 Millionen RM. und die Lombardbestände um 12,7 Millionen auf 55,6 Millionen RM. abgenommen. Bestände an Reichsschatzwechseln sind, wie am Ende der Vorwoche, nicht vorhanden.

An Reichsbanknoten und Rentenbankscheinen zusammen sind 174,2 Millionen RM. in die Kassen der Bank zurückgefloßen, und zwar hat sich der Umlauf an Reichsbanknoten um 156,9 Millionen auf 4109,2 Millionen RM., der Umlauf an Rentenbankscheinen um 17,3 Millionen auf 319,9 Millionen Reichsmark verringert. Die fremden Gelder zeigen mit 593,1 Millionen RM. eine Zunahme um 134,6 Millionen RM. Die Bestände an Gold und deckungsfähigen Devisen haben sich um 50 Millionen auf 2942,4 Millionen RM. erhöht. Im einzelnen haben die Goldbestände um 11,3 Millionen auf 2491,8 Millionen RM., die Bestände an deckungsfähigen Devisen um 38,7 Millionen RM. auf 430,6 Millionen RM. zugenommen. Die Deckung der Noten durch Gold allein besserte sich von 58,1 Prozent in der Vorwoche auf 60,6 Prozent, diejenige durch Gold- und deckungsfähige Devisen von 67,8 Prozent auf 71,6 Prozent. Der Reichsbank sind also nicht weniger als 50 Millionen RM. Gold zugefloßen, ein Zeichen des ungehemmten Zustroms von Auslandsgeld, den die Bank durch die Diskontermäßigung zu hemmen sucht.

Brauerei Löwenburg, vorm. Karl Diehl A.-G. in Ligu. in Zweibrücken. In der gestern in Karlsruhe stattgefundenen Generalversammlung wurde mitgeteilt, daß als Aktiva noch der Löwenburgsaal und eine Forderung an das Reich für Mobilien im Elsaß vorhanden seien. Es werden an Immobilien noch 46 569 RM., an Effekten 18 105 RM., an Debitoren 50 285 RM. ausgewiesen. Das Aktienkapital ist nach Verteilung der dritten Ligu-Rate auf 55 000 RM. reduziert. Creditoren haben noch 63 832 RM. zu fordern. Der Gesamtverluft zuzüglich Vortrag beläuft sich auf 8077 RM. Die Vorschläge der Verwaltung wurden einstimmig genehmigt.

Börsen

Berlin, 25. März. Der sehr feste Newyorker Schluß, die Ermäßigung des holländischen Diskontsatzes von 3½ auf 3 Prozent, die Annahme des Notetats im Reichsrat, die ablehnende Haltung des Reichsverkehrsministeriums gegenüber der von der Reichsbank geplanten Tarifierhöhung und die anscheinend gesicherte Reichstagsmehrheit für das Finanzprogramm konnten die Stimmung günstig beeinflussen. Das geringe Interesse des deutschen Publikums ließ diese Momente jedoch nicht voll zur Auswirkung kommen, zumal auch das Ausland nur für einige Spezialwerte Kaufneigung bekundete. So kam es, daß zu den Anfangsnotierungen überraschenderweise eher Ware da war und die Tendenz uneinheitlich wurde. Die Veränderungen gegen gestern betragen in der Regel bis zu 1½ Prozent nach beiden Seiten. Siegen-Solingen und Deutsche Wolle fielen durch Pluszeichen auf, Schantungbahn plus 2½ Prozent, Byk Gulden plus 3½ Prozent und deutsch Telefon plus 2½ Prozent, lagen recht fest, auch Hotelbetrieb, Sarotti und Nordseefischeri gewannen je 2 Prozent. Auf der anderen Seite verloren Braubank 3 Prozent und Leonhard Tietz 2 Prozent. Im Verlaufe bröckelten die Kurse um Bruchteile eines Prozentes ab. Der Reichsbankausweis für die dritte Märzwoche brachte eine gute Entlastung um ca. 150 Millionen. Die Deckung hat sich auf 60,6 bzw. 71,6 Prozent erhöht. Infolge der Geschäftslosigkeit wirkte sich jedoch dieser Ausweis nicht aus, zumal an einigen Märkten, hauptsächlich wohl am Schiffahrtsmarkt Abgaben der Hamburger Arbitrage beobachtet wurden. Zu nennenswerten Verlusten kam es jedoch nicht. Es setzte sich eine beachtliche Widerstandsfähigkeit durch. Anleihen fest, Altbesitz zogen auf die Nachricht von den geplanten Änderungen der Verlosungsart bis auf 55½ Prozent an.

Frankfurt, 25. März. Infolge sehr geringen Ordereinganges waren die Aktienmärkte an der Abendbörse vernachlässigt. Gegenüber den Berliner Schlusskursen traten keine nennenswerten Veränderungen ein. Der Grundton der Börse war aber widerstandsfähig. Für Svenska bestand zu 3 Mk. höheren Kursen Interesse. Auch im Verlaufe konnte keine Belebung eintreten. Für Renten hielt dagegen das Interesse weiter an unter Bevorzugung von Türken, die bis zu ¼ Prozent anziehen konnten. Aber auch Deutsche Anleihen traten hervor. Altbesitzanleihe war weiter befestigt und Neubesitzanleihe behauptete ihren Kurs. Der französische Franc notierte amtlich 16,415.

Warenmärkte

Berliner Metallbörse vom 25. März. Elektrolytkupfer 170,50, Raffinadekupfer 147,50—149,50, Standardkupfer 133,50—135, Standardblei 37,75—38,75, Original-Hütten-Aluminium in Blöcken 190, desgl. in Walz- oder Drahtbarren 194, Reinnickel 350, Antimon-Regulus 57—60, Silber in Barren per Kilogramm 58,50—60,50, Gold Freiverkehr per 10 Gramm 28—28,20, Platin Freiverkehr per 1 Gramm 6,50—8,50.

Berliner Produktenbörse vom 25. März. Weizen, märk. 247 bis 248, Mai 264,50—265, Juli 270, Roggen, märk. 142—145, März 157, Mai 163—161,75, Juli 169—168,50, Braugerste 162—172, Industrie- und Futtergerste 143—153, Hafer, märk. 128—138, Mai 140,75—141,50, Juli 147,25, Mais, loco Berlin 163, do. waggonfrei ab Hbg. 147, Weizenmehl 27,25—35, Roggenmehl 20,65 bis 23,90, Weizenkleie 8,50—9, Roggenkleie 8,50—9, Viktoriarbsen 20—25, kleine Speiseerbsen 18—20, Futtererbsen 16—17, Pelusuchen 16,50—19, Ackerbohnen 16—17,50, Wicken 19—22, blaue Lupinen 13,50—15, gelbe Lupinen 17,50—18,50, neue Scradella 30—34, Rapskuchen 13—14, Leinkuchen 17,20—18, Trockenschrot 6,60—6,80, Soyaextractionschrot 14,60—15,20, Kartoffelflocken 13,50—14, drahtgepr. Roggenstroh 1,10—1,30, drahtgepr. Weizenstroh 1,05—1,20, drahtgepr. Haferstroh 0,90—1, drahtgepr. Gerstenstroh 0,95—1,05, gebund. Roggenlangstroh

Die Aufrechterhaltung des Stahlwerkes Becker Ein grundsätzlicher Fall

Wie wir gemeldet haben, hat die Belegschaft der Stahlwerk Becker A.-G. in Willich bei Krefeld der Verwaltung das Angebot eines Lohnabbaues von 15 Prozent gemacht, wenn der Betrieb des Werkes aufrecht erhalten bleibe. Das Werk sollte stillgelegt werden, weil es ein unrentabler Betrieb war, der seit der Stabilisierung der Mark ungefähr 7 Millionen Verlust gebracht hatte. Das laufende Geschäftsjahr hatte bis jetzt weitere Verluste von 1,4 Millionen zu verzeichnen. Die Belegschaft machte zur Bedingung, daß bei dem oben genannten Lohnabbau sämtliche Betriebe unbeschränkt weiter betrieben würden und daß ohne Ansehung der Person ein Abbau der überflüssigen Kräfte unter Mitwirkung der Betriebsvertreter vorgenommen werde. Die Verwaltung hat sich nunmehr, wie aus der jetzt vorliegenden Antwort hervorgeht, mit diesen Vorschlägen im großen und ganzen einverstanden erklärt. Im Durchschnitt wird auch dann noch der Akkordverdienst über den tariflich vereinbarten Sätzen liegen. Insgesamt sollen durch diese Maßnahmen rund 120 000 RM. im Monat eingespart werden.

Für die restlichen fünf Monate des Geschäftsjahres berechnet die Verwaltung den zu erwartenden Verlust auf 1,6 Mill. was in Anbetracht der Ergebnisse der vorausgegangenen Jahre nicht unwahrscheinlich erscheint. Davon würden also nach obiger Darstellung die Arbeiter und Angestellten 600 000 RM. übernehmen, das Werk 1 Mill. Nach Inkrafttreten der Abbaumaßnahmen würde sich der Zuschuß der Gesellschaft noch etwas verringern, sodaß also der Schaden zur Hälfte von der Belegschaft, zur Hälfte von der Gesellschaft getragen werden würde.


Es handelt sich hier um eine Frage von entscheidender grundsätzlicher Bedeutung für unser ganzes Tarifwesen. Die Löhne werden im allgemeinen für eine ganze Industrie oder für einen größeren Bezirk festgesetzt, ohne Rücksicht darauf, ob der Ertrag des einzelnen Werkes ausreicht, diese Löhne zu bezahlen. Es wird wohl die Leistungsfähigkeit des Arbeiters berücksichtigt, aber nicht die Leistungsfähigkeit des Werkes. Da den weniger leistungsfähigeren Werken die Möglichkeit der Unkostenverminderung durch niedrigere Löhne fehlt, können sie der Konkurrenz weniger widerstehen, die entweder mehr Kapital und damit bessere Einrichtungen zur Verfügung hat oder unter besseren Transport- und Absatzbedingungen arbeitet. Die Konzentrationsbewegung, die Aufsaugung der mittleren und kleineren Industrie wird durch die mangelnde Anpassung der Lohnsätze an den Werkertrag noch unterstützt. So kann man den Schritt der Belegschaft des Stahlwerkes Becker nur gutheißen. Ein Verzicht auf 10—15 Prozent des Lohnes ist bitter, Arbeitslosigkeit aber ist noch schlimmer, insbesondere, wenn die Stilllegung des Werkes die dauernde Arbeitslosigkeit für die älteren eingewachsenen Arbeiter bedeutet, für die nur geringe Abwanderungsmöglichkeit besteht. Die mangelnde Elastizität unserer Lohnpolitik, die es nicht erlaubt, die Löhne an den Gesamtertrag des Werkes anzupassen, hat gerade zu Zeiten sinkender Konjunktur schon viel Unheil gebracht.

Man darf dabei aber nicht die Kehrseite der Medaille außer Sicht lassen. Die Gefahr liegt nahe, daß Fehler der Leitung auf dem Rücken der Arbeiter ausgetragen werden. Dies geschieht jedoch leider auch dann, wenn ein Betrieb aus demselben Grund schließen muß. Auch eine Art umgekehrte Rationalisierung wäre denkbar dadurch, daß man an sich mögliche Betriebsverbesserungen unterläßt und den Minderertrag durch Kürzung der Löhne auszugleichen sucht. Es könnte schließlich auch sein, daß mit der Drohung der Stilllegung ein Lohnabbau erzwungen wird. Doch sind diese Bedenken mehr theoretischer Art. Der Selbsterhaltungstrieb des Unternehmers, sei er Einzelperson oder Aktiengesellschaft, sorgt schon von selbst dafür, daß die rationellste Betriebsführung eingehalten wird, vorausgesetzt, daß die Verhältnisse nicht stärker sind. Der Widerstand der Arbeitervertretungen gegen eine ev. Durchbrechung einer einheitlichen Lohnfestsetzung dürfte sich denn auch wohl weniger gegen die Tatsache an sich richten, sondern mehr in den Schwierigkeiten der Rentabilitätsberechnungen zu suchen sein, die den Maßstab für die Lohnfestsetzung bilden müßten. Eine rückhaltlose Darlegung der Verhältnisse muß daher vom Unternehmer verlangt werden. Aus reiner Prinzipienreiterei allein darf aber kein Werk zum Erliegen kommen. Wenn erst einmal Millionenverluste eingetreten sind, wie beim Stahlwerk Becker, dann liegt allerdings der Fall ganz eindeutig. Die Belegschaft hat daraus die Konsequenzen gezogen.

1,15—1,40, bindfadengepr. Roggenstroh 0,95—1,20, bindfadengepr. Weizenstroh 0,85—1,05, Häcksel 1,70—1,90, handelsubl. Heu 1,80—2,10, gutes Heu 2,50—2,90, Thymotee, lose 3,40 bis 3,80, Kleeheu, lose 3,40—3,80, Mielitzheu, lose (Havel) 1,70 bis 1,90, drahtgepr. Heu 40 Pfg. über Notiz. Allg. Tendenz: unsicher.

Pforzheimer Schlachtviehmarkt vom 24. März. Aufgetrieben waren 538 Tiere und zwar: 10 Ochsen, 9 Kühe, 45 Rinder, 13 Farren, 12 Kälber, 450 Schweine. Marktverlauf: Großvieh langsam, Schweine mäßig belebt. Ueberstands 11 Stück Großvieh, 29 Schweine. Preise für ein Pfund Lebendgewicht: Ochsen a 52—54, b 48—52, Farren a 52, b und c 50—48, Kühe b und c 40—25, Rinder a 53—56, b 50—52, Kälber b 81—85, c 75—80, Schweine b und c 71—74, d 70—73. Die Preise gelten für nüchtern gewogene Tiere und schließen sämtliche Spesen des Handels ab. Stall für Fracht, Markt- und Verkaufsstellen, Umsatzsteuer, sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein. müssen sich also wesentlich über den Stallpreis erheben.

Statt besonderer Anzeige.



Nach Gottes heiligem Willen verschied heute früh 6 Uhr, gestärkt durch die heiligen Sakramente seiner Kirche, nach zweimonatlicher Krankheit der hochw. Herr

Professor
Dr. F. S. Hochstuhl
Geistl. Lehrer am Gymnasium

im 58. Jahre seines Lebens.

Seine edle Seele wird dem frommen Gebetsgedenken seiner Mitbrüder, Freunde und Schüler empfohlen.

Donaueschingen, den 25. März 1930.

Im Auftrag der trauernden Hinterbliebenen:
Dr. Feurstein, Stadtpfarrer.

Die feierliche Einsegnung mit Trauergottesdienst findet in Donaueschingen Donnerstag früh 8 Uhr in der Stadtkirche statt, die Beerdigung in der Heimat Neuweiler (Station Bühl oder Steinbach) Freitag morgen 10 Uhr.

ROSEN

ERICH IBEN
BAUMSCHULEN
AM REICHSBAHNHOF

Qualitätsware! ETTLINGEN

Obstbäume, Beerenobst, Coniferen, Bux, Gehölze, Allee-Bäume, Schlinger, Heckensträucher, Rosen, Stauden.

Eintracht

Donnerstag, 27. März, 20 1/2 Uhr
Vortrag des Herrn H. M. Gruber, Mitglied der S. P. D.

„Braucht die deutsche Arbeiterschaft Kolonien?“
Koloniale Arbeitsgemeinschaft.

Eintritt: 30 und 60 Pfg. Vorverkauf: Musikalienhandlung Fritz Müller, Kaiser-, Ecke Waldstraße.

Der Blitz
der Mittwoch

Damen-Strümpfe
Mako mit Kunstseide plattiert, gut verstärkt, in vielen modernen Farben
Paar **1.90**

Decke
gezeichnet auf gutem Haustuch
Größe 130/160 cm, aparte Kreuzstichmuster
2.75

Donnerstag, 27. März
kostenloses Zuschneiden
von Wäschestücken.
Eine erste Zuschneiderin schneidet Wäschestücke nach Maß aus unseren Wäschestoffen im Beisein der Kunden **kostenlos** zu.

BURCHARD

Leichen-Auto-Transporte

von und nach auswärts besorgt prompt und billigst mit neuem Leichentransport-Auto. Kilometer von 35 Pfg. an.

Autovermittlung Friedr. Dietz, Karlsruhe
Durlacher Allee 22, Telefon 5758

Kath. Mütterverein
H. P. Frau.

Lodes-Anzeige.

Unter Hebes Müllers, Frau

Suzanna Müller

ist im Herrn entschlafen. Sie empfahl die Seele dem lieben Beschöner dem frommen Gebete unserer Mitlieder.

Beerdigung: Mittwoch, 14 1/2 Uhr.
Trauerhaus: Marienstraße 62, Karlsruhe, 26. 3. 30.

Pädagogium Karlsruhe Gründer a. Wieth

(Internat und Externat)

unterrichtet Knaben und Mädchen nach Oberrealschullehrplan. Kleine Klassen, individueller Unterricht. Arbeitsstunden unter Lehreraufsicht. Anmeldungen für das kommende Schuljahr jederzeit. Vorbereitung zu Aufnahmeprüfungen in entsprechenden Staatsanstalten, zu

Primareife, Abitur u. Ergänzungsprüfung
auch an Gymnasien und Realgymnasien. Abendkurse. Eintritt jederzeit. Prospekt frei. Bismarckstraße 9 und Baischstraße 8 (Kaiserplatz). Telefon 3165.

Badisches Landes-theater

Sebastian-Legende

Donnerstag, 27. März: 8. 18. 30. 8. 191 bis 191 bis 1930.

Donnerstag, 27. März: 8. 18. 30. 8. 191 bis 191 bis 1930.

Donnerstag, 27. März: 8. 18. 30. 8. 191 bis 191 bis 1930.

Achtung! Achtung!

Am Donnerstag, den 27. März 1930, abends 8 Uhr
im Gottesauer Hof, Durlacher Allee

und am Freitag, den 28. März 1930, abends 8 Uhr
im Hotel Rotes Haus, Waldstraße 2

findet je ein **öffentlicher Aufklärungs-Vortrag** über:

Die Elektromedizin im Dienste der Volksgesundheit und die Heilerfolge von Gallspach

statt. Praktische Vorführung und Erläuterung des erstklassigen „Wasa-Strahlens“, sowie Erläuterung der gebräuchlichsten Instrumente und Elektroden. Erfolgreiche Heimbildung bei Nerven- und Blutstockungskrankheiten usw.

Um rege Beteiligung und zahlreichen Besuch bittet

Hans Prinz, elektro-med. Werkstätten, Erfurt.

Filiale Karlsruhe, Kaiser-Passage 44
ab 7. April 1930: Waldstraße 8.
Generalvertreter: Walter Blumenschein.
Eintritt frei! Radiostörungsfrei!

Speisezimmer
Herrenzimmer
Schlafzimmer
Küchen etc.

mod. Formen, gute Qual., kaufen Sie bill. in großer Auswahl bei

J. Kirmann
Herrenstr. 40
Ratenabkommen
Zahlungserleichterung.

Roth's Parkettputzöl

reinigt schnell und mühelos Parkettböden und Linoleum

Parkettbodenvulwische Marke „Biene“
Büffel- u. Loba-Beize
Fußbodenlacke

Carl Roth, Drogerie
Herrenstr. 26-28 / Tel. 6180, 6181

ADLER FAHRRÄDER

Sport-Touren-, Luxusräder, Geschäfts-, Zwei- u. Dreiräder.

Adlerwerke
vorm. Heinrich Kleyer A.-G.
Filiale Karlsruhe
Zirkel 32 • Telefon 236
Reparaturwerkstätte für alle Fabrikate.

Kaffee Bauer

Heute, Mittwoch, 20.30 Uhr

Großes Sonder-Konzert

Aus dem Programm:
Ouverture zu Die sizilianische Vesper
Rosenkavalier Suite
Cis-moll Scherzo
Solist: Karl Kunze.

Morgen, Donnerstag
Gesellschafts-Tanz-Abend

Zum Weißen Sonntag!

Kommunionkerzen
Kopfkranzen
Magnifikate

Zur hl. Mission
Kruzifixe, Wehkessel
Rosenkränze Figuren etc.

J. Dorer Nachf.
Religl. Buch- u. Kunsthandlung
Erbprinzenstr. 19, Karlsruhe
Telefon 2848

Zur Schulentlassung empfehlen wir nachstehende Geschenkbücher:

Vetter Aug., Superior: Katholischer Wegweiser
Eine Glaubenslehre besonders für die Jugend der Fortbildungsschule, Christenlehre und Beichte. 2. Auflage. Gebunden RM. 3.—. Mit kirchlicher Druckerlaubnis.

Diesem Büchlein merkt man an, daß es aus dem Leben stammt. Ein erfahrener und weiser Seeliger hat es geschrieben.

Vetter Aug., Superior: Anterwegs
Eine Lebenslehre insbesondere für die Jugend der Fortbildungsschule, Christenlehre und Beichte. Gebunden RM. 3.50. Mit kirchlicher Druckerlaubnis.

Wer mit der Jugend zu tun hat, greife nach dem Buch. Auch der Prediger findet viel Brauchbares.

Dr. Hollnsteiner in der Wiener Reichspost.

Man fühlt, daß Vetter aus reicher Lebenserfahrung und guter Kenntnis der Jugendfüße spricht.

Weber Gustav: Das Edelweiß von Hohenbaden oder Bernhardsbüchlein
für Jugend und Volk. Zweite und vermehrte Auflage. 216 S. Hart. Geb. in Leinen RM. 2.—. Mit 25 Bild-Portraits!

Das reichhaltige Büchlein bringt u. a. eine ausführliche Lebensgeschichte des Seligen, einen allgemeinen Gebetsleitfaden mit Gebeten und Kommuniongebeten, ferner eine Vereinstunde für Jugendvereine und eine Anzahl Bernhardsbüchlein.

Ein prächtiges Geschenk für die heranwachsende Jugend!

Dehler Hermann: Sperlingsleben aus dem badischen Kulturkampf von 1874-76
Biele und erweiterte Auflage. 112 Seiten Hart. Gebunden RM. 3.—.

Ein alter „Sperling“, wie sich die im badischen Kulturkampf wegen Nichtbeachtung der liberalen Forderungen und Verbote eingesperrten Priester nannten, erzählt seine bewegten Erlebnisse in jener Zeit — zu Ruh und Prommen der Katholiken von heute.

Wagner Journal, 1927, Nr. 288.

Schofer Dr. Josef: Aus jenen Zeiten
Zeitgemäße geschichtliche Erinnerungen für das katholische Volk erzählt. Mit 13 Abbildungen. 92 Seiten Hart. Gebunden RM. 2.40.

Der beachtliche Führer des badischen Sentiments bringt in seiner Art eine Dialektgeschichte in einer Sprache, die dem letzten Mütterlein in Sinn und Herz geht.

Alter. Handwörter, Freiburg 1927, Heft 9.

Schofer Dr. Josef: Ein Vergiftmeinnicht auf ein Bischofsgrab
Erzählungen aus dem Leben Bischofs Wilhelm Emanuel von Metzler, dem katholischen Volk dargeboten. Mit einigen Abbildungen. 109 Seiten Hart. In Leinen gebunden RM. 2.80.

Die Erzählungen sind merkwürdig mit ganzem Herzen erlebt und geschrieben.

Badenia N.G. für Verlag Karlsruhe.

Schlosserei-Verkauf.

In der Nähe von Karlsruhe ist eine außerordentlich Soliderie in sehr guter Lage mit guter Ausstattung wegen boden unter solch od. höher zu verkaufen. Für einen halben Schloßmeister ist beste Gelegenheit geboten, eine Exzellenz zu gründen. Gefl. Angebote unter 1688 an die Geschäftsstelle.

Wir suchen allerorts tüchtige Privatreisende,

welche größeren Kundenkreis möglichst beschaffen. — Vergütung: 100.— Mf. Gehalt und hohe Provisionen.

Witz & Munter, Karlsruhe
Karlstraße 9.

Colosseum

Heute 8 Uhr
Sonntags 9 1/2 Uhr und 8 Uhr:

Das große bunte Revue-Programm
mit **Varleté-Einlagen**
Montag, 31. ds. zum letzten Mal!

Wiederholte gedruckte

Pianos

darunter ganz wertvoll gebaute, werden mit voller Garantie unter günstigen Zahlungsbedingungen ausverkauft. Preisverteilung abgegeben.

Heine, Müller
Hauptstr. 8
Berliner Str. 8
Hauptstr. 1003

Postkarten

für Handschrift und Maschinenschrift liefert in guter Qualität und zu solidem Preis

Badenia A.G., Karlsruhe
Steinstraße 17-21

Ihren **Wein** zum Fest sollten Sie jetzt schon kaufen.

Die billigen Preise
Die guten Qualitäten
Die große Auswahl wie immer

bei **Bucherer**

Telephon 392
5% Rabatt!

Allpapier, Eisen, Lumpen
Kupfer, Messing, Zink und Blei,
sowie **Felle** kauft laufend u. alle Sorten zahlt best e

Tagespreise

Chr. Beier Nachf.
Werderstraße 72-74 Telefon 8554.

Auf Wunsch wird die Ware im Hause abgeholt. **NB.** Ankauf von **Neutuchabfällen** von Schneidereien.

PORPHYRWERK DOSSENHEIM

HANS VÄTTER

VERFABRICHTUNG VON KUNSTMASSE

STRASSENBAU-MATERIAL

Wird für i. u. H. Hypotheken Autwertungs-Hypotheken Restzähler zu vergeben.

Johann Lehmann, Stuttgart.
Karlsruhe I. 3.
Telefon 76 u. 78.
Kaiserstraße 221.

Den Siegeskranz errang Büdo Fritz beim Schnell-Schuputzen. Büdo heißt ihm dazu. Wer Büdo kauft, wird das verdienen. Probieren auch Sie einmal Büdo. Sie werden erstahnt sein, wie reich der Büdoglanz ercheint. Und was für ein Glanz — so glanz nur Büdogewicht. Verlangen Sie über!

Büdo